

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Beate Gödde-Baumanns

Die deutsche Frage
in der französischen Geschichtsschreibung

Krzysztof Baczkowski/Józef Buszko/Erhard Cziomer/Andrzej Pilch

Deutschland und die deutsche Frage
in der polnischen Geschichtsschreibung

Wolfgang Wippermann

Die deutsche und polnische Frage
in der deutschen Historiographie

Dietrich Staritz

Von der „Befreiung“
zur „Verantwortungsgemeinschaft“

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und der DDR

B 14/87

4. April 1987

Beate Gödde-Baumanns, Dr. phil., geb. 1936; Lehrbeauftragte und stellv. Direktorin des Instituts für Schulbuchforschung an der Universität Duisburg.

Veröffentlichungen u. a.: Deutsche Geschichte in französischer Sicht. Die französische Historiographie von 1871 bis 1918 über die Geschichte Deutschlands und der deutsch-französischen Beziehungen in der Neuzeit, Wiesbaden 1971; (Hrsg.) Schulbuch-Thema Europa, IfS-Arbeitspapier, Duisburg 1984; L'Idée des Deux Allemagnes dans l'historiographie française des années 1871—1914, in: FRANCIA, 12 (1985), S. 609—619; Ansichten eines Kriegeres, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Europa vor dem Krieg von 1870, München 1987 (im Erscheinen).

Krzysztof Baczkowski, geb. 1938; Dozent im Bereich Mittelalterliche Geschichte im Institut für Geschichte der Jagellonischen Universität Kraków.

Veröffentlichungen u. a.: Wiener Treffen 1515. Entstehung, Verlauf und Bedeutung, Warszawa 1975; Der Kampf der Jagellonen mit Mathias Korwin um die Tschechische Krone, Kraków 1980.

Józef Buszko, Dr. phil., geb. 1925; o. Professor und Leiter des Bereiches Neuere Geschichte Polens im Institut für Geschichte der Jagellonischen Universität Kraków.

Veröffentlichungen u. a.: Die Sejm-Wahl-Reform in Galizien 1905—1914, Warszawa 1956; Geschichte Polens 1864—1918, Warszawa 1986; Geschichte der sozialistischen Bewegung in Westgalizien 1848—1918, Kraków 1986; (Hrsg.) Auschwitz. Vernichtungslager, Reinbek 1983.

Erhard Cziomer, Dr. phil., geb. 1940; Dozent der Akademie für Wirtschaftswissenschaften in Kraków; seit 1982 Leiter des Bereiches Internationale Beziehungen im Institut für Politische Wissenschaften an der Jagellonischen Universität Kraków.

Veröffentlichungen u. a.: Die Politik der Bundesregierung gegenüber der UdSSR in den Jahren 1955—1972, Kraków 1976; Determinanten und Hauptprobleme der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Warszawa 1981; Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Bedingungen, Ziele und Entscheidungsprozeß, Warszawa 1987 (im Druck).

Andrzej Pilch, Dr. phil., geb. 1926; seit 1978 Professor für Neueste Geschichte im Institut für Geschichte der Jagellonischen Universität Kraków.

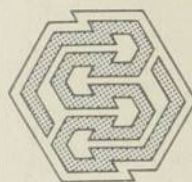
Veröffentlichungen u. a.: Die Gewerkschaftsbewegung im Teschener Schlesien vor dem Ersten Weltkrieg, Warszawa 1966; Politische Studentenbewegung in Polen 1932—1939, Kraków 1972; (Hrsg.) Die Emigranten von polnischen Territorien vom 18. bis 20. Jahrhundert, Warszawa 1984.

Wolfgang Wippermann, Dr. phil., geb. 1945; Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Faschismustheorien, Darmstadt 1972, 1980⁴; (zus. mit Hans-Ulrich Thamer) Faschistische und neofaschistische Bewegungen, Darmstadt 1977; Der Ordensstaat als Ideologie, Berlin 1979; Der „deutsche Drang nach Osten“, Darmstadt 1981; Zur Analyse des Faschismus, Frankfurt/M. 1981; Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983; Europäischer Faschismus im Vergleich; Frankfurt/M. 1983; Jüdisches Leben im Raum Bremerhaven, Bremerhaven 1985; Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit I—IV (4 Bände), Frankfurt/M. 1986; (Hrsg.) Kontroversen um Hitler, Frankfurt/M. 1986.

Dietrich Staritz, Dipl.-Pol., Prof. Dr. rer. pol., geb. 1934 in Berlin, geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereichs Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Berlin 1968; Sozialismus in einem halben Lande. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR, Berlin 1976; (Hrsg.) Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte — Entstehung — Entwicklung, Opladen 1980².



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984 und 1985 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die deutsche Frage in der französischen Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts

Dem Andenken an Franz Schnabel (1887–1966) gewidmet

Die deutsche Frage — was ist das aus französischer Sicht? Das läßt sich für das 19. und 20. Jahrhundert nicht einheitlich beantworten, sondern nur getrennt für die Zeiträume 1815–1870, 1871–1945, seit 1945. Zwischen 1815 und 1870 lautet die deutsche Frage, ob und auf welche Weise das wachsende Streben der Deutschen nach nationaler Einheit sich politisch realisieren werde und welche Haltung Frankreich dazu einnehmen solle. 1871 treten an Stelle der deutschen Frage — die manchen Deutschen mit dem kleindeutschen Nationalstaat noch nicht befriedigend gelöst schien — für die Franzosen das Faktum der deutschen Einheit und ihre Folgen für Frankreich. Haben sich das Deutsche Reich

und seine Machtstellung in Europa doch von Anfang an als Faktoren von unmittelbarer Auswirkung auf die Geschicke Frankreichs erwiesen — auch dafür ist die Proklamation des deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Versailles ein Symbol gewesen. Nach dem Untergang des Deutschen Reiches 1945 bilden die Teilung Deutschlands als Element, ja als Kern der Teilung Europas und der Anspruch des Nachbar- und Partnerlandes Bundesrepublik Deutschland auf Wiedervereinigung, präziser gesagt auf Selbstbestimmung für alle Deutschen mit der potentiellen Konsequenz der Wiedervereinigung, die neue deutsche Frage.

I.

Über Jahrhunderte hatte die politische Dezentralisierung in Deutschland, die gegenläufig zur politischen Zentralisierung in Frankreich vorstatten ging, sich dem vitalen Interesse der französischen Monarchie an, Selbstbehauptung gegenüber den universalen Ansprüchen des Kaisertums und der Übermacht der Habsburger als dienlich erwiesen und war dem Ausdehnungsstreben der französischen Könige zustatten gekommen. Aus dieser Erfahrung entwickelte sich ein Prinzip französischer Außenpolitik, ja das Hauptziel französischer Außenpolitik über zweihundert Jahre. Es besagte — in der Formulierung von Joseph Rovon, einem Vorstreiter für die deutsch-französische Freundschaft —: „Das Wiedererstehen einer starken Zentralgewalt in Deutschland muß verhindert werden, die bestehende weiter geschwächt werden.“¹⁾ Die-

ses Prinzip war eine von vielen Hinterlassenschaften des ancien régime. Dem stand als eine von vielen Hinterlassenschaften des neuen Frankreichs der Revolution und Napoleons die nationale Idee gegenüber, d. h. die Idee von der Volkssouveränität und der Autonomie der Völker, die sich im nationalen Staat verwirklichen solle. Unter dem Einfluß der revolutionären Ideen und des romantischen Denkens und unter dem Eindruck der napoleonischen Herrschaft in Europa erwachte in vielen Ländern, zunächst in relativ kleinen, aber beredten Schichten der Bevölkerung, ein nationales Bewußtsein. Bei den deutschen Patrioten verband sich das neue Nationalgefühl mit dem Wunsch nach nationaler Einheit, wie auch bei den Italienern, und die Polen strebten nach Wiederherstellung eines eigenständigen Staates.

Primär und prinzipiell war das Ja oder Nein zur nationalen Idee abhängig von der Zugehörigkeit zu

¹⁾ Joseph Rovon, *Zwei Völker — eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts*, München 1986, S. 57. — Wegen des knappen Raumes muß auf

einen ausführlichen Anmerkungsapparat verzichtet werden. Es sei deshalb auf folgende Gesamtdarstellungen in deutscher Sprache und die dort angegebene weiterführende Literatur verwiesen: Heinz-Otto Sieburg, *Geschichte Frankreichs*, Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz 1983³; Jürgen Voss, *Geschichte Frankreichs*, Bd. II: Von der frühneuzeitlichen Monarchie zur Ersten Republik, 1500–1800, München 1980; Raymond Poidevin / Jacques Bariéty, *Frankreich und Deutschland — Die Geschichte ihrer Beziehungen, 1815–1975*, München 1982.

Bei den ersten drei Beiträgen dieser Ausgabe handelt es sich um überarbeitete Fassungen von Referaten, die während des deutsch-französisch-polnischen Historiker-Kolloquiums in der Europäischen Akademie Otzenhausen am 2. September 1986 gehalten worden sind.

einer der beiden großen Denkfamilien, die sich im 19. Jahrhundert gegenüberstanden. Die Anhänger der alten, 1815 wieder in Kraft gesetzten Ordnung bekämpften die nationale Idee, weil sie im Gegensatz zum Legitimitätsprinzip stand und die vom Wiener Kongreß mühsam nach den alten Prinzipien geschaffene Neuordnung Europas sprengen mußte. Die Anhänger der neuen, revolutionären Prinzipien traten wie für die anderen Ideen von 1789 so auch für die nationale Idee ein. Mit anderen Worten: Die nationale Idee wurde anfangs von den fortschrittlich Gesinnten, den progressiven Geistern in enger Verbindung mit dem Gedanken einer rechtsstaatlichen Verfassung verfochten²⁾.

In Frankreich fügten sich im Lager der Anhänger der alten Ordnung alle Argumente für ein entschiedenes Bekämpfen der nationalen Bestrebungen — zumindest in Deutschland und Italien — trefflich zusammen: die außenpolitische Tradition des *ancien régime*, das machtpolitische Interesse Frankreichs, die Abneigung der Katholiken gegen das protestantische Preußen bzw. ihr Wunsch nach Schutz des Kirchenstaates und der ideologische Widerwille der Rechten gegen eine revolutionäre Idee³⁾.

Die Anhänger der neuen Ideen hingegen — nach hier übernommenem, zeitgenössischen Sprachgebrauch die Liberalen — gerieten angesichts der deutschen Frage in einen Zwiespalt zwischen machtpolitischen Interessen und prinzipiellen Überzeugungen. Allerdings war dies keine einfache, klare und präzise Alternative. Daß nach französischem Selbstverständnis sowohl die Revolutionäre mit der Eroberung der Rheingrenze als auch Napoleon mit seiner anfänglichen Deutschlandpolitik die außenpolitische Tradition der französischen Monarchie fortgesetzt, ja vollendet hatten, verlieh dem Gegensatz zwischen altem Interesse und neuem Prinzip vielmehr eine komplizierte Vielschichtigkeit. Daraus ergaben sich bei der Diskussion der deutschen Frage zahlreiche Querverbindungen und Überschneidungen zwischen den beiden ideologischen Lagern und erstaunliche Ideenkombinationen. Folgenreich war insbesondere die Verknüpfung der Zustimmung zur deutschen Einheitsbewegung mit der Forderung nach der „natürlichen“ Rheingrenze für Frankreich. Zwei große Völker würden sich mit gegenseitiger morali-

²⁾ Klassische Darstellung des ideengeschichtlichen Zusammenhanges: Franz Schnabel, *Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert*, 1. Bd.: *Die Grundlagen*, Freiburg 1959⁵, 2. Bd.: *Monarchie und Volkssouveränität*, Freiburg 1949².

³⁾ Zu fragen bleibt, ob und in welchem Maße bei der polnischen Frage konfessionelle Sympathie und antipreußisches oder altes antihabsburgisches Ressentiment die konservative Abneigung gegen die nationale Idee konterkarierten.

scher Unterstützung vom reaktionären Joch der Verträge von 1815 befreien — das eine, um seine nationale Einheit zu erringen, das andere, um seine natürliche Grenze wiederzuerlangen —, und wenn dies vollbracht sei, würden die beiden Nationen in edlem Wettstreit ihrer Kräfte gemeinsam Europa auf die Höhe einer Zivilisation der Freiheit, des Fortschritts und des Friedens führen — zum Wohle der ganzen Menschheit. So träumten Frankreichs Liberale.

Als 1848 die Kunde von den Debatten in der Paulskirche über die Zugehörigkeit von Polen, Dänen und Elsässern zu einem deutschen Reich nach Paris drang, löste sie bei den französischen Republikanern, die der deutschen Nationalbewegung ursprünglich sehr wohlwollend gesonnen waren, zwar erschrecktes Befremden aus. Aber weder der Ausbruch von Franzosenhaß in Deutschland während der Rheinkrise von 1840 noch die Ernüchterung von 1848/49 machten den Traum von Frankreichs Rückkehr an den Rhein *und* seinem harmonischen Zusammenleben mit einem geeinten Deutschland zunichte⁴⁾ — eine Ideenverbindung, die wir heute als Ausdruck naiven, von keiner konkreten Kenntnis des Nachbarlandes getrüben Wunschdenkens zu erkennen vermögen, die aber damals und auf lange Zeit erheblich zur Vergiftung des deutsch-französischen Verhältnisses beigetragen hat; denn die Deutschen hörten aus Gründen, die in ihren historischen Erfahrungen wurzelten, nur den französischen Ruf nach der Rheingrenze.

Politik, Publizistik und Geschichtsschreibung — in Frankreich traditionell und bis heute wechselseitig enger miteinander verflochten als in Deutschland — lassen sich für die Jahre 1815 bis 1870 zum Thema der deutschen Frage kaum voneinander trennen. Der wortgewaltigste Repräsentant der machtpolitisch begründeten, im Namen des europäischen Gleichgewichtes vorgetragenen Absage an die Idee der deutschen Einheit, Adolphe Thiers, hat diese Auffassung sowohl in seinen berühmten historischen Werken über die Französische Revolution⁵⁾ und über Napoleon⁶⁾ vertreten als auch während seiner Amtszeit als Außenminister und Ministerpräsident der Julimonarchie und in den Kammerdebatten der späten sechziger Jahre als Führer

⁴⁾ Vgl. dazu: Rudolf von Albertini, *Frankreichs Stellungnahme zur deutschen Einigung während des Zweiten Kaiserreiches*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 5 (1955), S. 305–368; Rudolf Buchner, *Die deutsch-französische Tragödie, 1848–1864*, Würzburg 1965; Heinz-Otto Sieburg, *Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts*, 2. Bde., Wiesbaden 1954, 1958.

⁵⁾ Adolphe Thiers, *Histoire de la Révolution française*, 10 Bde., Paris 1823–1827.

⁶⁾ Adolphe Thiers, *Histoire du Consulat et de l'Empire*, 29 Bde., Paris 1845–1869.

der Opposition gegen Napoleon III. 7). An seinem Beispiel zeigt sich, wie unklar die Trennungslinie zwischen den beiden ideologischen Lagern angesichts der deutschen Frage verläuft. Stand Thiers, der erste gewaltige Ruhmredner der Revolution unter den Historikern⁸⁾ und Begründer des Napoleonkultes, doch im Lager der Liberalen, dort allerdings auf dem rechten Flügel. Ob der Geschichtsschreiber Thiers Napoleons Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten 1803 als weise rühmte, weil damit die Grundlagen für die Herausbildung eines dritten, weder mit Österreich noch mit Preußen vereinten Deutschland geschaffen worden seien⁹⁾, ob er die Maßlosigkeit Napoleons in den späteren Jahren beklagte, weil sie die für Frankreich günstige deutsche Mächtekonstellation wieder zunichte gemacht habe¹⁰⁾, ob er Metternichs Friedensordnung für Europa trotz des Frankreich auferlegten Verlustes der Rheingrenze Respekt zollte¹¹⁾ oder ob der Staatsmann Thiers mit steter Regelmäßigkeit vor einer Politik warnte, die der nationalen Bewegung in Deutschland zustatten kommen könne — die Botschaft blieb über fünf Jahrzehnte hinweg in Politik und Historiographie die gleiche: ein klares, kompromißloses Nein zur deutschen Einheit. Ein dreifaches Recht habe Frankreich, sich der Einigung Deutschlands entgegenzustemmen, erklärte der Politiker Thiers in seiner aufsehenerregenden Parlamentsrede vom 3. Mai 1866: das nationale Recht, das Recht der Deutschen und das Recht Europas — denn Preußen störe das Gleichgewicht Europas¹²⁾. Mit einem analogen Argument hatte der Historiker Thiers zwei Jahrzehnte zuvor gutgeheißen, daß Napoleon Deutschland im Reichsdeputationshauptschluß seinen Willen aufgezwungen hatte — „für das Wohl Deutschlands selbst und zur Aufrechterhaltung der Ruhe der Welt, also der einzige Fall, in dem es gestattet und von Nutzen sein muß, sich in die Angelegenheiten anderer einzumischen“¹³⁾. So schloß sich der Kreis zwischen Politik und Historiographie.

Es lag in der Logik seines machtpolitischen Denkens, aber es kennzeichnet auch die Kompliziertheit der Verhältnisse, daß Thiers im Juli 1870 vehement gegen die französische Kriegserklärung an Preußen protestierte, während ihr Verfechter

Emile Ollivier, der Ministerpräsident des *Empire libéral*, ein entschiedener Befürworter der Einigung Deutschlands war. Thiers, der Gegner der deutschen Einheit, hielt die Gelegenheit, „das Übel“ von 1866 — Preußens Machtgewinn und die Teil-einigung Deutschlands — wiedergutzumachen, für „ganz kläglich gewählt“ und sah voraus, daß dieser Fehler sich rächen werde¹⁴⁾. Ollivier übernahm die Verantwortung für einen Krieg, der entgegen der einhelligen Auffassung mehrerer Generationen deutscher Historiker keineswegs in erster Linie gegen die deutsche Einheit gerichtet war¹⁵⁾, „leichten Herzens“, weil er in der Julikrise 1870 Frankreichs Ehre, „das erste aller Güter“, durch Preußens Politik gefährdet sah¹⁶⁾.

Ebenfalls zum Lager der Liberalen, und hier sogar zum linken Flügel, gehörte der Republikaner Edgar Quinet, der sehr frühzeitig und hell-sichtig vor den Gefahren warnte, die Frankreich vom Einheitsstreben der Deutschen drohten. Quinet war einer der wenigen Franzosen seiner Zeit, die ihr Deutschlandbild nicht nur aus — französischen — Büchern, insbesondere dem Deutschlandbuch der Madame de Staël bezogen, sondern Deutschland und die Deutschen persönlich kennenlernten. Bereits 1832 betonte er die Intensität des deutschen Einheitsstrebens. Seine Skepsis gegenüber Deutschland und seine Warnung vor allzu vertrauensseliger französischer Politik war für einen französischen Republikaner damals nicht nur außergewöhnlich, sondern nahezu anstößig, so daß die *Revue des Deux Mondes* zunächst zögerte, seine Artikel zu veröffentlichen. Überzeugt, daß die Deutschen bereit seien, die Freiheit zugunsten der Einheit aufzugeben, Preußen die Führung zu übertragen und zum Kampf gegen Frankreich anzutreten, forderte Quinet allerdings nicht, die Einheitsbewegung zu bekämpfen, sondern vielmehr, die demokratischen Kräfte zu unterstützen¹⁷⁾. Auf der gleichen Linie lag die erneute Warnung vor Preußen und Deutschland, mit der Quinet 1867 an eine nun dafür sehr empfängliche Öffentlichkeit trat. Aus seiner Broschüre *France et Allemagne* spricht die aufrichtige

7) Discours parlementaires de M. Thiers, publiés par M. Camon, 16 Bde., Paris 1879—1889.

8) Über Bedeutung und Wirkungsgeschichte der Revolutionsgeschichten von Thiers sowie der weiter unten zitierten Historiker Alphonse de Lamartine und Jules Michelet vgl.: Alice Gérard, *La Révolution française. Mythes et interprétations, 1789—1970*, Paris 1970.

9) Sieburg Bd. I (Anm. 4), S. 208 f.

10) Sieburg Bd. II (Anm. 4), S. 84 ff.

11) Ebd., S. 88 ff.

12) Ebd., S. 114; Albertini (Anm. 4), S. 330 f.

13) Zitiert in der Übersetzung nach Sieburg Bd. I (Anm. 4), S. 208.

14) Auszüge aus der Kammerdebatte vom 15. Juli 1870 in deutscher Übersetzung in: H. Schulthess (Hrsg.), *Europäischer Geschichtskalender*, 11 (1870), S. 365 ff.

15) Vgl. zum neuen Stand der Forschung: Elisabeth Fehrenbach, *Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit*, in: *Historische Zeitschrift*, Beiheft 6: Europa und die Reichsgründung, München 1980, S. 109—137; Eberhard Kolb (Hrsg.), *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation, Konfliktfelder, Kriegsausbruch*, München 1987 (in Druck). Zur älteren deutschen Geschichtsschreibung vgl. ebd.: Beate Gödde-Baummanns, *Ansichten eines Krieges. Die „Kriegsschuldfrage“ von 1870 in zeitgenössischem Bewußtsein, Publizistik und wissenschaftlicher Diskussion 1870—1914*.

16) Vgl. Anm. 14.

17) Albertini (Anm. 4), S. 308; Sieburg Bd. I (Anm. 4), S. 190 ff.

Sorge um die Freiheit in Europa, die Quinet zwar vom Zweiten Französischen Kaiserreich verraten, gleichwohl aber in Frankreich inkarniert sah. So gelangte Quinet zu dem Schluß, gegen das Streben des deutschen Volkes nach Größe sei nichts einzuwenden unter der Bedingung, daß auch die Franzosen der Eifer beseele, ein großes Volk zu sein und zu bleiben. Emporzusteigen sei das unbestreitbare Recht der Deutschen — aber ihr Aufstieg müsse dem Aufstieg Frankreichs dienen —, „denn der Schaden wäre groß für die Welt und der Gewinn trügerisch, wenn Deutschland aufsteigen und Frankreich absteigen würde“¹⁸⁾.

Alexis de Tocqueville, der ursprünglich der Auffassung war, Deutschlands Einigung sei für Frankreich gefährlich, gelangte in späteren Jahren zu dem Schluß, die Einigung aller Deutschen zu fördern, sei Frankreichs „erstes Interesse“. Rußland werde früher oder später die Unabhängigkeit Europas bedrohen. Deshalb müsse Frankreich sich umstellen. „Wir müssen unsere alten Maximen ändern und dürfen nicht fürchten, unsere Nachbarn zu stärken, damit sie in die Lage versetzt werden, eines Tages mit uns den gemeinsamen Feind abzuwehren.“¹⁹⁾ Auch hierin seiner Zeit um ein Jahrhundert voraus, stand Tocqueville mit diesem eminent politischen Argument für die deutsche Einheit jedoch damals in Frankreich allein.

In der Regel argumentierten die relativ zahlreichen und im Chor der veröffentlichten Meinungen lange Zeit dominierenden Befürworter der deutschen Einheit ideologisch-moralisch: Die deutsche Einheitsbewegung stehe in Einklang mit dem fortschrittlichen Nationalitätsprinzip, sie sei unaufhaltsam, und Frankreich habe kein Recht, sich ihr nach den alten Regeln der Macht- und Interessenpolitik entgegenzustellen. Als in den sechziger Jahren die traditionellen Sympathien der französischen Liberalen für Preußen unter dem Eindruck der Bismarckschen Innen- und Außenpolitik und Preußens Sieg und Machtgewinn von 1866 in ihr Gegenteil umschlugen²⁰⁾, schieden sich die Geister. Manche

¹⁸⁾ Edgar Quinet, *France et Allemagne*, Paris 1867, S. 22. Dieses wie auch die folgenden Zitate, sofern nichts anderes vermerkt, in der Übersetzung der Verfasserin. Vgl. zu Quinet's nationalem Selbstverständnis: Claude Digeon, *La crise allemande de la pensée française, 1870—1914*, Paris 1959, S. 27 f.

¹⁹⁾ Zitiert nach Albertini (Anm. 4), S. 312, Anm. 20, Übersetzung der Verfasserin. Bei einem späteren Aufenthalt in Deutschland gewann Tocqueville allerdings den Eindruck, die Franzosen selbst hätten die Voraussetzungen für ein solches Bündnis zerstört, indem sie zur Zeit der napoleonischen Herrschaft sich ihre „natürlichen Bundesgenossen“ zu ihren „ärgsten Feinden“ machten. Siehe Sieburg Bd. II, S. 84.

²⁰⁾ Neben Albertini (Anm. 4) und Sieburg Bd. II (Anm. 4) dazu auch: Klaus Malettke, *Die Beurteilung der Außen- und Innenpolitik Bismarcks von 1862—1866 in den großen Pariser Zeitungen*, Hamburg 1966; Klaus-Rudolf Wenger, *Preußen in der öffentlichen Meinung Frankreichs 1815—1870*, Göttingen 1979.

Liberalen warnten nun vor der Gefahr, die ein von Preußen geeintes Deutschland bilde. Zu ihnen gehörte als ein hervorragender Repräsentant jener Franzosen, die ursprünglich große Hoffnungen auf ein liberales Deutschland gesetzt hatten, der Dichter, Politiker und Historiker Alphonse de Lamartine. Während der Rheinkrise von 1840 hatte er auf die Trutzlieder der Deutschen mit einer versöhnlichen „Marseillaise des Friedens“²¹⁾ geantwortet und 1848 als erster Außenminister der II. Französischen Republik in der Hoffnung auf enge Zusammenarbeit umgehend Kontakt zum Parlament der Paulskirche aufgenommen²²⁾. Seit Beginn der sechziger Jahre aber warnte er ebenso eindringlich wie Thiers vor der Gefahr, die Frankreich von der deutschen Einheitsbewegung drohe²³⁾.

Andere Liberale hingegen argumentierten, auch die begründete Kritik an Preußen gebe den Franzosen kein Recht, in den Prozeß der deutschen Einigung einzugreifen. Stellvertretend für diese Richtung sei Saint-René Taillandier genannt, Professor an der Sorbonne und als Kenner Deutschlands angesehen, seit er 1848 mit großer Sympathie in einem vielbeachteten Buch die politische Aufbruchstimmung des Jungen Deutschland beschrieben hatte²⁴⁾. 1859 verteidigte Taillandier die deutsche Einheitsbewegung gegen die Warnung von Heinrich Heine, ein geeintes Deutschland werde antifranzösisch sein. Auf die Kritik seiner Landsleute an Preußen erwiderte er im Jahre 1866, Deutschland habe „das Recht, zu wählen wen es will, um sein Einheitsverlangen zu verwirklichen . . .“²⁵⁾. Den gleichen Standpunkt vertrat noch in der Julikrise 1870 Jules Michelet: Bismarcks widerwärtige Politik nehme der Einigung Deutschlands nichts von ihrer „enormen Legitimität“²⁶⁾.

Jules Michelet, einer der bedeutendsten französischen Historiker des 19. Jahrhunderts, als Geschichtsschreiber der Großen Revolution an nationalem Pathos und mythenbildender Kraft Thiers ebenbürtig, aber im Gegensatz zum bürgerlich-rechtsliberalen Thiers populistisch-demokratisch, ist bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges ein glühender Bewunderer deutscher Kultur und beredter Anwalt der Idee des Friedens und nationaler Selbstbestimmung gewesen. Meisterhaft hat er seiner Sicht der Dinge Ausdruck ver-

²¹⁾ *La Marseillaise de la Paix. — Réponse à M. Becker*, in: *Oeuvres complètes de Lamartine*, Bd. 5, Paris 1862, S. 53—58.

²²⁾ Poidevin/Bariéty (Anm. 1), S. 38 ff.; Albertini (Anm. 4), S. 310 f.; Sieburg Bd. I (Anm. 4), S. 211 ff.

²³⁾ Sieburg Bd. II (Anm. 4), S. 112.

²⁴⁾ Saint-René Taillandier, *Histoire de la jeune Allemagne. Études littéraires*, Paris 1848.

²⁵⁾ Zitiert nach Albertini (Anm. 4), S. 342, Anm. 114.

²⁶⁾ Ebd., S. 359.

liehen in wenigen Sätzen, mit denen er schilderte, welche Gefühle der Anblick der deutschen und italienischen Fahne bei einem Fest der Revolutionäre von 1848 weckte: „... die große Fahne Deutschlands, so edel (schwarz, rot und gold), die heilige Fahne von Luther, Kant und Fichte, Schiller, Beethoven, und daneben Italiens charmante grüne Trikolore. Welche Gemütsbewegung! Wieviel Wünsche für die Einheit dieser Völker! Gott lasse uns, so sagten wir, ein großes Deutschland, ein großes und mächtiges Italien schauen. Das europäische Konzil bleibt unvollständig, unharmonisch, den grausamen Phantasien, den ruchlosen Kriegen der Könige untertan, solange diese hohen Genien der Völker dort nicht thronen in ihrer Majestät, kein neues Element der Weisheit und des Friedens zum

brüderlichen Gleichgewicht der Welt hinzufügen“²⁷⁾.

Selbst in der bitteren Enttäuschung über die Ereignisse des Jahres 1870 ist der alte Michelet diesem Grundgedanken treu geblieben: „Wir hatten die Einheit Deutschlands immer herbeigesehnt“, sagt er auch noch in seiner von Zorn und Empörung inspirierten Kriegsschrift *La France devant l'Europe*, und fährt fort: „die wahre Einheit, aus freier Vereinbarung, nicht jene wilde, gewalttätige, unwürdig erzwungene Einheit“²⁸⁾. Das war ein persönliches Wort und in der Erregung gesprochen — aber es sind darin bereits die Grenzen abgesteckt, in denen die französische Zustimmung zur deutschen Einheit den deutsch-französischen Krieg überdauern sollte.

II.

Noch während des deutsch-französischen Krieges gründeten die Sieger das Deutsche Reich. Was Edgar Quinet als schlimmste Gefahr beschworen hatte, war eingetreten: Der Aufstieg Deutschlands hatte sich mit dem Niedergang Frankreichs verbunden — wenn nicht in der Wirklichkeit, so doch im Bewußtsein der Franzosen. Aus heutiger Sicht, mit dem Wissen über die beiden Weltkriege und ihre Folgen, mag es schwer fallen nachzuvollziehen, was gleichwohl historische Realität ist: In Frankreich wurde die Niederlage von 1870/71, die sich im Bewußtsein der Zeitgenossen bald mit dem Communeaufstand zu einem Desaster verband, als nationale Katastrophe erlebt und auf lange Zeit nicht nur als eine, sondern als die Niederlage schlechthin empfunden. War doch ein Weltbild zusammengebrochen: die allgemein verbreitete, nicht hinterfragte Überzeugung von Frankreichs Überlegenheit und Vorrangstellung in Europa. Damit war eine Unterschätzung der potentiellen politischen Bedeutung Deutschlands einhergegangen, das der großen Mehrheit der Franzosen noch nicht als ernst zu nehmender politischer Rivale galt. Der Sieg der Deutschen brach deshalb über die Franzosen wie ein Blitz aus heiterem Himmel herein. Unter dem Schock der Niederlage wurde das hinfällig gewordene alte „Dogma“ sofort durch ein neues ersetzt²⁹⁾: das Dogma von der deutschen Hegemonie. In den Augen der Franzosen hatte das Deutsche Reich vom Tage seiner Gründung an die Hegemonie in Kontinentaleuropa inne und nahm

jene Vorrangstellung ein, die zuvor Frankreich besessen hatte. Die Ohnmacht, sich der Forderung der Sieger nach Abtretung des Elsaß und lothringischer Gebiete zu widersetzen, machte den Franzosen das ganze Ausmaß von Frankreichs Machtanstieg und Rangverlust sichtbar.

Die umstrittene Frage nach Frankreichs Verhalten gegenüber der deutschen Einheitsbewegung, die politisch nicht klar entschieden worden war, verschob sich nun von der Ebene der Politik auf die Ebene der Geschichtsschreibung. Die Geschichtsschreibung erfuhr in Reaktion auf die traumatischen Ereignisse von 1870/71 in Frankreich allgemein einen großen Aufschwung, und in diesem Kontext entstand eine speziell der deutschen Geschichte gewidmete Historiographie großen Stils³⁰⁾.

Die Verflechtung der Reichsgründung mit der als Niedergang Frankreichs empfundenen Niederlage von 1870/71 gab dem französischen Nein zur deutschen Einheit natürlich kräftigen Auftrieb — aber sie ließ, wie bereits an dieser Stelle betont sei, das französische Ja zur deutschen Einheit keineswegs verstummen.

In oder zwischen den Zeilen vieler historischer Werke, die nach 1871 der Außenpolitik des ancien régime, der Großen Revolution und Napoleons gewidmet wurden, steht das Bedauern über die Existenz des Deutschen Reiches deutlich zu lesen. Es kommt im Lob der Politik Richelieus und anderer Repräsentanten der französischen Monarchie

²⁷⁾ Jules Michelet, *La France devant l'Europe*, in: *Oeuvres complètes de J. Michelet*, Paris (ohne Datum, ohne Bandnummerierung), S. 522 f. Michelet zitiert hier, offenbar aus der Erinnerung, einen Passus aus seiner Schrift *Nos fils* aus dem Jahre 1848, der im Original etwas nüchterner gehalten ist.

²⁸⁾ Ebd., S. 505 f.

²⁹⁾ Digeon (Anm. 18), S. 13.

³⁰⁾ Beate Gödde-Baumanns, *Deutsche Geschichte in französischer Sicht. Die französische Historiographie von 1871 bis 1918 über die Geschichte Deutschlands und der deutsch-französischen Beziehungen in der Neuzeit*, Wiesbaden 1971.

ebenso zum Ausdruck wie im Lob auf die Eroberung der Rheingrenze durch die Revolutionäre. Aber es tritt auch in den Klagen über die Maßlosigkeit Ludwigs XIV. und Napoleons zutage, die das gelungene Werk der klassischen und der revolutionären Außenpolitik zum Schaden Frankreichs – und der deutschen Freiheiten, wie ein häufiger Zusatz lautet – wieder zunichte gemacht hätten. Hier soll den Spuren dieser Flucht vor der schnöden Gegenwart in die Vergangenheit jedoch nicht näher nachgegangen werden³¹⁾.

Vielmehr sei der Blick konzentriert auf das Werk von Jacques Bainville – einem Autor, der nach strengen Maßstäben nicht zur Zunft der Historiker zu zählen ist, dessen historische Schriften das kollektive Geschichtsbewußtsein in Frankreich – und wohl auch in Deutschland – aber stärker geprägt haben als viele Werke professioneller Historiker. Bei einer Untersuchung der französischen Geschichtsschreibung unter dem Generalthema *Politik und Historiographie* kann Bainville nicht mit der Begründung ausgeklammert werden, daß er eigentlich kein Historiker gewesen sei; dies um so weniger, als die deutsche Frage das zentrale Thema seiner historischen Schriften bildet. Voller Eifer, konsequent und mit großer Resonanz hat dieser Autor, 1879 geboren, zeitlebens einen regelrechten publizistischen Feldzug gegen den deutschen Einheitsstaat geführt. Die Überzeugung, Deutschland sei Frankreichs ärgster und ewiger Feind, wurde zum Dreh- und Angelpunkt seines historisch-politischen Denkens. An der Existenz eines mächtigen deutschen Einheitsstaates, so glaubte er, trügen primär die revolutionären Ideen Schuld. Also sagte er sich von der republikanischen Tradition seiner Familie los, schloß sich dem royalistisch-nationalistischen Kreis um Maurras und Barrès an und sang das Ruhmlied der französischen Monarchie, die es stets verstanden habe, den „Koloß jenseits des Rheines“ kampfunfähig zu halten³²⁾.

Als die Zeitschrift *Action française* 1908 in eine Tageszeitung umgewandelt wurde, erhielt Bainville die außenpolitische Redaktion und damit die geeignete Plattform für seinen publizistischen Kampf gegen Deutschland. Unter den Schriften, mit denen der Publizist bei der politischen Rechten auch Reputation als Historiker gewann, ist aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vor allem die 1907 erschienene Essaysammlung *Bismarck et la France*³³⁾ zu erwähnen. Bereits hier stellte Bainville die Einigung Deutschlands als die „Katastro-

phe aller Katastrophen“³⁴⁾ dar, als „Skandal für das Denken“³⁵⁾ und als ein reines Zufallsprodukt aus dem Zusammentreffen der bedauerlich großen Staatskunst Bismarcks und der unerhörten Dummheit der beiden französischen Kaiser. Nichts beweise besser, daß „diese Einigung wirklich etwas so Außergewöhnliches, so Unwahrscheinliches“ gewesen sei, als Bismarcks ständige Sorge um ihre Sicherung. Der Gründer des Deutschen Reiches habe nur allzu gut gewußt, daß Frankreich „mit ein wenig Klarsicht und Entschlußkraft, mit einer ernsthaften und um das offenkundigste französische Interesse bekümmerten Regierung“ das deutsche Chaos hätte aufrechterhalten können³⁶⁾.

Während des Ersten Weltkrieges hat Bainville seine These vom Erbfeind Deutschland dann zu einem geschlossenen Geschichtsbild ausgebaut – in der *Histoire de Deux Peuples*³⁷⁾ aus dem Jahre 1915 und der *Histoire de Trois Générations*³⁸⁾ aus dem Jahre 1918. Die *Geschichte Zweier Völker* wurde ein Bestseller: Sie erlebte über hundert Auflagen. In Deutschland, wo bezeichnenderweise 1939 eine Übersetzung erschien³⁹⁾, mußte sie unweigerlich als Bestätigung für die Vorstellung vom Erbfeind Frankreich wirken. Ging Bainville doch von der Auffassung aus, zwischen Deutschland und Frankreich bestehe seit den Anfängen ihrer Geschichte ein unlösbarer Konflikt, dessen Kern der Kampf um den Rhein sei. Frankreich strebe nach dieser natürlichen Grenze um der klassischen und vernünftigen Vollendung seiner territorialen Staatsform willen und bedürfe ihrer als Schutzwall gegen ständig drohende Einfälle der Deutschen. Deutschland verteidige den Rhein und glaube sich seinerseits verletzt, ja angegriffen, wenn es hinter ihn zurückgedrängt werde. Aus der unabänderlichen Tatsache, daß Frankreich nicht in Sicherheit sei, solange die Nachbarschaft Deutschlands auf ihm laste, ergebe sich als oberstes Gebot jeder französischen Politik, daß Deutschland im vitalen Interesse Frankreichs unschädlich gemacht werden müsse⁴⁰⁾.

³⁴⁾ Ebd., S. 238.

³⁵⁾ Ebd., S. 329.

³⁶⁾ Ebd., S. 333 f.

³⁷⁾ Jacques Bainville, *Histoire de Deux Peuples*. La France et l'Empire allemand, Paris 1915 ff. Die Auflagen seit 1933 mit dem Untertitel: *Continuée jusqu'à Hitler*.

³⁸⁾ Jacques Bainville, *Histoire de Trois générations*, Paris 1918.

³⁹⁾ Jacques Bainville, *Geschichte zweier Völker*. Frankreichs Kampf gegen die deutsche Einheit. Einleitung von Friedrich Grimm. Übertragung von Albrecht Erich Günther, Leipzig 1939. – Bezeichnend für die – erhoffte – Wirkung dieser Übersetzung ist sowohl der geänderte Untertitel – „Frankreichs Kampf gegen die deutsche Einheit“ statt wie im Original „Frankreich und das Deutsche Reich“ – wie auch die Tatsache, daß die Ausgabe von 1915 übersetzt wurde und nicht die „bis Hitler fortgesetzte“ Fassung.

⁴⁰⁾ Bainville (Anm. 37), S. 7 ff.

³¹⁾ Ebd., Kapitel II und V.

³²⁾ Jacques Bainville, *Bismarck et la France*, Paris 1907, zitiert nach dem im wesentlichen unveränderten Wiederabdruck in: Jacques Bainville, *L'Allemagne romantique et réaliste*, Paris 1927, Zitat S. 364.

³³⁾ Vgl. Anm. 32.

In klarer Erkenntnis dessen hätten die französischen Könige viele Jahrhunderte lang methodisch die Spaltung und Schwächung des Reiches betrieben. Der Westfälische Friede sei das Meisterstück ihrer Politik gewesen, da er Deutschland durch Zerstückelung „für Frankreich und für Europa“ unschädlich gemacht und sogar den Beifall der Deutschen gefunden habe⁴¹⁾. Frankreichs Unglück habe begonnen, als die Revolutionäre und Napoleon sich in fehlgeleiteter Weltverbesserungseifer daran begeben hätten, die Landkarte des sorgsam zersplitterten Deutschlands zu bereinigen, weil sie nicht begriffen hätten, „daß dieses Chaos im Interesse Frankreichs und für die Ruhe Europas ersonnen worden war“⁴²⁾. Nachdem Frankreich 1815 noch einmal glimpflich davongekommen sei, da Deutschland geteilt blieb, habe Napoleon III. mit seiner Nationalitätenpolitik endgültig das Verderben heraufgeführt: „unsere Niederlagen, die Verstümmelung unseres Territoriums, unseren Niedergang, die Größe unserer Rivalen und im Jahre 1914 einen Krieg, der schrecklicher als alle anderen ist, eine fünfte Invasion“⁴³⁾. Nun büßten die Franzosen gemäß dem biblischen Wort wahrhaft für die Sünden ihrer Väter⁴⁴⁾.

Die *Geschichte Zweier Völker* wurde ein großer Verkaufserfolg und Bainville fand in späteren Jahren sogar als Nachfolger Poincarés Aufnahme in die Académie Française. Repräsentativ für die französische Geschichtsschreibung seit 1871 über Deutschland war seine Geschichtsklitterung aber nicht. Vielmehr blieb Bainville ein — erfolgreicher — Außenseiter, sowohl der Zunft der Historiker, wie mit seiner Grundthese von der gegenseitigen, naturgegebenen, unabänderlichen Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland und auch mit jener Geringschätzung des deutschen Einheitsstrebens, die die Reichsgründung als bloßen Unfall der Geschichte erscheinen ließ. In der gesamten übrigen französischen Geschichtsschreibung jener Zeit wurde das Einheitsverlangen der Deutschen als ein bedeutsamer, geschichtsmächtiger Faktor geschildert — auch von Historikern aus dem rechten Lager, die ihr Bedauern über die Existenz eines deutschen Einheitsstaates deutlich aussprachen⁴⁵⁾.

Die grundsätzliche, in der liberalen Idee verwurzelte, politisch-moralisch fundierte Zustimmung zur Einigung Deutschlands hielt der Enttäuschung über die Sieger von 1871 und der Empörung über die Annexion Elsaß-Lothringens stand. Das zeigte sich bereits in der gegen Ende 1871 veröffentlichten

programmatischen Schrift *La réforme intellectuelle et morale* von Ernest Renan, dem Philosophen, Religionshistoriker und Maître-Penseur seiner Zeit. Renan führte hier zornige Klage über den Sinneswandel des vormals edlen deutschen Volkes und dessen nationalen Egoismus, betonte aber nachdrücklich die Legitimität des deutschen Einheitsstrebens. Dem Volk der Goethe, Schiller und Kant gebühre die nationale Einheit⁴⁶⁾.

Aus solchem Geist sind auch die Kapitel über die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert im *Lavisser/Rambaud* — einem bedeutenden Handbuch⁴⁷⁾ — und die erste ausführliche Darstellung der deutschen Einigung aus französischer Feder geschrieben. Der Autor war in beiden Fällen Ernest Denis, ein Historiker, der bereits mit einigen Werken zur böhmischen Geschichte hervorgetreten war, 1905 als Nachfolger von Alfred Rambaud auf den Lehrstuhl für neueste Geschichte an der Sorbonne berufen wurde und nach dem Ersten Weltkrieg als Historiker der Tschechen für kurze Zeit zu großem Ruhm gelangte, dann aber wieder in Vergessenheit geraten ist, insbesondere mit jenem Teil seines Werkes, der Deutschland gewidmet ist. Denis, 1849 geboren, stammte aus einer kalvinistischen Familie Südfrankreichs. Er nahm als Freiwilliger am deutsch-französischen Krieg von 1870/71 teil. Drei seiner Söhne fielen im Ersten Weltkrieg. Denis war nie ein Freund der Deutschen, das zeigen seine Briefe und seine Geschichtsschreibung über Böhmen. Als überzeugter Anhänger des Nationalitätsprinzips ist er aber immer für die Idee der nationalen Einheit Deutschlands eingetreten, sowohl in seinen Werken aus der Friedenszeit wie in seinen Beiträgen zur französischen Kriegszieldiskussion während des Ersten Weltkrieges. Die ersten beiden Teile seines dreibändigen Werkes über die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, die das Ende des alten Deutschland⁴⁸⁾ und den Deutschen Bund⁴⁹⁾ behandeln, sind kurz vor der Jahrhundertwende in der Reihe *Bibliothèque d'histoire illustrée* erschienen, den letzten Teil, die Geschichte der Reichsgründung, veröffentlichte Denis 1906 als Einzelpublikation⁵⁰⁾. Das Gesamtwerk enthält eine Geschichtsphilosophie, in der sich Moralismus und Determinismus in eigenartiger Weise vermengen.

⁴⁶⁾ Ernest Renan, *La réforme intellectuelle et morale*, zitiert nach dem Wiederabdruck in: *Oeuvres complètes*, ed. Henriette Psichari, Bd. I, Paris s.d. (1947).

⁴⁷⁾ Ernest Lavisser / Alfred Rambaud (ed.), *Histoire générale du IV^e siècle à nos jours*, 12 Bde., Paris 1893–1900. Insbesondere: Bd. IX, S. 582 ff.; Bd. X, S. 613 ff., Bd. XI, S. 69 ff., S. 303 ff.; Bd. XII, S. 343 ff.

⁴⁸⁾ Ernest Denis, *L'Allemagne de 1789 à 1810. Fin de l'ancienne Allemagne*, Paris 1896.

⁴⁹⁾ Ernest Denis, *L'Allemagne, 1810–1852. La Confédération germanique*, Paris 1898.

⁵⁰⁾ Ernest Denis, *La fondation de l'Empire allemand (1852–1870)*, Paris 1906.

⁴¹⁾ Ebd., S. 82 ff.

⁴²⁾ Ebd., S. 196 f.

⁴³⁾ Ebd., S. 226.

⁴⁴⁾ Ebd., S. 264 ff.

⁴⁵⁾ Götde-Baumanns (Anm. 30), Kapitel VI/2.

Das kann hier nicht im einzelnen ausgeführt werden. In unserem Zusammenhang genügt der Hinweis, daß nach Denis' Auffassung allen Völkern und Staaten Macht und Größe nach dem Maße gebühren, in dem sie durch ihre geistigen und materiellen Leistungen dem Fortschritt Europas oder der Menschheit dienen. Europa und Menschheit gelten Denis, wie so vielen seiner Zeitgenossen, häufig als Synonyme. Als Fortschritt betrachtet er alles, was die Tradition der Reformation und der Revolution aufnahm und weiterentwickelte: die Befreiung von kirchlichem Einfluß im öffentlichen Leben, die Gewährung unbedingter Gedankenfreiheit, die Bildung von Nationalstaaten und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens.

Denis' Geschichtsschreibung über Deutschland liegt die Überzeugung zugrunde, daß sich die Deutschen mit fundamentalen Beiträgen zur Menschheitsgeschichte, die den höchsten Kulturleistungen anderer Völker ebenbürtig zur Seite ständen, ein unbestreitbares Recht auf den Nationalstaat verdient hätten. Die Reformation habe dem europäischen Geistesleben der Neuzeit die Bahn geöffnet⁵¹). Die Überwindung des Rationalismus durch den Idealismus sei für die Prägung der modernen Welt ebenso gewesen wie die französische Revolution⁵²). Nach Denis übernahm Deutschland zur Zeit von Lessing, Herder, Goethe, Schiller und Kant die kulturelle Führung der Menschheit, so daß „seit jenem Tag alle anderen Nationen in seiner Schuld stehen“, und ausdrücklich fügte er hinzu: „Seine Gewalttaten oder seine Ungerechtigkeiten können uns das nicht vergessen machen“⁵³). Die Repräsentanten des deutschen Idealismus schufen nach Denis' Darstellung die wichtigste Grundlage für den Nationalstaat. Basierte eine Nation doch vor allem auf der Herzengemeinschaft und dem Bewußtsein, für den Fortschritt der Menschheit ein Werk zu leisten, das dank der jeweiligen Eigenart nur jene Nation erfüllen könne. Seitdem die großen deutschen Denker des 18. Jahrhunderts ihrem Volk dieses Missionsgefühl geschenkt hätten, habe, wenn auch unbewußt, alles auf die äußere Einheit hingearbeitet. Indem sie Deutschland die „intellektuelle Hegemonie“ erwarben, hätten sie Europa zugleich auf die materielle Vormacht ihres Volkes vorbereitet. Preußens Siege und die Entstehung des Deutschen Reichs seien daher „letztlich nur die Weihe der Arbeit der Philosophen und Dichter des letzten Jahrhunderts: Das Werk, das sie in der Welt der Ideen begonnen hatten, haben die Staatsmänner im Bereich der Tatsachen vollendet“⁵⁴).

Nahezu gleichzeitig⁵⁵) beantworteten zu Beginn des 20. Jahrhunderts Bainville und Denis die Frage nach der Notwendigkeit und Legitimität der Einigung Deutschlands also völlig gegensätzlich. Während der rechtsextreme Royalist von dem Recht der Deutschen auf einen Nationalstaat nichts wissen wollte, bestätigte der Linksrepublikaner es uneingeschränkt; während jener in der deutschen Einigung einen bedauerlichen Unglücksfall sah, schilderte dieser sie als reife Frucht einer langen geschichtlichen Entwicklung; während Bainville die französischen Staatsmänner geißelte, die das Nationalitätsprinzip zum Schaden Frankreichs in die europäische Geschichte einführten, verdamnte Denis jene, die es um eines vermeintlichen französischen Interesses willen mißachteten. Kein deutscher Historiker hätte den deutschen Standpunkt überzeugender vertreten können als Denis. Und eben dies machte Bainville, der junge, erst nach dem deutsch-französischen Krieg geborene Repräsentant des integralen Nationalismus, dem republikanisch gesinnten Professor, der 1870/71 als Freiwilliger gegen die Deutschen gekämpft hatte, empört zum Vorwurf⁵⁶).

Der Behauptung, daß die Einigung Deutschlands dem offenkundigen Interesse Frankreichs zuwidergelaufen sei, widersprach mit größter Vehemenz Emile Ollivier, der letzte Ministerpräsident des Zweiten Kaiserreiches, in den 18 Bänden seiner Memoiren, die zwischen 1895 und 1918 erschienen sind⁵⁷). Dies geschah, wohlgemerkt, in Auseinandersetzung mit Thiers, seinem Widersacher in den großen Parlamentsdebatten der späten sechziger Jahre; auf den jungen Bainville ging Ollivier nicht ein. Seit der Kammerdebatte vom 15. Juli 1870 hing Ollivier das leichtfertige Wort an, er übernehme die Verantwortung für den Kriegsausbruch „d'un cœur léger“. Die Hauptabsicht seiner voluminösen Memoiren ist es nachzuweisen, daß Bismarck die alleinige Schuld am deutsch-französischen Kriege trage. Er habe diesen Krieg gewollt, weil er darin den einzigen Weg gesehen habe, die innerdeutschen Widerstände gegen die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung zu überwinden⁵⁸). Frankreich habe sich der Einigung Deutschlands weder entgegengestellt noch ein reales Interesse gehabt, sie zu hindern. Denn Frankreichs „wahre Tradition, die seinem wahren Interesse gemäß sei, bestehe darin, „das Streben der Völker nach Unabhängigkeit und Einheit zu erleichtern, zu unterstüt-

⁵¹) Denis (Anm. 48), S. 2; Denis in: Lavisser/Rambaud (Anm. 47), Bd. IV, S. 406.

⁵²) Denis (Anm. 48), S. 10 f.

⁵³) Ebd., S. 13 f.

⁵⁴) Ebd., S. 8.

⁵⁵) Bainville's Essay-Sammlung „Bismarck et la France“ erschien 1907, der letzte Band von Denis' Monographie über die deutsche Einigung, in dem er seine Auffassung mit unverminderter Entschiedenheit vertritt, 1906.

⁵⁶) Bainville (Anm. 32), S. 392 ff.

⁵⁷) Emile Ollivier, L'Empire libéral, 18 Bde., Paris 1895—1910.

⁵⁸) Ebd., Bd. XIV, S. 518 ff., 535, 542.

zen, und nicht darin, sie in dieser Bewegung aufzuhalten“⁵⁹⁾ — so Ollivier in der Rückschau noch ebenso wie in einer erregten Parlamentsdebatte im Jahre 1867 als Antwort auf Thiers, der die Wahrung der französischen Interessen verlangte. Als Ollivier Anfang 1870 zum Ministerpräsidenten berufen wurde, habe Bismarck nicht länger hoffen können, daß Frankreich gegen die Einigung Deutschlands einschreiten werde, und deshalb seinerseits den Krieg provoziert, weil er ihm unentbehrlich gewesen sei⁶⁰⁾.

Die Fronten in der deutschen Frage verliefen in Frankreich um die Jahrhundertwende in komplizierten Verflechtungen quer durch die großen politischen Lager. Dies zeigt sich z. B. darin, daß der Sozialist Jean Jaurès in seinem Buch über den deutsch-französischen Krieg im Gegensatz zu Ollivier die Schuld am Kriege einzig und allein Frankreich anlastete⁶¹⁾, aber zur Einigung Deutschlands die gleiche Meinung vertrat wie Ollivier. Damit stand er wiederum im Gegensatz zu den Ansichten der frühen Sozialisten Proudhon und Louis Blanc, die sich in den sechziger Jahren gegen die deutsche Einigung ausgesprochen hatten⁶²⁾. Jaurès' 1908 erschienenes Buch ist Teil eines großen, bedeutenden Geschichtswerkes, das der hochgebildete Führer der sozialistischen Partei herausgegeben und zu dem er selbst auch die Bände über die Große Revolution geschrieben hat: *Histoire socialiste, 1789–1900*⁶³⁾. Jaurès betonte nachdrücklich das Recht der Deutschen auf die nationale Einheit. Gleich Denis stellte er die Einigung Deutschlands als die natürliche und notwendige Folge einer langen historischen Entwicklung dar⁶⁴⁾. Darüber hinaus begrüßte er die Einigung Deutschlands auch deshalb, weil ein großer Staat die unabdingbare Voraussetzung für die Entfaltung der Demokratie und des Sozialismus sei⁶⁵⁾. Der Versuch, die Einigung Deutschlands aufzuhalten, sei der Kardinalfehler des Zweiten Kaiserreiches gewesen, erklärte Jaurès. Es wäre vielmehr Aufgabe der Franzosen

gewesen, die Einigung Deutschlands zu fördern, um ihre geschichtliche Schuld gegenüber den Deutschen abzutragen und „die Gewalttaten, die Verbrechen, die Machtmißbräuche der Vergangenheit“ wiedergutzumachen⁶⁶⁾. Unter Hinweis darauf, daß auch das moderne Frankreich durch Krieg und Eroberung geschaffen worden sei, sprach Jaurès „der französischen Demokratie“ sogar entschieden das Recht ab, Bismarcks machtpolitische Methoden der Einigung Deutschlands zu verurteilen⁶⁷⁾. Mit dieser Ansicht stand Jaurès in der französischen Geschichtsschreibung seiner Zeit allerdings allein.

Bei allen anderen Autoren gehörte die Verurteilung von Bismarcks Machtpolitik zum Katalog der harten Kritik an der Reichsgründung, die dem grundsätzlichen Ja zur deutschen Einheit in der französischen Geschichtsschreibung jener Jahre stets zur Seite stand. Ferner gehörten zu diesem Katalog die Kritik an den geistigen Grundlagen des neuen Deutschland und dessen preußischem Wesen, die Verurteilung der Annexion Elsaß-Lothringens sowie der Vorwurf, Preußen habe Europa in den gefährlichen Zustand der „paix armée“ versetzt.

An der kleindeutschen Lösung als solcher hingegen übten die französischen Historiker keine Kritik. Der häufig anzutreffende Hinweis auf die Unvollkommenheit des deutschen Nationalstaates war rein deskriptiver Natur, denn aus französischer Sicht gab es keine reale Alternative zur kleindeutschen Lösung unter der Führung Preußens. Bei dem einhellig negativen Urteil über die Möglichkeit einer Einigung Deutschlands durch Österreich spielte der Umstand, daß eine großdeutsche Lösung aus französischer Sicht keine wünschenswerte Alternative gewesen wäre, gewiß eine Rolle. Aber auch die traditionelle, noch rege Abneigung der Liberalen gegen das katholische Habsburg hatte Bedeutung. Die Sympathie der meisten französischen Historiker gehörte dem Einigungsversuch der deutschen Liberalen von 1848. Sie betonten seine historische Bedeutung und bedauerten das Scheitern der Revolution von 1848/49 um so mehr, als sie überzeugt waren, daß zwischen einem liberalen Deutschland und Frankreich der Friede erhalten geblieben wäre. Aber eine reale Aussicht auf Erfolg sprachen sie den deutschen Liberalen ab. So blieb nach einhelliger Auffassung der französischen Historiker kein anderer Weg als Deutschlands Einigung unter Preußens Führung. Verhängnisvoll allerdings sei gewesen, daß im Zuge dieser historisch notwendigen Entwicklung Preußen nicht in Deutschland aufgegangen sei, sondern vielmehr

⁵⁹⁾ Ebd., Bd. XIV, S. 533 ff.

⁶⁰⁾ Ebd., Bd. X, S. 251.

⁶¹⁾ Zwischen 1871 und 1914 wurde die Frage nach der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch von 1870 in Frankreich sehr kontrovers diskutiert — vgl.: Gödde-Baumanns (Anm. 15 und Anm. 30).

⁶²⁾ Proudhon sprach sich in Einklang mit seiner pazifistischen Grundüberzeugung für die Aufrechterhaltung des Systems von 1815 und mithin sowohl gegen französische Forderungen nach der Rheingrenze als auch gegen eine Einigung Deutschlands aus, von denen er kriegerische Verwicklungen befürchtete; vgl. Sieburg Bd. II (Anm. 4), S. 112 ff. Louis Blanc lehnte die Einigung Deutschlands im Hinblick auf die Rolle Preußens ab, vgl. Albertini (Anm. 4), S. 333.

⁶³⁾ Jean Jaurès (ed.), *Histoire socialiste, 1789–1900*, 12 Bde., Paris s.d. (1901 ff.), Bd. IX; Jean Jaurès, *La guerre franco-allemande*, Paris (1908).

⁶⁴⁾ Jaurès (Anm. 63), S. 71, 79.

⁶⁵⁾ Ebd., S. 42, 56, 100.

⁶⁶⁾ Ebd., S. 28 (Zitat), S. 15, 178, 231.

⁶⁷⁾ Ebd., S. 40 ff.

Deutschland absorbiert habe. Ernest Lavisse, der einflußreichste professionelle Historiker der Dritten Republik, auch er ein grundsätzlicher Befürworter der deutschen Einheit, brachte diese Ansicht auf die griffige Formel: „Die deutsche Berufung Preußens hat nur das deutsche Vaterland unter die preußische Hegemonie gebracht.“⁶⁸⁾

Die Kritik an den geistigen Grundlagen des neuen Deutschland galt zum einen dem Wandel der Deutschen von einem idealistisch gesinnten Volk zu einer Nation, die nur noch nationaler Egoismus und blanke Profitgier treibe. Während einige Autoren diesen Wandel als einen willkürlichen, von Preußen mit kühler Berechnung gesteuerten Umschwung darstellten, hoben Autoren wie Ernest Denis oder Lucien Lévy-Bruhl⁶⁹⁾, der später großes Ansehen als Soziologe gewann, die innere Notwendigkeit des Übergangs vom Idealismus zum Realismus im Prozeß der Nationswerdung hervor. Einmütig ist jedoch die Kritik am Resultat dieser Entwicklung.

Die andere grundsätzliche Kritik galt dem deutschen Nationsbegriff. Der Unterschied zwischen dem französischen und dem deutschen Nationsbegriff, der sich gemäß der unterschiedlichen historischen Ausgangssituation allmählich herausgebildet hatte, ist erst im Streit der beiden Nationen über die nationale Zugehörigkeit des Elsaß voll bewußt geworden und ist dann zunächst von französischer Seite klar definiert worden, insbesondere in der denkwürdigen Rede *Qu'est-ce qu'une nation?*, die Ernest Renan 1882 in der Sorbonne hielt⁷⁰⁾. Zum Gegensatz wurde der Unterschied zwischen dem voluntaristisch-politischen Nationsbegriff der Franzosen und dem historisch-kulturellen Nationsbegriff der Deutschen, wenn sich in Konfliktfällen die Frage nach dem entscheidenden Kriterium nationaler Zugehörigkeit erhob. Überzeugt, daß aufgrund der Entwicklung der Zivilisation in Europa im

Zweifelsfalle der Wille der Bevölkerung den Ausschlag geben müsse, betrachteten die französischen Historiker die damals in Deutschland vorherrschende Auffassung, daß die gemeinsame Sprache und historisch-ethnische Zugehörigkeit ausschlaggebend seien, als einen Rückfall in barbarisches Denken⁷¹⁾.

Daraus ergab sich logischerweise, daß sie die Annexion Elsaß-Lothringens einstimmig als einen Akt der brutalen Gewalt und der Wiederbelebung alten Faustrechtes verdammt. Die Abtrennung dieser Provinzen von Frankreich ohne Befragung der betroffenen Bevölkerung war in den Augen der französischen Historiker das Kainsmal des Deutschen Reiches⁷²⁾.

Überzeugt, daß es zwischen Frankreich und Deutschland keinen Frieden geben könne, bevor dieses schreiende Unrecht behoben sei, sprachen sie folglich Deutschland die Schuld an der latenten Kriegsgefahr zu, die seit 1871 über Europa lastete. Mit all seiner Macht habe das Deutsche Reich Europa nichts anderes zu beschern vermocht als den bedrohlichen und lähmenden bewaffneten Frieden. Soweit herrschte Einmütigkeit. Die Zukunftsprognosen der französischen Historiker schwankten indes zwischen der Hoffnung auf einen Sieg der demokratischen Kräfte in Deutschland, der den Frieden sichern könne, und tiefer Skepsis. Ernest Denis, Jean Jaurès und auch Charles Seignobos zum Beispiel hoben die Chance zur Wahrung des Friedens hervor. Dagegen kleidete Ernest Lavisse sein Urteil über die Folgen der Reichsgründung von 1871 – in Anklang an Dante – in die Worte: „Beim Eintritt in die neue Ära, die mit Preußens Siegen begann, muß man alle Hoffnung auf einen friedlichen Fortschritt der Menschheit fahren lassen. Heute der Haß, morgen der Krieg: Das ist Europas Gegenwart und Zukunft.“⁷³⁾

III.

Die Schrecken des Ersten Weltkrieges übertrafen die schlimmsten Befürchtungen. Kriegsschauplatz der Kämpfe zwischen Deutschen und Franzosen, in denen über zwei Millionen Menschen ihr Leben verloren, war Frankreich – vier bittere Jahre lang. Das legte den Gedanken nahe, Deutschland, wenn es erst einmal besiegt sei, um der künftigen Sicher-

heit Frankreichs willen durch Gebietsamputationen und die Zerstörung seiner Einheit auf Dauer zu schwächen – zumal nach einhelliger französischer Auffassung Deutschlands alleinige Schuld am „Großen Krieg“ außer Frage stand⁷⁴⁾.

Unermüdetlich focht Jacques Bainville für diese Kriegszielidee. Zunächst verband er seinen unent-

⁶⁸⁾ Ernest Lavisse, *Études sur l'histoire de Prusse*, Paris 1885², S. 14. Diese Bemerkung zielt gegen die These der zeitgenössischen kleindeutsch-borussischen Geschichtsschreibung vom „deutschen Beruf“ Preußens.

⁶⁹⁾ Lucien Lévy-Bruhl, *L'Allemagne depuis Leibniz. Essai sur le développement de la conscience nationale en Allemagne, 1700–1848*, Paris 1890.

⁷⁰⁾ In: *Oeuvres complètes* (Anm. 46), Bd. I, S. 887 ff.

⁷¹⁾ Vgl. Gödde-Baumanns (Anm. 30), S. 232 ff.

⁷²⁾ Ebd., S. 346 ff.

⁷³⁾ Ernest Lavisse, *Essais sur l'Allemagne impériale*, Paris 1909⁴, S. 98. Vgl. im übrigen: Gödde-Baumanns (Anm. 30), S. 270 f.

⁷⁴⁾ Gödde-Baumanns (Anm. 30), S. 353 ff. „La Grande Guerre“ war die gängige zeitgenössische Bezeichnung für den Ersten Weltkrieg.

wegten Ruf nach Zerstückelung Deutschlands mit der Behauptung, Bismarcks künstliche Konstruktion werde nach dem militärischen Zusammenbruch des Reiches sogleich „in etwa zwanzig Stücke“ zerfallen⁷⁵). Doch war der Hinweis auf den vermeintlich noch kraftvollen deutschen Partikularismus für Bainville ebenso entbehrliches Beiwerk wie die heftigen Angriffe gegen Preußen, das er in Einklang mit der gesamten französischen Kriegspropaganda als eigentlichen Urheber des europäischen Unheils anprangerte. Bainville vermochte gegen Ende des Krieges unverhohlen einzugestehen, daß er die partikularistischen Neigungen der Deutschen über- und ihren Einheitswillen unterschätzt hatte, ohne deshalb von seiner Forderung abzulassen. Niemand wies nachdrücklicher als er darauf hin, daß die Deutschen vor allen Dingen ihre nationale Einheit aus dem Fiasko zu retten suchten. Aber die Erkenntnis des deutschen Einheitswillens änderte nichts an seiner Forderung, Deutschland müsse zerstückelt werden. Solange Bainville noch einen Funken Hoffnung hegte, für diese Forderung Gehör zu finden, plädierte er für die Zerschlagung des Deutschen Reiches. Dann übte er harsche Kritik am Versailler Friedensvertrag, weil dieser das „Grundübel“ nicht beseitigt habe, mithin „zu weich“ für seine ansonsten durchaus bejahenswerte Härte sei⁷⁶). Denn maßgebend war für Bainville nur ein Gedanke, das *Ceterum censeo* all seiner Artikel und Bücher: Deutschlands Einheit sei unvereinbar mit Frankreichs Sicherheit und Frankreichs Recht auf Sicherheit stehe „über jedem anderen Recht“⁷⁷).

Aber auch hier muß betont werden, daß Bainvilles krasser Nationalegoismus für den Tenor der zahlreichen Kriegsschriften französischer Historiker nicht repräsentativ ist. Vielmehr stellten die übrigen Historiker, die ebenfalls die Auflösung des Deutschen Reiches und/oder Frankreichs Rückkehr an den Rhein forderten, die alten partikularistischen Neigungen der Deutschen — als wahre Tradition dieses Volkes — und das gesamteuropäische Interesse in den Mittelpunkt ihrer Argumentation⁷⁸). Als Repräsentant dieser Richtung sei hier ein Autor genannt, in dessen Lebensweg und Lebenswerk Politik und Historiographie besonders eng verbunden gewesen sind: Gabriel Hanotaux. Außenminister Frankreichs in den Jahren 1894 bis 1898, wurde er als Autor einer Biographie Richelieus⁷⁹), die er in der Zeit seiner steilen politischen Karriere geschrieben hatte, bereits im Jahre 1897 in

die Académie Française aufgenommen. Nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Außenministers zog er sich von der Politik zurück, um sich nun vornehmlich der Geschichtsschreibung zu widmen. Jedoch nahm er weiterhin am öffentlichen Leben regen Anteil und behielt im politisch-kulturellen Bereich großen Einfluß. Während des Ersten Weltkrieges stellte Hanotaux sein großes öffentliches und wissenschaftliches Ansehen als Verfasser zahlreicher Reden, Artikel und Broschüren in den Dienst der französischen Kriegspropaganda. Daneben begann er mit dem Mammutwerk einer ausführlichen, illustrierten Geschichte dieses Krieges, die insgesamt 17 großformatige Bände zählt, von denen neun noch während der Kriegszeit erschienen sind⁸⁰).

Bereits vor 1914 gab Hanotaux zu bedenken, die Lage der „germanischen Rasse in Europa“ sei für sie selbst und für die anderen schrecklich. Sei sie entsprechend ihrer geographischen und ethnischen Dreiteilung zwischen Süden, Mitte und Norden gespalten, sei „sie im Kriege mit sich selbst, und wenn sie sich in einem einzigen Körper zusammenballt, entsetzt sie ihre Nachbarn und verbindet sie gegen sich . . . Deutschland ist das Reservoir der Menschen und die Quelle der Konflikte“⁸¹). In einem Aufsatz über Probleme des Krieges und des Friedens aus dem Jahre 1916, der in der *Revue des Deux Mondes* erschien, ging Hanotaux dann von der These aus, es sei historisch erwiesen, daß zwei Möglichkeiten zur Wahl stünden: Entweder dominiere Deutschland „inmitten eines geknechteten Europas“, oder Europa garantiere „sich selbst den Frieden durch die gute Organisation eines friedlichen Deutschland“⁸²). In Anbetracht dieser Alternative plädierte er für eine Aufteilung des Bismarckreiches in mehrere „starke“ Staaten — etwa Preußen in seiner früheren Größe, Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg und Hannover. Eine solche Neugliederung Deutschlands „gemäß seinen eigenen Traditionen“ werde sowohl die Unabhängigkeit der Deutschen wie die Sicherheit Europas gewährleisten. Diese Lösung verstoße nicht gegen das richtig verstandene Nationalitätsprinzip, das von seiner ganzen Konzeption her unlösbar mit der „inneren Freiheit der Völker“ und der Grundordnung Europas verknüpft sei und seine notwendige Grenze in der Sicherheit aller Völker finde⁸³).

⁸⁰) Gabriel Hanotaux, *Histoire illustrée de la guerre de 1914*, 17 Bde., Paris 1915 ff.

⁸¹) Gabriel Hanotaux, *Histoire de la France contemporaine*, 4 Bde., Paris 1903–1909. Zitat: Bd. IV, S. 59 f.

⁸²) Gabriel Hanotaux, *L'ère nouvelle. Problèmes de la guerre et de la paix*, in: *Revue des Deux Mondes*, 15. Juni 1916, S. 721–757, und 1. Nov. 1916, S. 5–52; Zitat S. 35.

⁸³) Ebd., S. 40 ff. „Grundordnung Europas“ wörtlich: „L'unité amphictyonique de l'Europe“.

⁷⁵) Jacques Bainville, *L'Allemagne*. Collection Bainvilienne, 2 Bde., Paris 1939/40, Bd. I, S. 109.

⁷⁶) Ebd., Bd. II, S. 30 ff.

⁷⁷) Ebd., Bd. I, S. 134.

⁷⁸) Gödde-Baumann (Anm. 30), Kap. X.

⁷⁹) Gabriel Hanotaux, *Histoire du cardinal de Richelieu*, Bd. I, Paris 1893, Bd. II, Paris 1903.

Unter französischen Historikern behauptete sich aber auch noch im Kriege von 1914/18 der Gedanke, daß trotz Frankreichs fataler Erfahrungen mit dem Deutschen Reich das Nationalitätsprinzip zu respektieren sei. Diesen Standpunkt vertraten in aller Klarheit Charles Seignobos und Ernest Denis. Charles Seignobos war ein angesehener Repräsentant der damals „neuen“, an der „linken“ Sorbonne angesiedelten universitären Geschichtswissenschaft. Vergleicht man seine Ausführungen zur deutschen Frage mit den Darlegungen Hanotaux', einem Vertreter der traditionellen, in den Kreisen der ‚rechten‘ Académie Française gepflegten Geschichtsschreibung, tritt einer der grundlegenden Gegensätze zwischen den rechten und linken Denkfamilien zutage. Für Seignobos war die Forderung, der zukünftige Friede müsse auf dem Nationalitätsprinzip beruhen⁸⁴), um so unproblematischer, als er im Gegensatz zu Hanotaux nicht unabänderliche Gegebenheiten, sondern veränderbare politische Gründe für die verhängnisvolle Rolle des Deutschen Reiches in Europa verantwortlich machte. Preußen und Deutschland seien durch einen Zufall, das persönliche Einwirken Bismarcks, zur Militärmonarchie erstarrt. „Es geht also nur darum, sie auf die normale Entwicklungsbahn zum repräsentativen System zurückzuführen.“⁸⁵)

Mit historischen Argumenten sprach sich Ernest Denis gegen etwaige Versuche aus, das Rad der

Geschichte zurückzudrehen — sowohl in seiner wichtigsten Kriegsschrift *La Guerre*⁸⁶) als auch in seinem Beitrag zu einer Studie über die zukünftige Grenzziehung im Osten, die von der französischen Regierung bei einer Gruppe von Historikern in Auftrag gegeben wurde⁸⁷). Weder Frankreichs Rückkehr an den Rhein noch eine Auflösung des deutschen Einheitsstaates seien ratsam. Die historische Erfahrung lehre, daß Restaurationen niemals gelingen. Ein jeder Friede sei nur dauerhaft, wenn er „dem Besiegten keine exzessiven Opfer auferlegt und ihn weder in seinen innersten Fasern noch in seinen wesentlichen Bedürfnissen trifft“⁸⁸).

Analoge Gedanken finden sich auch noch in einer Rückschau auf das Ende des Ersten Weltkrieges, die am Vorabend des Zweiten Weltkrieges geschrieben wurden: in dem Deutschlandbuch des berühmten Germanisten Edmond Vermeil⁸⁹).

Zwar beschreibt Vermeil in diesem „Versuch einer Erklärung“, wie der Untertitel des Buches lautet, eindringlich Vielfalt und Zerrissenheit als Strukturelemente deutschen Wesens und Denkens. Dennoch verneint er die Frage, ob es richtig gewesen wäre, Bismarcks Werk wieder zu zerschlagen. Das wäre zwar eine kühn-realistische, aber eine brutale, zynische und vor allen Dingen eine gedankenfaule und überholte Politik gewesen, die im Gegensatz zur Entwicklung der modernen Nationen gestanden hätte.

IV.

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und angesichts der Verbrechen Hitlerdeutschlands stand 1945 eines außer Frage: Oberstes Gebot ist die Suche nach einer Lösung, die auf Dauer Sicherheit vor Deutschland gewährt. An der moralischen Berechtigung dieser Priorität konnte es keinen Zweifel geben. Umstritten war die Frage nach den Mitteln. Im Grunde liefen die unzähligen, widersprüchlichen und einander vielfach überschneidenden Konzepte auf die Alternative hinaus: Dominanz durch Zerstückelung oder Integration Deutschlands in Europa. Das Integrationsmodell setzte sich durch. Dazu trugen nicht nur Einsicht, sondern vor allem der Druck der Verhältnisse bei, denn der Streit um die Konzepte wurde von den

Ereignissen des Kalten Krieges überrollt⁹⁰). Mit der anfänglichen Absicht, Deutschland zu zersplittern, drang Frankreich bei den anderen Siegermächten nicht durch. Die Teilung Deutschlands war keine Folge französischer Außenpolitik, sondern des Ost-West-Konfliktes. Für die Integration der jungen Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der westeuropäischen Staaten aber

⁸⁶) Ernest Denis, *La Guerre*, Paris 1915.

⁸⁷) Ernest Denis, *L'opinion publique dans le pays rhénan après 1815*, in: *L'Alsace-Lorraine et la frontière du Nord-Est*, Travaux du comité d'études, Paris 1918, S. 393–414.

⁸⁸) Denis (Anm. 86), S. 317 ff.

⁸⁹) Edmond Vermeil, *L'Allemagne. Essai d'explication*, Paris 1939, Vorwort.

⁹⁰) Vgl. dazu: Wilfried Loth, *Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949*, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1983, S. 27–48; Klaus Manfrass (Hrsg.), *Paris — Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner*, Sigmaringen 1984. Ferner demnächst: *Deutsches Historisches Institut Paris (Hrsg.), Akten des deutsch-französischen Historikerkolloquiums „Deutschland und Frankreich: Kriegsende und erste Nachkriegszeit (1944–1947)“*, 3.–5. Dez. 1986, Baden-Baden.

⁸⁴) Wiederabdruck der Kriegsartikel in: Charles Seignobos, *Études de politique et d'histoire*, ed. J. Letaconnoux, Paris 1934.

⁸⁵) Charles Seignobos, *La politique extérieure*, in: *La réorganisation de la France. Conférences faites à l'École des Hautes Études Sociales, novembre 1915 — janvier 1916*, Paris 1917, S. 79.

unternahm der französische Außenminister Robert Schuman mit großem politischen Mut den entscheidenden Schritt, als er in seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 den von Monnet entworfenen Plan zur späteren Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bekannt gab, dem Konrad Adenauer in einer vorhergehenden vertraulichen Unterredung sofort zugestimmt hatte. Charles de Gaulle, zu jener Zeit noch ein Anhänger des Zerstückelungskonzeptes, hat sich die Idee der deutsch-französischen Aussöhnung nach seiner Rückkehr an die Macht im Jahre 1958 zu eigen gemacht und ihr dann im Bewußtsein der Franzosen die „patriotische Legitimation“ verliehen⁹¹⁾.

Die Debatte über die deutsche Frage ist seit 1945 also wieder auf die Ebene der Politik verlagert. Die konzeptionelle Unentschiedenheit in den ersten Nachkriegsjahren kommt jedoch auch in der Historiographie zum Ausdruck: in dem Titel, den der bedeutende Germanist Robert Minder 1948 seinem Deutschlandbuch gab, und in seinem Kommentar dazu. Das Buch trägt den Titel *Allemagne et Allemands* — aber Minder beeilte sich zu versichern, die Mehrzahl von Deutschland impliziere keine politische Stellungnahme. Vielmehr stehe der Plural für die vielfältigen Aspekte eines stets im Werden begriffenen Landes — „Vielfalt und Entfaltung, deren sich die Deutschen rühmen“. Dafür habe die statische französische Sprache keine andere Ausdrucksmöglichkeit als „les Allemandes“⁹²⁾.

Deutschland im Plural, das war in der Tat keine neue Erfindung, sondern alter französischer Sprachgebrauch. Die deutsche Aufzählung „Österreich, Preußen und die deutschen Mittelmächte“ lautet auf französisch seit eh und je: „L'Autriche, la Prusse, les Allemagnes“. Außerdem setzen die Franzosen auch den Namen ihres eigenen Vaterlandes unbesorgt in den Plural⁹³⁾.

Pierre Gaxotte wählte 1963 wieder den Titel *Histoire de l'Allemagne* — zur hier relevanten Fragestellung gibt das Buch ansonsten aber wenig her⁹⁴⁾. Ergiebiger ist da die *Histoire des Allemagnes* von François G. Dreyfus aus dem Jahre 1970. Er halte diesen Titel für angemessen, erklärt Dreyfus im Vorwort. Sei die Einheit doch nur „eine sehr kurze Periode“ in der deutschen Geschichte gewe-

sen. Die deutsche Geschichte sei vielmehr über Jahrhunderte durch „Vielfalt, Verschiedenheit, Partikularismus“ gekennzeichnet⁹⁵⁾. Nach Dreyfus markiert die Berlin-Krise von 1948/49 „das Ende der Geschichte von Deutschland“. Seitdem gebe es wieder „Deutschlands“: Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, West-Berlin⁹⁶⁾.

Der Auffassung vom episodenhaften Charakter der deutschen Einheit hat kurz darauf Pierre Ayçoberry in dem Band *L'Unité allemande* der in Frankreich und anderen frankophonen Ländern weit verbreiteten Taschenbuchreihe *Que sais-je?* widersprochen. Wenn renommierte Politologen in Frage stellten, ob siebzig Jahre Geschichte genüßten, um eine dauerhafte Einheit zu schmieden, so sei ihnen entgegenzuhalten, daß die Einheit Deutschlands nicht nur politischer Natur gewesen sei. Die gesamte deutsche Historiographie, auch die neue, national unbefangene, lasse vielmehr erkennen, daß der Einigungsprozeß tiefe Wurzeln in der Ideengeschichte, den Mentalitäten und der gesellschaftlichen Entwicklung gehabt habe⁹⁷⁾.

Die Tradition der französischen Geschichtsschreibung, die mit Namen wie Ernest Denis, Charles Seignobos, Jean Jaurès verbunden ist, hat Jacques Droz im ersten Teil einer vierbändig konzipierten *Histoire de l'Allemagne* wieder aufgegriffen, in dem er den Zeitraum 1789 bis 1871 unter dem Titel *La formation de l'Unité allemande* beschreibt⁹⁸⁾. Droz, der sich mit seinem Vorhaben als Nachfolger/von Ernest Denis begreift, verwahrt sich entschieden dagegen, die Erfüllung des deutschen Einheitsstrebens in der bismarckschen Reichsgründung als Abweichung von der normalen westeuropäischen Entwicklung, also als Sonderweg, zu deuten. Der tatsächliche Verlauf des deutschen Einigungsprozesses lasse sich sehr wohl erklären, ohne vermeintliche Mentalitätsunterschiede zwischen Deutschland und Westeuropa zu beschwören oder den Deutschen gar einen Mangel an Kultur oder einen spezifischen Untertanengeist zu unterstellen. Die politischen Schwächen, die 1848 in Deutschland offenbar geworden seien, seien zur gleichen Zeit bei den gleichen politischen Gruppen auch in Frankreich und Italien zu verzeichnen. Erst recht gehe es nicht an, die Männer, „die versucht haben, jenem vielfältigen und vielschichtigen Deutschland eine akzeptable politische Form zu geben“, als Vorläufer des Dritten Reiches darzustellen. Die Vorstellung, daß ein Volk aufgrund seines besonderen

⁹¹⁾ Pierre Pflimlin in einer Rede über „Deutsch-Französische Freundschaft — Basis für die Europäische Einigung“ am 30. Mai 1986 in Duisburg. Vgl. auch: Alfred Grosser, Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München — Wien 1986.

⁹²⁾ Robert Minder, *Allemagne et Allemands. Essai d'histoire culturelle*, Paris 1948, S. 7.

⁹³⁾ „Les deux Frances“ ist ein gängiger Begriff; der angekündigte Titel des dritten Bandes eines von Pierre Nora hrsg. Werkes lautet: *Les Frances*.

⁹⁴⁾ Pierre Gaxotte, *Histoire de l'Allemagne*, Paris 1964.

⁹⁵⁾ François G. Dreyfus, *Histoire des Allemagnes*, Paris 1970, S. 5 f.

⁹⁶⁾ Ebd., S. 412.

⁹⁷⁾ Pierre Ayçoberry, *L'Unité allemande*, Paris 1972 (que sais-je? Nr. 1314).

⁹⁸⁾ Jacques Droz, *Histoire de l'Allemagne — 1: La formation de l'Unité allemande 1789—1871*, Paris 1970.

und unveränderlichen Charakters ein bestimmtes Schicksal durchlaufen müsse, zeuge von Denkfaulheit und letztendlich von bösem Willen⁹⁹⁾.

Dem liberalen Grundgedanken vom möglichen Wandel des politischen Verhaltens von Nationen sind auch die zahlreichen Deutschlandbücher von Alfred Grosser verpflichtet¹⁰⁰⁾. Unentwegt führt Grosser den Franzosen die Festigkeit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland vor Augen, um in Frankreich noch vorhandene Sorgen vor einem vermeintlich bedrohlichen „ewigen Deutschland“ zu zerstreuen. Ebenso unermüdlich sucht Grosser den Deutschen begreiflich zu machen, daß für die französische, auf Sicherheit, Unabhängigkeit und Frankreichs Rang in der Welt bedachte Außenpolitik die Festigkeit des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland ein Grundpfeiler ist. In aller Klarheit sagt dieser stete Vermittler zwischen zwei Völkern den Deutschen, daß die Teilung ihres Landes eine Folge von Hitlers Politik ist, und appelliert an das Mitgefühl der Franzosen für die Leiden der geteilten Nation allein schon durch die Wortwahl¹⁰¹⁾: Seine Redewendung von der Verstümmelung Deutschlands ist im historischen Bewußtsein der Franzosen fest verankert als Metapher für erlittenes Unrecht. Wurde die Abtrennung Elsaß-Lothringens im Jahre 1871 doch zumeist als Verstümmelung Frankreichs bezeichnet. Andererseits bemüht Grosser sich, einer Überschätzung der Brisanz der deutschen Frage entgegenzuwirken. In *Deutschlandbilanz* versichert er, die überwältigende Mehrheit der Deutschen habe seit 1947/48, ohne sich dessen klar bewußt zu sein, „eine Wahl getroffen, die im 20. Jahrhundert eine wirkliche Ausnahme ist. Der Einheit der Nation haben sie die berechnete Verteidigung politischer Werte, die sie mit Werten des Wirtschaftslebens verbanden, vorgezogen.“ Das sei zwar eine recht theoretische Entscheidung gewesen, weil es keine konkrete Alternative gegeben habe, aber dennoch von Bedeutung „für die ideologische Grundlage des politischen Lebens“¹⁰²⁾. In seinem kürzlich erschienenen Buch *Das Deutschland im Westen* versichert Grosser: „Von anderer Art als ihre westlichen Nachbarn – wegen der Frage der deutschen Nation –, ist die Bundesrepublik trotzdem ein Land unter anderen im Westen, und ihre Zukunft wird mit aller Wahrscheinlichkeit der der anderen ähneln.“¹⁰³⁾

⁹⁹⁾ Ebd., S. 221 f.

¹⁰⁰⁾ Alfred Grosser, *L'Allemagne de l'Occident*, Paris 1953; ders., *La Démocratie de Bonn*, Paris 1958; ders., *L'Allemagne de notre temps*, Paris 1970; ders., *L'Allemagne en Occident. La République fédérale 40 ans après*, Paris 1985. – Deutsche Übersetzungen: vgl. Anm. 101 und 103.

¹⁰¹⁾ Alfred Grosser, *Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945*, München 1972⁴, S. 35 f., 117.

¹⁰²⁾ Ebd., S. 127.

¹⁰³⁾ Alfred Grosser, *Das Deutschland im Westen*, München – Wien 1985, S. 330.

Diese Aussagen von Alfred Grosser oder Jacques Droz werden hierzulande, aber allenfalls gleichgültig zur Kenntnis genommen. Besondere Aufmerksamkeit erregen sie ebensowenig wie die – sensationellen – Ergebnisse der letzten französischen Meinungsumfragen zum Thema einer Wiedervereinigung Deutschlands: rund 60 Prozent Ja- und nur gut 20 Prozent Neinstimmen¹⁰⁴⁾. Noch hat das Buch von Ernst Weisenfeld über *Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*¹⁰⁵⁾ bisher nicht das Echo gefunden, das angesichts des neuen Interesses an der deutschen Frage eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Legt Weisenfeld doch dar, daß die große Mehrheit der Franzosen das Recht der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung anerkennt und glaubwürdig unterstützt, nur für historische Gebietsansprüche kein Verständnis hat. Beides, so hat sich hier gezeigt, steht in der Tradition des französischen Nationsbegriffes.

Aufsehen und Klagen über das Wiederaufleben alter Vorurteile und Klischees hat hingegen das jüngste Buch des angesehenen französischen Historikers Raymond Poidevin hervorgerufen. Es trägt im Original den schlichten Titel *Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert* und hat in der deutschen Übersetzung den Obertitel *Die unruhige Großmacht* erhalten¹⁰⁶⁾. Poidevin sieht im Auf und Ab der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert einen konstanten Zug: Expansion. Expansion ist nach seiner Darstellung das gemeinsame Merkmal der deutschen Weltmachtambitionen in der wilhelminischen Zeit, des Weltherrschaftsversuches des nationalsozialistischen Regimes und der wichtigen Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Weltwirtschaft. Angesichts der außergewöhnlichen dynamischen Kraft, die Deutschland im 20. Jahrhundert entfaltet habe, stellt Poidevin in seinem Schlußwort die Frage, was wäre, falls sich eines Tages der Traum „gewisser Deutscher“ von der Wiedervereinigung erfüllte¹⁰⁷⁾. Dann würde Deutschland mit seiner Wirtschaftsmacht zwar

¹⁰⁴⁾ 62 Prozent der befragten Franzosen antworteten mit Ja, 21 Prozent mit Nein, als ihnen um die Jahreswende 1984/85 die Frage gestellt wurde, ob sie die Wiedervereinigung Deutschlands befürworteten. Diese Ergebnisse wurden in der Zeitschrift *Géopolitique* veröffentlicht; vgl.: Renate Fritsch-Bournazel, *Zukunftssignale: Fusion oder Konfusion?*, in: *Frankreich und Deutschland. Zur Geschichte einer produktiven Nachbarschaft*, Bonn 1986, S. 194. Nach einer in *LE MONDE* vom 28. Juni 1985 veröffentlichten Umfrage hielten 59 Prozent der befragten Franzosen die Wiedervereinigung Deutschlands für legitim, nur 20 Prozent für unerwünscht.

¹⁰⁵⁾ Ernst Weisenfeld, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986.

¹⁰⁶⁾ Raymond Poidevin, *L'Allemagne et le monde au XX^e siècle*, Paris 1983; ders., *Die unruhige Großmacht. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert*, Freiburg-Würzburg 1985.

¹⁰⁷⁾ Poidevin (Anm. 106), frz. Ausgabe, S. 272.

noch immer nicht an die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion oder Japan heranreichen, aber den europäischen Rahmen sprengen, lautet die Antwort. Denn kein Staat des alten Kontinents könnte solcher Übermacht Paroli bieten. Ein solches Deutschland würde gewiß „alte Ängste bei den Nachbarn aufleben lassen und sie in Versuchung führen, erneut die deutsche Gefahr zu beschwören“¹⁰⁸). Denn bereits das geteilte Deutschland nehme wieder einen bedeutenden Platz in der Welt ein.

Damit ist eine Sorge ausgesprochen, die in Frankreich durchaus verbreitet ist, wie auch Weisenfeld zeigt¹⁰⁹). In Deutschland aber wird jeder Beweis für die Existenz dieser Sorge weit aufmerksamer registriert als die zahlreichen Bekundungen der Sympathie für nationale Anliegen der Deutschen. Dieses Phänomen der selektiven Wahrnehmung

¹⁰⁸) Ebd., S. 273.

¹⁰⁹) Weisenfeld (Anm. 105), S. 181.

erweist sich als konstanter Faktor in der ganzen hier betrachteten Zeitspanne. 1840 reagierten die Deutschen heftig auf französische Forderungen nach der Rheingrenze — der Friedensmarseillaise von Lamartine schenkten sie keine Aufmerksamkeit. Ebenso wenig fand die französische Zustimmung zur deutschen Einheit vor und nach 1871 in Deutschland Beachtung. Die Deutschen der Bundesrepublik schließlich sind mit einem flüchtig hingeworfenen Bonmot von François Mauriac — „Ich liebe Deutschland so sehr, daß ich froh bin, nun zwei davon zu haben“¹¹⁰) — weit vertrauter als mit der ernsthaften und differenzierten Erörterung der deutschen Frage in Frankreich. Die Ursachen für dieses dauerhafte Phänomen der selektiven Wahrnehmung sind im historischen Selbstverständnis der Deutschen zu suchen. Denn die Vorstellung von Frankreichs Nein zur deutschen Einheit spielt darin eine wichtige Rolle.

¹¹⁰) Zitiert nach Fritsch-Bournazel (Anm. 104), S. 193.

Deutschland und die deutsche Frage in der polnischen Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert

Einleitend muß unterstrichen werden, daß eine umfassende Behandlung des Themas in diesem skizzenhaften Beitrag nicht möglich ist, da es sich um ein sehr komplexes Problem handelt, dessen detaillierte Aufarbeitung eine umfangreiche Monographie erfordern würde. Daher können wir unsere Erwägungen nur auf einige ausgewählte Fra-

gen beschränken, nämlich auf solche, die früher wie heute nicht nur in der Geschichtsschreibung, sondern auch in der populären Literatur und Publizistik Polens einen weiten Widerhall gefunden haben und deshalb besonders tief in das polnische historische und gesellschaftliche Bewußtsein eingedrungen sind.

I. Deutsche Geschichte in der polnischen Geschichtswissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts

Die deutsche Frage kann von der polnischen Geschichtsschreibung auf zweierlei Weise verstanden werden: entweder als Geschichte des deutschen Staates und der deutschen Nation mit allen Aspekten der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung oder im Hinblick auf die Rolle, die der deutsche Staat und die deutsche Nation im Laufe der letzten tausend Jahre in der Geschichte des polnischen Staates und der polnischen Nation spielten.

Der Verlauf der Geschehnisse bewirkte, daß zu der Zeit, als die Geschichtsforschung ihre wissenschaftliche Gestalt und ihren wissenschaftlichen Rang erlangte, d. h. im 19. und 20. Jahrhundert, die polnisch-deutschen Beziehungen auf polnischer Seite durch das Empfinden erlittenen Unrechts außergewöhnlich belastet waren.

Hier sei nur erinnert an die Teilungen Polens gegen Ende des 18. Jahrhunderts, an denen die deutschsprachigen Staaten einen so großen Anteil hatten, und an die Okkupation Polens durch Hitler. Infolgedessen wurde die deutsche Frage in der polnischen Geschichtswissenschaft lange Zeit fast ausschließlich im Kontext der polnisch-deutschen Beziehungen behandelt. Die polnischen Geschichtsforscher waren wenig oder überhaupt nicht an innerpolitischen, staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Problemen und an der Süd- und Westpolitik des Deutschen Reiches im Mittelalter und in der frühen Neuzeit interessiert; dagegen konzentrierten sie sich bei ihren Forschungsarbeiten auf die Analyse der Beziehungen zwischen beiden Nationen und der Ostpolitik Deutschlands und versuchten, in weit zurückliegenden geschichtlichen Epochen die Ursachen und damit die Erklärung für

die Tragödie der Teilungen und für die Lage der polnischen Nation im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu finden. Es muß zudem erwähnt werden, daß sich die polnische Geschichtswissenschaft, die bis zum Jahre 1918 eines eigenen Staatswesens beraubt war, in der Epoche der sich entwickelnden Nationalismen am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer ständigen Polemik mit der deutschen Geschichtsschreibung gezwungen sah, deren hervorragendste Vertreter den Polen und auch anderen Slawen jegliche positive Werte absprachen oder diese Werte sehr gering veranschlagten¹⁾. Unter diesen Verhältnissen gab es weder viel Raum für eine objektive Erforschung der deutschen Geschichte, noch gab es die Möglichkeit zur Überwindung nationaler Voreingenommenheit und zum Abstrahieren von der „polnischen Frage“, der „Sache Polens“. Möglichkeiten dazu eröffneten sich erst nach dem Jahre 1918, jedoch nur teilweise und unzulänglich; auf einer breiteren Basis und als stabile Erscheinung erst etliche Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg.

In der Literatur des 19. Jahrhunderts wie auch in einem bedeutenden Teil der Literatur aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die

¹⁾ J. Krasuski/G. Labuda/A. W. Walczak (Hrsg.), *Stosunki polsko-niemieckie w historiografii, cz. I* (Polnisch-deutsche Beziehungen in der Geschichtsschreibung, I. Teil), Studien zur Geschichte der polnischen und deutschen Geschichtsschreibung, Poznań 1974 passim; E. Maleczyńska, *Problem polsko-niemiecki w dotychczasowej historiografii polskiej*, w: *Historiografia polska wobec problemu niemieckiego* (Das polnisch-deutsche Problem in der bisherigen polnischen Geschichtsschreibung, in: Die polnische Geschichtsschreibung angesichts des deutschen Problems), Wrocław 1951, S. 4–24.

Geschichte Deutschlands und die deutsche Rolle in Europa fast ausschließlich in Werken synthetischen Typs thematisiert, wobei der Charakter dieser Werke oftmals durch die Staatsangehörigkeit der Autoren (die während der Teilungszeit in verschiedenen Staaten leben mußten) und durch die sich aus der jeweiligen Staatsangehörigkeit ergebenden politischen Zwänge geprägt war. Hingegen wurden hunderte analytische Monographien, Abhandlungen und Artikel erarbeitet, die sich mit der Problematik der polnisch-deutschen Beziehungen befaßten.

Aus diesem Grunde, wie auch aus einer Reihe von anderen Ursachen, können die Anschauungen der polnischen Geschichtsschreibung zur Geschichte Deutschlands nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Erstens änderte sich der Charakter dieser Anschauungen, bedingt durch den Fortschritt der Wissenschaft und den Einfluß der sich wandelnden politischen Verhältnisse im Laufe der Zeit. Zweitens ist insbesondere im 19. Jahrhundert eine gewissermaßen zwiespältige Betrachtung der deutschen Geschichte durch die polnischen Historiker zu beobachten. Einerseits entstand die polnische Geschichtsschreibung unter dem Einfluß der früheren Adelsliteratur, die sich in einem allgemein negativen Stereotyp des Deutschen und des Deutschtums ausdrückte und die zugleich ihre Bestätigung im Vorgehen der deutschsprachigen Teilungsmächte, die Polen okkupiert hatten, fand. Andererseits bewirkten die verhältnismäßig zahlreichen Studien polnischer Geschichtsstudenten an deutschen Universitäten, daß insbesondere die polnische Mediävistik im Banne der deutschen Werkstatttätigkeiten verblieb und — oft unbewußt — die Anschauungen der deutschen Geschichtswissenschaft Eingang in die polnische Historiographie fanden. Zudem war die polnische Historiographie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die politischen Zwänge und Beschränkungen, die aus der Staatsangehörigkeit der polnischen Historiker resultierten, und durch eine deutliche Orientierung auf Österreich geprägt. Infolgedessen etablierte sich in der polnischen Geschichtsschreibung eine Strömung, die gelegentlich als „Okzidentalismus“ bezeichnet worden ist; sie war mit einer Tendenz zur Glorifizierung von gewissen, aus dem Westen und vor allem aus Deutschland stammenden Erscheinungen und Ideen verbunden.

Die Geschichte des deutschen Mittelalters wurde von polnischen Historikern des 19. Jahrhunderts hauptsächlich im Rahmen größerer, der Weltgeschichte gewidmeter Synthesen bearbeitet. Vorherrschend war die historische Schilderung und in dieser Konvention wiederum die politische Geschichte der Kaiser, Könige und Fürsten des Reiches. In der in der Zwischenkriegszeit von

Dąbrowski und anderen herausgegebenen Großen Weltgeschichte, die sich mit dem Mittelalter und der Neuzeit befaßte, wurde das deutsche Problem als integraler Teil des europäischen geschichtlichen Prozesses behandelt, wobei sowohl die positive wie auch die negative Rolle des deutschen Elements in der politischen Geschichte Mitteleuropas hervorgehoben wurden²⁾. In allen diesen Synthesen wurde die negative Rolle des deutschen Ritterordens im Mittelalter und Brandenburg-Preußens im 16. bis 18. Jahrhundert für die baltische Region besonders stark akzentuiert³⁾.

Die Zeit der nazistischen Okkupation und die unmittelbar darauffolgenden Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg stärkten aus verständlichen Gründen das Interesse der polnischen Historiker an der Geschichte Deutschlands. 1947/48 erschienen zwei bedeutende Synthesen aus der Feder hervorragender Kenner der deutschen Problematik: Kazimierz Tymieniecki „Geschichte Deutschlands bis zu Beginn der neuzeitlichen Ära“ und Janusz Pajewski „Deutschland in der Neuzeit 1516–1939“⁴⁾. Tymieniecki und Pajewski folgten noch traditionellen Geschichtsauffassungen, indem sie politische und verfassungspolitische Fragen auf den ersten Platz rückten, dagegen kulturelle Probleme sowie soziale und ökonomische Fragen nur in einem geringen Ausmaß berücksichtigten. Nichtsdestoweniger sind ihre Arbeiten durch eine gründliche Kenntnis des Gegenstandes und — berücksichtigt man das Erscheinungsdatum — durch einen bewundernswerten Objektivismus gekennzeichnet. Das polnisch-deutsche Problem wurde von ihnen nicht in den Vordergrund gestellt, und dort, wo es ausführlicher thematisiert wurde, auf der Grundlage eigener Quellenforschungen dargestellt.

Eine umfassende Behandlung des ersten Deutschen Reiches finden wir in der im Jahre 1975 veröffentlichten populärwissenschaftlichen Publikation von Zbigniew Góralski⁵⁾. Die letzte polnische Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte ist die im Jahre 1981 veröffentlichte „Historia Niemiec“ (Geschichte Deutschlands) aus der Feder von Władysław Czapliński, Adam Galos und Waclaw Korta⁶⁾. Czapliński, Galos und Korta entwickelten

²⁾ J. Dąbrowski/O. Halecki/M. Kukiel/S. Lam (Hrsg.), *Wielka Historia Powszechna*, t. IV–VII (Große Weltgeschichte, Bd. IV–VII), Warszawa 1936–1939.

³⁾ Eine Zusammenstellung der Anschauungen der Geschichtsschreibung zu diesem Thema bei M. Bogucka, *Hold pruski (Die Huldigung Preußens)*, Warszawa 1984.

⁴⁾ K. Tymieniecki, *Dzieje Niemiec do początku ery nowożytnej (Geschichte Deutschlands bis zum Beginn der neuzeitlichen Ära)*, Poznań 1948; J. Pajewski, *Niemcy w czasach nowożytnych (Deutschland in der Neuzeit)*, Poznań 1947.

⁵⁾ Z. Góralski, *Pierwsza Rzeczpospolita (Das Erste Deutsche Reich)*, Warszawa 1975.

⁶⁾ W. Czapliński/A. Galos/W. Korta, *Historia Niemiec (Geschichte Deutschlands)*, Wrocław 1981.

eine eigene Periodisierung der Geschichte Deutschlands, wobei sie vor allem das Territorium der heutigen zwei deutschen Staaten zum Gegenstand ihrer Darstellung machten. Indes ließen sie auch die Gebiete, die einst zum Reich gehörten, nicht außer acht — also Österreich, die Schweiz, die Niederlande sowie auch die außerhalb historischen Raums des Reichs liegenden, aber ehemals deutsch-staatlichen Charakter besitzenden Länder wie Preußen und Livland. Zum ersten Mal wurden in der „Geschichte Deutschlands“ Probleme der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands durch die polnische Geschichtsschreibung ausführlicher dargestellt. Im allgemeinen blieb jedoch die politische Geschichte weiterhin vorherrschend.

Zu den synthetischen Arbeiten der letzten Jahre müssen auch die „Geschichte des Deutschen Reiches 1871–1945“ von Jerzy Krasuski und die „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands 1871–1945“ von Czesław Luczak gezählt werden⁷⁾. Krasuski behandelt vor allem die politische Geschichte des deutschen Volkes, weniger Raum widmet er dagegen der militärischen Geschichte und der Außenpolitik. Der Autor versucht, die Geschehnisse der deutschen Geschichte vor allem durch die Besonderheiten der gesellschaftlichen und politischen Lage Deutschlands zu erklären. Besonders interessant sind seine Überlegungen zu den Ursachen der Krise der parlamentarischen Demokratie, zur Rolle der Kriegsteilnehmer und zur Bedeutung der Arbeiterbewegung, die nach ihrer stürmischen Entwicklung im Kaiserreich stagnierte und von inneren Kämpfen paralysiert wurde. Die Arbeit von Luczak ist die erste umfassende Analyse der sozialen und ökonomischen Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Dem Verfasser gelang eine ausgewogene und objektive Darstellung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Die Arbeit Luczaks ist ein Zeugnis für die Überwindung der Tendenz der früheren polnischen Historiographie, in der Darstellung der polnisch-deutschen Beziehungen hauptsächlich die angeblich „ewige“ und „angeborene“ gegenseitige Feindschaft der beiden Nationen zu behandeln.

Die These von dem unvermeidlichen Antagonismus zwischen Deutschland und Polen wurde in der polnischen Geschichtsschreibung interessanterweise aus der mittelalterlichen Geschichte abgeleitet, wobei der deutsche „Drang nach Osten“ und die Eroberung der baltisch-slawischen Länder durch

den deutschen Ritterorden und die deutschen Schwertbrüder besonders betont wurden. Im Bereich der neuzeitlichen Geschichte wurde zumeist auf die Problematik der Teilungen Polens und insbesondere auf die negative Rolle Preußens und Friedrichs des Großen als Anstifter der Teilung rekurriert. In der Interpretation der geopolitischen Lage Polens und der polnisch-russisch-deutschen Beziehungen dominierte bei vielen Historikern die These, daß — während Rußland eine Ausbreitung seines politischen Einflusses auf ganz Polen anstrebte — die deutsche Außenpolitik prinzipiell auf die Teilung, also auf die Annexion Polens, zielte. Einige polnische Historiker und Politologen — insbesondere diejenigen, die die Emigrations-Geschichtsschreibung repräsentieren — sind geneigt, diese Thesen auch auf die jüngste Geschichte und auf die Gegenwart zu übertragen, wobei sie von der Überzeugung ausgehen, daß die außenpolitische Aggressivität der beiden Nachbarn Polens auch in der Zukunft nicht an Aktualität verlieren, sondern eine ständige politische Determinante bleiben wird.

Als Beispiele für die antagonistische Einstellung Deutschlands gegenüber Polen im 19. und 20. Jahrhundert wurde am häufigsten die Politik Preußens und insbesondere die Politik Bismarcks genannt, wobei viele polnische Historiker Bismarck geradezu diabolische Züge zuschrieben. Ähnlich oft wurden auch antipolnische Handlungen Bülow's, die Politik der preußischen Kolonisierungs-Kommission und das Enteignungsgesetz hervorgehoben.

Die von einigen polnischen Historikern in der Zwischenkriegszeit unternommenen Versuche, zu einer mehr objektiven Betrachtung der Geschichte Deutschlands und des polnisch-deutschen Verhältnisses zu gelangen, kamen infolge des Zweiten Weltkriegs und der nazistischen Okkupation völlig zum Erliegen. Es kann nicht verwundern, daß nicht nur in synthetischen, sondern auch in monographischen Arbeiten die Darstellung Deutschlands und der deutschen Geschichte in den ersten Nachkriegsjahren stark von Subjektivismus durchdrungen war⁸⁾.

Das Leiden Polens während des Zweiten Weltkriegs führte z. B. Józef Feldman zu einer grundsätzlichen Revision seiner Thesen, die er in einer 1934 veröffentlichten, den polnisch-deutschen Beziehungen gewidmeten Arbeit entwickelt

7) J. Krasuski, *Historia Rzeszy Niemieckiej 1871–1945* (Geschichte des Deutschen Reiches 1871–1945), Poznań 1969; Cz. Luczak, *Dzieje gospodarcze Niemiec 1871–1945* (Wirtschaftsgeschichte Deutschlands 1871–1945), Poznań 1984.

8) Siehe zum Beispiel: Z. Wojciechowski, *Polska-Niemcy. Dziesięć wieków zmagania* (Polen–Deutschland. Zehn Jahrhunderte Ringen), Poznań 1945; W. Sobieski, *Dzieje Polski* (Geschichte Polens), Warszawa 1924; M. Wojciechowska/Z. Wojciechowski, *Polska Piastów — Polska Jagiellonów* (Das Polen der Piasten — das Polen der Jagellonen), Poznań 1946.

hatte⁹⁾. 1934 hatte Feldman die Generalthese vertreten, daß von einem integralen polnisch-deutschen Antagonismus nicht die Rede sein könne, da die polnisch-deutschen Beziehungen trotz einer Reihe von Konflikten zwischen Polen und verschiedenen deutschen Staaten über lange Zeitabschnitte von einer friedlichen Zusammenarbeit geprägt gewesen seien und der aus den spezifischen geographischen Gegebenheiten Preußens geborene polnisch-preußische Konflikt nicht als symptomatisch für die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland betrachtet werden dürfe. Insbesondere hatte sich Feldman dagegen gewandt, dem Rassenhaß eine besondere Rolle zuzuschreiben und den polnisch-deutschen Konflikt als Teil eines großen geschichtlichen germanisch-slawischen Antagonismus zu werten. Anders stellte Feldman jedoch die deutsche Frage — oder besser das Problem der polnisch-deutschen Beziehungen — nach dem Zweiten Weltkrieg dar¹⁰⁾. Auf die Frage, ob es sich um einen einzigen oder eine Reihe von Antagonismen handle, antwortete er 1946 mit der Feststellung: „Wenn die Repräsentanten des Deutschtums im Verhältnis zu Polen ihre aufeinanderfolgenden einzelnen territorial-politischen Formationen waren, so zieht sich trotzdem auf dem Wege tausendjährigen Kampfes zwischen den beiden Nationen eine ständige Linie, die die einzelnen Erscheinungen in Entwicklungsketten verbindet.“¹¹⁾ Immer und überall — so Feldmans Auffassung nach dem Zweiten Weltkrieg — sei es in den polnisch-deutschen Feindseligkeiten um das Bestehen Polens als unabhängiger Staat gegangen. Alle Teile des Deutschtums hätten nach einer Verdrängung Polens gestrebt, anfangs aus dem Oder-Gebiet, später aus dem Weichsel-Gebiet. Feldman vermerkte, daß schon die Sachsen im 11. und 12. Jahrhundert und später der Ritterorden und seine Nachfolger die Methode der Extermination der Polen benutzt hätten.

Einer gründlichen Revision unterzog Feldman auch seine früheren Anschauungen hinsichtlich der Phasen der polnisch-deutschen Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Er konstatierte, daß er im Jahre

⁹⁾ J. Feldman, *Problem polsko-niemiecki w dziejach* (Das polnisch-deutsche Problem in der Geschichte), Katowice 1934.

¹⁰⁾ J. Feldman, *Problem polsko-niemiecki w dziejach* (Das polnisch-deutsche Problem in der Geschichte), Katowice 1946². Die Anschauungen Feldmans und anderer hier genannter Autoren wurden eingehend analysiert von A. Owsńska, *Podglądy historyków polskich na stosunek Niemiec do Polski*, w: *Zeszyty Naukowe Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Katowicach, Prace Historyczne 1* (Anschauungen polnischer Historiker über die Beziehung Deutschlands zu Polen, in: *Wissenschaftliche Hefte der Pädagogischen Hochschule in Katowice, Historische Arbeiten 1*), Katowice 1964—1967.

¹¹⁾ J. Feldman (Anm. 10), S. 21.

1934 diese Phasen zu optimistisch beurteilt hätte, und neigte jetzt zu der Auffassung, daß die polnisch-deutschen Konflikte gegenüber dem Beitrag der Deutschen für die Organisation der polnischen Kirche und für die Entwicklung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in Polen überwogen hätten. Das Element des Kampfes habe die Zusammenarbeit entschieden überragt, zumal diese von Feindschaft durchsetzt gewesen sei. Feldman revidierte auch seine frühere Bewertung der deutschen Sympathien für die polnische Frage im 19. Jahrhundert, als — bis zu den Zeiten Bismarcks — das deutsche Bürgertum, die Jugend und die Intelligenz propolnisch eingestellt waren. Er behauptete nun, daß diese Stimmungen auf reiner Berechnung beruht hätten; man habe in den Polen einen wirksamen Damm vor der Einmischung Nikolaus I. in deutsche Fragen gesehen. Als sich die Furcht vor einer russischen Intervention als haltlos erwies und die polnische Hilfe überflüssig wurde — so Feldman 1946 —, brach der uralte Haß zwischen beiden Nationen mit doppelter Gewalt hervor. Die deutschen Liberalen bezogen entschiedenen antipolnische Positionen.

Wenn wir Feldmans Thesen aus dem Jahre 1934 denen aus dem Jahre 1946 gegenüberstellen, so ist festzuhalten, daß der vor dem Zweiten Weltkrieg zu beobachtende Optimismus — als Feldman gegen ein unnötiges Dramatisieren der Gegensätze zwischen beiden Nationen auftrat — nach dem Krieg in Fatalismus umschlug. Der polnisch-deutsche Konflikt erschien Feldman nun als eine fatale Notwendigkeit der Geschichte. Aus allen Seiten seines Buches spricht Pessimismus, der sich am nachdrücklichsten in den Worten äußert: „Wenn es dem Hitlerismus so leicht gelang, Deutschland antidemokratische Regierungsformen, ausschweifenden Nationalismus und Rassismus aufzunötigen, so geschah es deshalb, weil alle diese Elemente schon seit Jahrhunderten im deutschen Charakter wurzelten . . . Die Überlegenheit unserer Auffassung des deutschen Problems liegt darin, daß wir mit allen Furchtbarkeiten des Zweiten Weltkriegs nicht nur den Nazismus selbst belasten. Wir glauben nicht an das Bestehen jenes anderen, guten Deutschlands, das von Hitler unterdrückt wurde . . . Dieses gute Deutschland muß erst erschaffen werden.“¹²⁾

Der Tenor dieses Zitats Feldmans ist charakteristisch für die unmittelbar nach dem Kriegsende entstandenen Synthesen und Monographien der polnischen Geschichtswissenschaft zur deutschen Frage und zu den polnisch-deutschen Beziehungen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Geschichte der deutschen und polnischen Kultur von Friedberg¹³⁾.

¹²⁾ Ebd.

¹³⁾ M. Friedberg, *Kultura polska a niemiecka* (Polnische und deutsche Kultur), 2 Bde., Poznań 1946.

Einen Umschwung in der Darstellung der deutschen Geschichte durch die polnische Geschichtswissenschaft sollten indes die fünfziger Jahre bringen, als z. B. Ewa Maleczyńska dazu aufrief¹⁴⁾, die deutsche Frage und die polnisch-deutschen Beziehungen vor allem in klassenspezifischen und gesellschaftlichen Kategorien zu betrachten. Damals erschienen eine Reihe von Arbeiten, die diese Parole auf eine ziemlich mechanische und oft stark vereinfachte Art aufnahmen. Sie traten auf eine schlechthin kritiklose Weise an die Aspekte der Nationalitätenpolitik heran, wenn an deren Basis soziale Kräfte standen, die den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentierten, und beurteilten in der Regel alle Versuche einer polnisch-deutschen Kooperation negativ, wenn diese auf Impulse aus dem Lager der Rechten und des gesellschaftlichen Konservatismus zurückgingen. Eine prinzipielle Wandlung zum Besseren brachte hier das Jahr 1956, das einen grundlegenden Umbruch in der gesamten polnischen Geschichtsschreibung einleitete.

Für die gegenwärtige polnische Geschichtsschreibung ist symptomatisch, daß sie der Geschichte Deutschlands als eigenständigem Problem weit mehr Aufmerksamkeit schenkt als der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen. So erschienen zahlreiche Monographien, die den Zeitraum der Weimarer Republik, die Diktatur Hitlers und die Geschichte Deutschlands in den Jahren des Zweiten Weltkriegs umfassen und die eine weite Palette von Problemen auf einer allgemeineren, gesamtgeschichtlichen Ebene behandeln. Das Interesse vieler Forscher gilt vor allem der Entstehung und dem Verfall der Weimarer Republik sowie der Genesis der NS-Herrschaft und den Funktionsmechanismen des gesellschaftspolitischen Lebens im Dritten Reich. Polnische Historiker beschrieben sowohl den Kampf der Arbeiterorganisationen für die Stärkung der Weimarer Republik und für die Schaffung eines neuen sozialistischen Staates in den Jahren 1919 bis 1923¹⁵⁾ als auch die Entstehung und den politischen Einfluß der Partei Hitlers in den Anfangsjahren der Weimarer Republik¹⁶⁾. Jerzy Holzer unternahm zum Beispiel in seiner Arbeit „Die politische Krise in

¹⁴⁾ E. Maleczyńska (Anm. 1).

¹⁵⁾ A. Czubiński, *Rewolucja 1918–1919 w Niemczech* (Die Revolution in Deutschland 1918–1919), Poznań 1977; T. Kotłowski, *Niemcy 1919–1923. Organizacje robotnicze w walce o ustrój społeczno-polityczny państwa* (Deutschland 1919–1923. Arbeiterorganisationen im Kampf um die gesellschaftspolitische Staatsordnung), Poznań 1986.

¹⁶⁾ J. Banaszkiewicz, *Powstanie partii hitlerowskiej. Studium socjologiczne genezy faszyzmu niemieckiego 1919–1923* (Die Entstehung der Partei Hitlers. Eine soziologische Studie der Genese des deutschen Faschismus 1919–1923), Poznań 1968.

Deutschland 1928–1930. Partei und Massen“ – gestützt auf soziographische Methoden, d. h. hauptsächlich auf der Grundlage der Statistik von Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen – den Versuch, die Wandlungen der politischen Kräfte in Deutschland am Ende der Weimarer Republik nachzuzeichnen. Aus seiner Analyse geht hervor, daß die prinzipiellen politischen Wandlungen in der Weimarer Republik schon in der Mitte des Jahres 1929 auftraten, also bereits vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise¹⁷⁾.

Die Arbeiten zum Dritten Reich befassen sich u. a. mit dem System von Staat und Recht im Nationalsozialismus¹⁸⁾, mit Kultur und Wissenschaft zwischen 1933 und 1945¹⁹⁾, mit der Bedeutung und Rolle der SS²⁰⁾ und mit dem Widerstand der Gewerkschaften und der deutschen Linken, der sich – wie vor allem Antoni Czubiński gezeigt hat – nicht nur wie der Widerstand des 20. Juli gegen Hitler, sondern auch gegen den deutschen Nationalismus und Militarismus richtete²¹⁾. Das Interesse bedeutender polnischer Historiker und Juristen konzentriert sich zudem vor allem auf die Problematik der Konzentrationslager Hitlers, die Stätten der millionenfachen Massenvernichtung. Hier sind u. a. die Studie von Alfons Klafkowski, „Hitlers Konzentrationslager als ein internationales Problem“²²⁾, und ein Sammelband über Auschwitz

¹⁷⁾ J. Holzer, *Kryzys polityczny w Niemczech 1928–1930. Partie i masy* (Die politische Krise in Deutschland 1928–1930. Partei und Massen), Warszawa 1970.

¹⁸⁾ Hier ist vor allem zu nennen: F. Ryszka, *Noc i mgła. Niemcy w okresie hitlerowskim* (Nacht und Nebel. Deutschland in der Epoche Hitlers), Wrocław 1962; ders., *Państwo stanu wyjątkowego* (Der Staat des Ausnahmezustands), Wrocław 1964.

¹⁹⁾ Dazu u. a. B. Drewniak, *Kultura w cieniu swastyki* (Kultur im Schatten des Hakenkreuzes), Poznań 1969; ders., *Teatr i film III. Rzeszy w systemie hitlerowskiej propagandy* (Theater und Film im System der Propaganda Hitlers), Gdańsk 1972; H. Orłowski, *Literatura III. Rzeszy* (Literatur des III. Reiches), Poznań 1975; M. Szyrocki, *Dzieje literatury niemieckiej, t. II* (Geschichte der deutschen Literatur, Bd. II), Poznań 1975; S. Tyrowicz, *Światło wiedzy zdeprawowanej. Idee niemieckiej filozofii i socjologii 1932–1945* (Das Licht des entsittlichten Wissens. Die Gedanken der deutschen Philosophie und Soziologie 1932–1945), Poznań 1975; J. Buszko/I. Paczyńska (Hrsg.), *Universities during World War II. Materials of the International Symposium held at the Jagiellonian University on the 40 Anniversary of „Sonderaktion Krakau“*, Warszawa–Kraków 1984.

²⁰⁾ K. Grünberg, *SS – czarna gwardia Hitlera* (Die SS. Die schwarze Garde Hitlers), Warszawa 1975; M. Cygąński, *SS w ruchu narodowo-socjalistycznym i w III. Rzeszy* (Die SS in der nationalsozialistischen Bewegung und im III. Reich), Poznań 1978.

²¹⁾ A. Czubiński, *Lewica niemiecka w walce z dyktaturą hitlerowską 1933–1945* (Die deutsche Linke im Kampf gegen die Diktatur Hitlers 1933–1945), Warszawa 1973.

²²⁾ A. Klafkowski, *Obozy koncentracyjne hitlerowskie jako zagadnienie międzynarodowe* (Hitlers Konzentrationslager als internationales Problem), Warszawa 1969.

unter der Redaktion von Józef Buszko²³⁾ zu erwähnen.

Die verhältnismäßig größte Aufmerksamkeit widmet die polnische Geschichtswissenschaft bei der Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik und des Dritten Reiches indes den internationalen Beziehungen und der Außenpolitik Deutschlands. In diesem Forschungsbereich müssen die Arbeiten von Sergiusz Mikulicz und Henryk Batowski sowie die gelungene Analyse von Piotr Losowski zur Außenpolitik Deutschlands in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg genannt werden²⁴⁾. In diesen Arbeiten werden vornehmlich das großdeutsche Streben und die revisionistischen Pläne der deutschen Politik analysiert.

In der Behandlung der deutschen Frage durch die polnische Geschichtswissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert können wir einige prinzipielle Entwicklungslinien festhalten:

Erstens: Zu dem Zeitpunkt, als die polnische Geschichtswissenschaft entstand, hatten die polnisch-deutschen Beziehungen und die Geschichte Deutschlands für die polnischen Historiker zweit-rangige Bedeutung. Sogar für den an der deutschen Geschichte besonders interessierten „Vater der polnischen Geschichtsschreibung“, Joachim Lelewel, waren die polnisch-deutschen Konflikte und die deutsche Eroberungssucht nur in grauer Vorzeit aktuell. Das Jahr 1848 wurde zum Wendepunkt in der Geschichte des polnischen politischen und historischen Denkens, als sich erwies, daß Rußland nicht der einzige Feind der polnischen Unabhängigkeitshoffnungen war. Trotz der Ereignisse dieses Jahres dominierte indes die antirussische Orientierung weiterhin bei einer Reihe von polnischen

Historikern, wie vor allem bei Józef Szujski und der „Krakauer Gruppe“, die aufgrund ihrer austrophilen Einstellung mit der sogenannten „Stańczyk-Gruppe“ verbunden waren.

Zweitens: Die Epoche Bismarcks und die hakatistische²⁵⁾ Politik Preußens gegenüber der polnischen Bevölkerung riefen starke antideutsche Stimmungen hervor. Historiker wie Szymon Askenazy, Wilhelm Feldman, Jan Kucharzewski oder Józef Buzek führten damals den Begriff des „polnisch-deutschen Problems“ ein. Allerdings behauptete Askenazy noch weiterhin, daß die polnisch-deutschen Beziehungen in der Vergangenheit lediglich durch eine Reihe singulärer Konflikte gekennzeichnet gewesen seien und wies auf die Momente friedlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen hin. Der Interpretation Askenazys folgten anfangs Józef Feldman und — in der letzten Ausgabe der „Geschichte des polnischen politischen Denkens“ — auch sein Vater Wilhelm²⁶⁾. Die These eines „ewigen“ polnisch-deutschen Antagonismus wurde dagegen vor allem von Waclaw Sobieski aufgestellt.

Drittens: In der Zwischenkriegszeit waren die Ansichten der polnischen Historiker (Wisława Knapiowska, Adam Szmańda u. a.) über die Bewertung der polnisch-deutschen Beziehungen geteilt, wobei jedoch das Bestreben überwog, eine gemeinsame Sprache mit der deutschen Wissenschaft zu finden und die historischen Tatsachen nüchtern darzustellen und zu analysieren.

Viertens: Nach dem Jahre 1945 war die Überzeugung von der Richtigkeit der These des unaufhörlichen, ewig dauernden Kampfes des Polentums mit dem Deutschtum in Polen fast allgemein vorherrschend. Józef Feldman, der hervorragendste Vertreter einer Verständigung mit den deutschen Historikern in der Vorkriegszeit, distanzierte sich nun von seinen früheren Anschauungen zu den Beziehungen zwischen den beiden Nationen.

Fünftens: Eine Wandlung brachten schließlich die letzten zwanzig bis dreißig Jahre, in denen sich eine Veränderung der Vergangenheitsbetrachtung vollzog, und das sowohl hinsichtlich des 19. und 20. Jahrhunderts als auch hinsichtlich der Rolle des Deutschtums und der deutschsprachigen Staaten im

²³⁾ J. Buszko (Hrsg.), Oświęcim (Auschwitz), Warszawa und Reinbek 1977 und 1986 (in polnischer, deutscher, englischer und französischer Sprache); weitere Studien zu den nationalsozialistischen Konzentrationslagern von T. Musiol, Dachau 1933–1945, Katowice 1968; W. Kiedrzyńska, Ravensbrück, kobiety obóz koncentracyjny (Ravensbrück. Das Konzentrations- und Frauenlager), Warszawa 1965; K. Dunin-Wąsowicz, Obóz koncentracyjny Stutthof (Das Konzentrationslager Stutthof), Gdynia 1966.

²⁴⁾ S. Mikulicz, Od Genui do Rapallo (Von Genua bis Rapallo), Warszawa 1966; H. Batowski, Dyplomacja niemiecka. Zarys Informacyjny (Die deutsche Diplomatie. Informationsabriß), Warszawa 1971; ders., Austria i Sudety (Österreich und die Sudeten), Poznań 1968; ders. als Hrsg., Irredenta niemiecka w Europie Środkowej i południowo-wschodniej przed II wojną światową (Der deutsche Irredentismus in Mittel- und Südosteuropa vor dem II. Weltkrieg), Katowice—Krakow 1971; P. Losowski, Między wojną a pokojem. Niemieckie zamysły wojenne nawschodzie w obliczu traktatu wersalskiego. Marzec-czerwiec 1919 (Zwischen Krieg und Frieden. Deutsche Kriegsvorhaben im Osten angesichts des Versailler Vertrages. März—Juni 1919), Warszawa 1976; zu außenpolitischen Problemen der deutschen Geschichte zur Zeit der Weimarer Republik und des III. Reiches könnte hier noch eine Vielzahl von Werken der polnischen Historiographie genannt werden.

²⁵⁾ Der Begriff „hakatistisch“ ist abgeleitet aus den Namen der Gründer des Deutschen Ostmarkvereins F. von Hanse-mann, H. Kennemann und H. von Tiedemann-Seeheim. Der 1894 gegründete Ostmarkverein bemühte sich um eine Germanisierung der durch die polnischen Teilungen an Preußen gefallenen Gebiete, insbesondere der Provinzen Posen und Westpreußen, indem er u. a. deutsche Siedlungen förderte.

²⁶⁾ W. Feldman, Dzieje polskiej myśli politycznej (Geschichte des polnischen politischen Denkens), Krakow 1933.

Mittelalter und im 16. bis 18. Jahrhundert. Forschungen von Marian Biskup, Krzysztof Baczkowski und Anna Sucheni-Grabowska zum 16. und von Władysław Czapliński und Jan Wimmer zum 17. Jahrhundert erlaubten es, sich weitgehend von früheren Voreingenommenheiten zu befreien, und

bereiteten den Grund für eine ruhige, sachliche und objektive Betrachtung der deutschen Frage. Es scheint, daß diese jüngeren Tendenzen in der polnischen Geschichtsschreibung in Zukunft eine immer größere Beständigkeit und Stabilität erhalten werden.

II. Deutsch-polnische Beziehungen in der polnischen Deutschlandforschung seit 1945

Die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs brachten eine tiefgreifende Veränderung in den deutsch-polnischen Beziehungen und in der damit verbundenen Forschung. Unmittelbar nach dem Kriege versuchten einige Historiker der Vorkriegsgeneration eine allgemeine geschichtliche Bewertung des Konflikts zwischen den Polen und den Deutschen. Es entstanden überwiegend kritische und pessimistische Arbeiten über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der polnisch-deutschen Beziehungen, die sicherlich von persönlichen Erfahrungen geprägt waren²⁷). Die Geschichtsschreibung hat dabei indes nur einige der Bereiche aufgegriffen, die nach 1945 von der polnischen Deutschlandforschung behandelt worden sind²⁸). Die Historiker der jüngeren Generation konzentrierten sich vor allem auf die Politik des Dritten Reiches im besetzten Polen zwischen 1939 und 1945 und untersuchten das Ausmaß der polnischen Verluste²⁹). In diesem Zusammenhang muß auf das besondere Interesse der polnischen Wissenschaft für die Frage der Verfolgung und Bestrafung der nazistischen Kriegsverbrecher nach 1945 hingewiesen werden³⁰). Viele Autoren haben sich mit der Einstellung der beiden deutschen Staaten zu diesem Problem befaßt, wobei die Strafverfolgung von Naziverbrechern in der Bundesrepublik sehr kritisch beurteilt worden ist³¹). Es

darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß nach Auffassung vieler polnischer Autoren die individuelle Entschädigung polnischer Bürger durch die Bundesrepublik weiterhin eine offene Frage ist³²).

Die Arbeiten der polnischen Geschichtsschreibung zur deutschen Geschichte und zu den polnisch-deutschen Beziehungen sind Teil einer interdisziplinären Deutschlandforschung, die im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre in Polen entstand. Neben Historikern waren daran Juristen — vor allem Völkerrechtler —, Ökonomen, Soziologen, Literaturwissenschaftler und in zunehmendem Maße zuletzt auch Politologen beteiligt. Führende Zentren dieser Forschungen waren das Westinstitut und das Institut für Geschichte an der Universität in Poznań, das polnische Institut für internationale Fragen in Warschau sowie zahlreiche regionale Institute in Kattowice, Olsztyn, Szczecin sowie die Universitäten Kraków, Wrocław und Łódź³³). Eine wesentliche Intensivierung der Deutschland-Forschung erfolgte in den siebziger und achtziger Jahren, was auf folgende Faktoren zurückzuführen ist:

- die Tradition der Deutschland-Forschung in Polen,
- die zunehmende Bedeutung der Beziehungen Polens mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland,

²⁷) Vgl. J. Feldman (Anm. 10); J. Pajewski/W. Głowacki, *Analogie rewizjonizmu niemieckiego* (Analogien des deutschen Revisionismus), Poznań 1947.

²⁸) Siehe P. Lipóczy, *Bibliografia niemcoznawcza* (Bibliographie der Deutschlandkunde), Bd. 1—5, Warszawa (PISM) 1967—1975; Instytut Zachodni (Hrsg.), *Niemcy współczesne jako przedmiot badań nauki polskiej 1945—1970* (Das zeitgenössische Deutschland als Forschungsobjekt der polnischen Wissenschaft 1945—1970), Poznań 1972.

²⁹) Vgl. Cz. Madajczyk, *Polityka III. Rzeszy w okupowanej Polsce* (Die Politik des III. Reichs im besetzten Polen), Bd. 1—2, Warszawa 1970; Cz. Łuczak, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce* (Die Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik Hitlerdeutschlands im besetzten Polen), Poznań 1979.

³⁰) Vgl. Cz. Pilichowski, *Badanie i ściganie zbrodni hitlerowskich w latach 1944—1974. Główna Komisja Zbrodni hitlerowskich w Polsce* (Untersuchung und Verfolgung der Hitlerverbrechen in den Jahren 1944 bis 1974. Hauptkommission für Hitlerverbrechen in Polen), Warszawa 1975.

³¹) Verjährung und Verfolgung von Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Bevölkerung im Rechtssystem der BRD. Material der wissen-

schaftlichen Konferenz am 28. April 1980, Warszawa 1981; Cz. Pilichowski, *Zasady norymberskie w sprawie karania i ścigania hitlerowskich zbrodniarzy wojennych 1945—1971, w: Sprawy Międzynarodowe* (Die Nürnberger Prinzipien in Sachen der Bestrafung und Verfolgung nazistischer Kriegsverbrecher 1945—1971, in: Internationale Angelegenheiten), (1971) 11, S. 28—44, S. Piotrowski, *Hans Franks Tagebuch*, Warszawa 1961.

³²) S. Cholewiak, *Odszkodowania wojenne RFN dla obywateli polskich*, w: *Sprawy Międzynarodowe*, (Kriegsentschädigungen der BRD für polnische Bürger) in: Internationale Angelegenheiten, (1974) 4, S. 99—112; Cz. Pilichowski, *Odszkodowania RFN dla Polaków* (Entschädigungen der BRD für polnische Bürger), ebd.

³³) Vgl. T. Koltowski/R. Wryk, *Badania niemcoznawcze w Polsce i ich koordynacja*, w: A. Czunbiński, *Problemy metodologiczne dziejów Niemiec* (Deutschlandforschungen in Polen und ihre Koordinierung, in: ders. [Hrsg.], *Methodologische Probleme der Geschichte Deutschlands*), Poznań 1978, S. 181—201.

- das verstärkte Interesse an Deutschlandforschung in den Hochschulen,
- die seit Mitte der siebziger Jahre erfolgte Koordinierung der polnischen Forschungsprojekte³⁴).

Insgesamt sind an der polnischen Deutschland-Forschung einige hundert Wissenschaftler beteiligt, die teilweise in interdisziplinären Forschungsgruppen tätig sind. Von ihnen werden vor allem fünf große Sachgebiete behandelt:

1. die Entwicklung der deutschen Frage nach 1945 in Verbindung mit der Haltung Polens³⁵),
2. die Entstehung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der VR Polen³⁶),
3. die Entstehungsgeschichte und die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland³⁷),
4. die rechtliche und politische Stellung West-Berlins³⁸),
5. die Bedingungen, Voraussetzungen und Entwicklungstendenzen in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR Polen³⁹).

Zum letzten Themenkomplex ist eine große Zahl von Arbeiten erstellt worden, weshalb hier nur auf

³⁴) Vgl. J. Gogulski/R. Wryk, Wykaz tematów badań niemoznawczych prowadzonych w Polsce (Verzeichnis der Themen der Deutschlandforschung in Polen), UAM Poznań 1984 und 1986.

³⁵) Siehe zum Beispiel L. Pastusiak, Podział i zjednoczenie Niemiec w dyplomacji Wielkiej Czwórki (Die Teilung und die Vereinigung Deutschlands in der Diplomatie der Großen Vier), Katowice 1984; M. Tomala, Dwie drogi rozwoju Niemiec (Zwei Entwicklungswege Deutschlands), Warszawa 1968; PISM (Hrsg.), Polska a problem niemiecki (Polen und das deutsche Problem), Warszawa 1962; PISM (Hrsg.), Polityka zagraniczna Polski w świetle układu poczdamskiego (Die Außenpolitik Polens im Lichte des Potsdamer Abkommens), Warszawa 1972.

³⁶) B. Gruchmann/B. Wiewióra, Niemiecka Republika Demokratyczna (Die Deutsche Demokratische Republik), in Reihe: Monografia Niemiec współczesnych (Monographie des zeitgenössischen Deutschlands), Poznań 1963; PRL — NRD. Sojusz i współpraca. (VR Polen — Deutsche Demokratische Republik. Bündnis und Zusammenarbeit), Warszawa 1974.

³⁷) K. M. Pospieszalski/Z. Ziółkowski, Niemiecka Republika Federalna (Die Bundesrepublik Deutschland), in Reihe: Monografia Niemiec Współczesnych (Monographie des zeitgenössischen Deutschlands), Poznań 1965; J. Sulek, Geneza RFN. Studium politologiczne (Die Genese der Bundesrepublik Deutschland. Eine politologische Studie), Poznań 1977; J. Krasuski, Historia RFN (Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland), Warszawa 1981; A. Czubiński (Hrsg.), Republika Federalna Niemiec w dobie koalicji socjalliberalnej (Die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit der sozial-liberalen Koalition 1969—1982), Poznań 1986.

³⁸) R. Rybicki, Status prawny Berlina Zachodniego (Der rechtliche Status West-Berlins), Warszawa 1972.

³⁹) Siehe J. Skibiński (Hrsg.), Problemy normalizacji PRL — RFN (Probleme bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland), Warszawa 1985.

die wichtigsten Ergebnisse hingewiesen werden soll. Aus den umfangreichen Forschungen über die polnisch-deutschen Beziehungen stellen wir bewußt folgende wichtige Probleme in den Vordergrund:

- die Bewertung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 als konstitutiver Akt in bezug auf die polnische Westgrenze,
- die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung nach 1945 und die Integration der westlichen und nördlichen Regionen in das polnische Staatsgebiet,
- die Entstehung und Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR Polen unter besonderer Berücksichtigung des Normalisierungsprozesses nach dem Abschluß des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970.

Die polnischen Forscher stimmen in der ersten Frage darin überein, daß die Potsdamer Beschlüsse der Siegermächte eine logische Konsequenz des vom Dritten Reich begonnenen Krieges waren. Die Abschnitte IX B und XIII dieses Abkommens bilden dabei bis heute die konstitutive Grundlage der polnischen Westgrenze an der Oder und an der Lausitzer Neisse⁴⁰). Die polnischen Völkerrechtler weisen die Interpretation der polnischen Westgrenze als vorläufig zurück. Nach ihrer Ansicht lassen sich die Bestimmungen des Abschnitts IX B des Potsdamer Abkommens wie folgt zusammenfassen:

- Es ist die Rede von „ehemaligen deutschen Gebieten“, welche nicht der sowjetischen Besatzungszone unterstellt waren;
- es gibt keinen „Friedensvertragsvorbehalt“, da im englischen Originaltext der Begriff „peace settlement“ (friedliche Regulierung) verwendet wird;
- die Bestimmungen des Artikels XIII sind ein wichtiger Beweis dafür, daß die Siegermächte nicht an vorübergehende Experimente, sondern an eine endgültige Regulierung der polnischen Westgrenze dachten;
- die endgültige Festlegung („final delimitation“) der polnischen Westgrenze erfolgte nach polnischer Auffassung gemäß der politischen Entscheidungen der Siegermächte, welche zusätzlich durch Markierung der Grenze sowie andere Vereinbarungen und Verträge bestätigt wurde;
- die Verträge der VR Polen mit der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juli 1950 und mit der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezem-

⁴⁰) Vgl. A. Klafkowski, Umowa poczdamska a sprawy polskie 1945—1970 (Das Potsdamer Abkommen und die polnische Frage 1945—1970), Poznań 1970; K. Skubiszewski, Zachodnia granica Polski w świetle traktatów (Die Westgrenze Polens im Lichte der Verträge), Poznań 1975; J. Kokot, Od Poczdam do Helsinek (Von Potsdam nach Helsinki), Opole 1974.

ber 1970 nehmen Bezug auf die Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 und haben nur deklarativen Charakter⁴¹⁾.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß die polnischen Forscher zu der These vom Untergang des Deutschen Reiches im Jahre 1945 oder spätestens im Jahre 1949 neigen, ohne jedoch gewisse Rechte der vier Siegermächte in bezug auf Deutschland in Frage zu stellen. Jedenfalls wird die Auffassung vertreten, daß der Begriff „Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“ in Potsdam nur als Ausgangspunkt für die politische Diskussion verwendet wurde und die westdeutsche Rechtsdoktrin vom Fortbestehen des „Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“ nicht gerechtfertigt ist. Insofern besteht bis heute ein starker Gegensatz zwischen den Auffassungen der westdeutschen und polnischen Forscher in dieser Frage, was nicht ohne Einfluß auf die offizielle Haltung der beiden Staaten blieb.

Große Aufmerksamkeit wird in der polnischen Forschung auch dem „Transfer“ (wie es im Potsdamer Abkommen heißt) oder — um einen in den letzten Jahren eingeführten Begriff zu verwenden — der „Zwangsumsiedlung“ der deutschen Bevölkerung gemäß Artikel XIII des Potsdamer Abkommens gewidmet. Dieses Problem wird im allgemeinen in zwei Phasen betrachtet:

— Flucht und Evakuierung der Bevölkerung durch die deutschen Behörden in den letzten Kriegsmonaten, wobei den offiziellen Stellen viele Fehler und Fehlentscheidungen nachgewiesen werden können⁴²⁾;

— Zwangsumsiedlungen durch die polnischen Behörden gemäß den Potsdamer Bestimmungen der Siegermächte, von denen nach Schätzungen bis zu ca. 3,2 Millionen Menschen betroffen waren⁴³⁾.

Allgemein wird in der polnischen Forschung der westdeutschen These von der „Vertreibung“ der Deutschen insofern widersprochen, als diese Zwangsumsiedlungen ihre Ursache in der verbrecherischen Politik des Naziregimes während des Zweiten Weltkriegs hatten, die auch Zwangsum-

siedlungen der polnischen Bevölkerung einschlossen. Bei der Beurteilung des zum Teil leidvollen Schicksals der umgesiedelten deutschen Bevölkerung dürfen die Folgen nicht mit den Ursachen verwechselt werden. Dabei dürfen auch persönliche und emotionelle Erlebnisse für die Bewertung objektiver historischer Prozesse nicht ausschlaggebend sein. Die Westverschiebung der polnischen Bevölkerung bleibt daher eine objektive Tatsache und muß als ein Element der gesamteuropäischen Friedensordnung zur Kenntnis genommen werden.

Nach 1945 und insbesondere nach 1955 fanden weitere Ausreisen aus Polen in die Bundesrepublik im Rahmen der Regelungen von einzelnen humanitären Fragen und der sogenannten „Familienzusammenführung“ statt. Waren es in den fünfziger Jahren Deutsche oder „deutschstämmige Polen“, die ausreisten, so unternahmen — meistens aus ökonomischen Motiven — in den folgenden Jahren auch Angehörige der einheimischen polnischen Bevölkerung diesen Schritt. Diese Entwicklung wird in der polnischen Forschung als ein wichtiger Bestandteil der bilateralen Beziehungen zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland untersucht⁴⁴⁾.

Des weiteren werden in der polnischen Forschung auch folgende Probleme intensiv analysiert:

— die Integration der westlichen und nördlichen Gebiete in das polnische Staatsgebiet, die trotz vieler Schwierigkeiten in wenigen Jahren erfolgreich durchgeführt wurde⁴⁵⁾;

— die Verifikation der alteingesessenen polnischen Bevölkerung, die trotz der Jahrhunderte dauernden Germanisierung die polnische Sprache und Sitten nicht vergessen hat⁴⁶⁾;

— die Besiedlung der polnischen West- und Nordgebiete mit repatriierten Polen sowie mit der Bevölkerung aus dem Inneren des Landes, was im hohen Grade zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieser Gebiete beigetragen hat⁴⁷⁾.

⁴¹⁾ J. Janicki, Republika Federalna Niemiec wobec terytorialno-politycznych następstw klęski i upadku III. Rzeszy (Die Bundesrepublik Deutschland angesichts der Folgen der Niederlage und des Verfalls des III. Reiches), Poznań 1982.

⁴²⁾ S. Banasiak, Przesiedlenie Niemców z Polski w latach 1945—1950 (Die Übersiedlung der Deutschen aus Polen in den Jahren 1945—1950), Łódź 1968, Schulbuchtagung der Historiker, Saarbrücken 1986 (im Druck).

⁴³⁾ P. Lipóczy/T. Walichnowski, Przesiedlenie ludności niemieckiej z Polski po II. wojnie światowej w świetle dokumentów (Die Übersiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen nach dem II. Weltkrieg im Lichte der Dokumente), Warszawa 1982.

⁴⁴⁾ J. Korbel, Wyjazdy i powroty. Migracje ludności w procesie normalizacji stosunków między Polską a RFN (Ausreise und Rückkehr. Migration der polnischen Bevölkerung im Rahmen des Normalisierungsprozesses zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland), Opole 1977; ders., Emigracja z Polski do RFN (Die Emigration aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland), Opole 1983.

⁴⁵⁾ Westinstitut Poznań (Hrsg.), Die polnischen Westgebiete, Poznań 1960; W. Markiewicz/P. Rybicki, Przemiany społeczne na ziemiach zachodnich (Gesellschaftliche Wandlungen in den Westgebieten), Poznań 1967.

⁴⁶⁾ J. Misztal, Weryfikacja narodowościowa na Śląsku Opolskim 1945—1950 (Nationalitäten-Verifikation im Opperler Schlesien 1945—1950), Opole 1984.

⁴⁷⁾ Siehe J. Pietrucha, Ludność Polski i północnej (Die Bevölkerung West- und Nordpolens), Warszawa 1972.

Wie bereits erwähnt, liegt ein weiterer Schwerpunkt der polnischen Deutschlandforschung in der Analyse der Bedingungen und Voraussetzungen der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. In den letzten zwei Jahrzehnten standen dabei folgende Probleme im Vordergrund:

— die Weigerung der Bundesregierungen, die polnische Westgrenze anzuerkennen, sowie die Aktivitäten der Landsmannschaften und anderer politischer Kräfte, die auf eine Revision der polnischen Westgrenze zielten — beides hat in Polen zur Entstehung des Begriffes „westdeutscher Revisionismus“ wesentlich beigetragen⁴⁸⁾;

— das Heranwachsen positiver Tendenzen in der westdeutschen Bevölkerung gegenüber Polen, die mit den Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen eine wichtige Voraussetzung für eine flexiblere Einstellung der politischen Elite, insbesondere der SPD und der FDP, zu Fragen der Entspannung und der damit verbundenen Anerkennung bzw. „Respektierung“ der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland schufen⁴⁹⁾.

Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 einen tiefen Einschnitt in den gegenseitigen Beziehungen bedeutet. Im Zuge des Entspannungsprozesses in den Ost-West-Beziehungen kam es im Laufe der siebziger Jahre zu einer Verbesserung des bilateralen Verhältnisses. Die polnischen Forschungen befaßten sich vor allem mit der Auslegung des Vertrages vom 7. Dezember 1970, der — im Gegensatz zu der herrschenden Meinung in der westdeutschen Wissenschaft und den Rechtspositionen der Bundesregierung — als endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland interpretiert wurde⁵⁰⁾.

⁴⁸⁾ J. Sulek, Stanowisko rządu RFN wobec granicy na Odrze i Nysie Łużyckiej 1949—1966 (Der Standpunkt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Grenze an der Oder und der Lausitzer Neisse 1949—1966), Poznań 1969; T. Walichnowski, Kult rewizjonizmu terytorialnego w polityce i prawie RFN (Der Kult des territorialen Revisionismus in der Politik und im Recht der Bundesrepublik Deutschland), Warszawa 1983.

⁴⁹⁾ Siehe J. Rachocki (Hrsg.), Polska — RFN. Przesłanki i proces normalizacji stosunków (Polen — Bundesrepublik Deutschland. Voraussetzungen und Normalisierungsprozeß der Beziehungen), Poznań 1972; J. Skibiński, Polska — RFN. Problemy normalizacji stosunków (Polen — Bundesrepublik Deutschland. Probleme der Normalisierung der Beziehungen), Warszawa 1974.

⁵⁰⁾ Vgl. A. Klafkowski, Der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 1970. Grundlagen für eine völkerrechtliche Interpretation, Warszawa 1973; L. Gelberg, Układ PRL — RFN z 7. grudnia 1970. Analiza prawna (Der Vertrag zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 1970. Eine juristische Analyse), Wrocław 1974; vgl. auch Skibiński (Anm. 37); Układ z 7. grudnia 1970

Die unterschiedlichen Auffassungen der polnischen und der westdeutschen Seite über die Grundlagen und die Entwicklung des Normalisierungsprozesses werden in einer gemeinsamen, in beiden Staaten veröffentlichten Publikation polnischer und westdeutscher Autoren deutlich, die den Stand der gegenseitigen Beziehungen beschreibt⁵¹⁾. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den polnischen und den deutschen Forschern haben in Verbindung mit der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen, der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Krise in Polen und der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU/CSU/FDP-Koalition Anfang der achtziger Jahre dazu beigetragen, daß das Verhältnis zwischen den beiden Staaten immer größeren Belastungen unterlag. Diese Entwicklung ist von der polnischen Forschung bereits sehr breit behandelt worden⁵²⁾. Die Hauptthese der polnischen Forschung lautet: Das grundlegende Hindernis für einen Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR Polen ergibt sich aus den Rechtspositionen der Bundesrepublik und aus ihrem Bemühen, die Modus-vivendi-Formel als Grundlage der beiderseitigen Beziehungen durchzusetzen. Indes werden auch die Schwächung Polens durch die innere Krise der achtziger Jahre und die Verschuldung Polens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nicht außer acht gelassen. Positiv werden die gesellschaftlichen Kontakte zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland⁵³⁾ — darunter auch der Jugendaustausch⁵⁴⁾ — bewertet.

Schließlich muß auch die gemeinsame Arbeit der Schulbuchkonferenz der Historiker und Geographen beider Staaten gewürdigt werden. Sie hat nicht nur gemeinsame Schulbuchempfehlungen für den Unterricht in diesen Fächern ausgearbeitet, sondern auch auf 19 Expertentreffen die strittigen Fragen der Nachkriegsgeschichte bis zum Jahre 1975 ausführlich besprochen⁵⁵⁾. Obwohl die ver-

jege realizacja (Der Vertrag vom 7. Dezember 1970 und seine Realisierung), Warszawa 1985.

⁵¹⁾ J. Sulek / L. Trzeciakowski / H. A. Jacobsen / C. C. Schweitzer (Hrsg.), Polska Rzeczpospolita Ludowa — Republika Federalna Niemiec. Bilans stosunków wzajemnych. Prblemy i perspektywy normalizacji (Volksrepublik Polen — Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz der gegenseitigen Beziehungen. Probleme und Perspektiven), Warszawa — Frankfurt am Main 1979.

⁵²⁾ Vgl. Zeszyty niemocoznawcze PISM (Hefte zur Deutschlandkunde PISM), (1986) 1 und 2.

⁵³⁾ Siehe Loccumer Protokolle 1985.

⁵⁴⁾ Siehe J. Barcz/W. Więckowski (Hrsg.), Współpraca młodzieżowa PRL — RFN w latach 1974—1981 (Zusammenarbeit im Jugendaustausch zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland), Warszawa 1986.

⁵⁵⁾ Vgl. die Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und der Geographie der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, Braunschweig 1977.

bindliche Einführung dieser Schulbuchempfehlungen in der Bundesrepublik Deutschland an den westdeutschen Rechtspositionen und an dem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom Februar 1981 gescheitert ist, bleiben sie weiterhin ein wichtiger Faktor beim Abbau der historischen Vorurteile und bei der Gestaltung des Unterrichts in der Zukunft. Sie sollen die Jugend beider Staaten

trotz aller Systemunterschiede für den Frieden und die Verständigung erziehen⁵⁶⁾.

⁵⁶⁾ Siehe Bibliographie der deutsch-polnischen Schulbucharbeit 1972—1985, in: Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22/VIII, Braunschweig 1985, S. 203—206; Schulbuchtagung der Historiker, Saarbrücken 1986 (im Druck).

Die deutsche und polnische Frage in der deutschen Historiographie des 19. und 20. Jahrhunderts

1848 erklärte der kurhessische Abgeordnete Karl Wilhelm Wippermann im 50er Ausschuß des Frankfurter Paulskirchenparlaments, daß es, zumindest im südlichen Deutschland, „keinen einzigen Gegner von Polen, nur sehr wenige laue Freunde, aber unendlich viele eifrige Freunde desselben“ gebe¹⁾. Wie Wippermann dachten damals viele deutsche Liberale und Patrioten. Sie waren Polenfreunde und strebten sowohl die deutsche Einheit wie die Wiederherstellung Polens an. Sie wollten, wie das Schlagwort lautete, „für unsere und eure Freiheit“ kämpfen. Beides war in ihren Augen untrennbar miteinander verbunden. Die Lösung der deutschen Frage war für sie nicht ohne und schon gar nicht gegen Polen möglich und anstrebenswert.

Diese deutschen Liberalen hatten recht. Die deutsche Frage war untrennbar mit der polnischen verbunden. Ein deutscher Einheitsstaat durfte nicht auf Kosten, sondern nur im Einvernehmen mit

einem wiederhergestellten Polen errichtet werden. Von diesem, m. E. grundlegenden, aber innerhalb der neueren Forschung²⁾ wenig beachteten Tatbestand gehe ich aus und möchte drei Fragen beantworten: 1. Warum der Zusammenhang von deutscher und polnischer Frage von den handelnden deutschen Politikern geleugnet wurde; wieso es zur antipolnischen Lösung der deutschen Frage kam. 2. Ob der Zusammenhang von deutscher und polnischer Frage innerhalb der deutschen Historiographie und Publizistik völlig übersehen worden ist; ob es hier Vorschläge gab, die deutsche Frage nicht im kleindeutsch-nationalstaatlichen, sondern im transnationalen, europäisch-föderativen Sinne zu lösen. 3. Schließlich möchte ich untersuchen, warum die vorherrschenden „klein“- und „alldrutschen“ Historiker diesen Zusammenhang geleugnet, die polnische Frage nicht beachtet haben und welche politischen Ursachen und politischen Folgen dies hatte.

Die antipolnische Lösung der deutschen Frage

1848, als zum ersten Mal — fast erfolgreich — versucht wurde, die deutsche Frage zu lösen, war den handelnden Personen der enge Zusammenhang von deutscher und polnischer Frage durchaus bewußt. Ein in seiner symbolhaften Bedeutung kaum zu unterschätzendes Ereignis der Revolution war die Befreiung der polnischen Gefangenen des Aufstandes von 1846 in Berlin-Moabit. Das Gefängnis Moabit war gewissermaßen so etwas wie die deutsche oder preußische Bastille; Mieroslawski und seine Mithäftlinge wurden im Triumphzug durch das mit weiß-roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückte Berlin geführt. Die Revolution von 1848 stand zumindest zu Beginn ganz im Zeichen von Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold, im Zei-

chen des deutschen und polnischen Liberalismus und Patriotismus³⁾.

²⁾ Gemeint ist die Forschung zur deutschen Frage innerhalb der deutschen Historiographie. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit verweise ich auf: Georg G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, München 1971; Joachim Streisand (Hrsg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft*, Bd. 1–2, Berlin (Ost) 1965; Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980. In der neuesten Publikation zur „deutschen Frage“ von Wolf D. Gruner, *Die deutsche Frage. Ein Problem der europäischen Geschichte seit 1800*, München 1985, wird Polen und die polnische Frage nur einmal (S. 84) erwähnt.

Anders ist dies in der polnischen Historiographie. Ich verweise hier vor allem auf das maßgebende Werk von Jerzy Krasuski u. a. (Hrsg.), *Stosunki polsko-niemieckie w historiografii*, Poznań 1974. Weitere Hinweise in dem grundlegenden Aufsatz von Klaus Zernack, *Das Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte als geschichtswissenschaftliches Problemfeld und Forschungsaufgabe*, in: Wolfgang H. Fritze/Klaus Zernack (Hrsg.), *Grundfragen der geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschen, Polaben und Polen*, Berlin 1976, S. 3–46.

³⁾ Dazu unter anderem: Wolfgang Hallgarten, *Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der März-*

¹⁾ Karl Juchow, *Verhandlungen des deutschen Parlaments. I. Verhandlungen des Vorparlaments. II. Verhandlungen der 50er Ausschusses und der 17 Vertrauensmänner*, Bd. 2, Frankfurt am Main 1848², S. 392. Allgemein zur Polenfreundschaft der deutschen Liberalen: Eberhard Kolb, *Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zur Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinarbeit im Vormärz*, in: *Saeculum*, 26 (1975), S. 111–127.

Doch die deutsch-liberale Polenbegeisterung des Vormärz war schon vor 1848 auf Kritik gestoßen⁴⁾. Sie trug unverkennbare schwärmerische, ja irrealpolitische Züge und basierte sehr wesentlich auf der Feindschaft gegen Rußland. Diese Feindschaft richtete sich nicht nur gegen das politische, also zaristische System Rußlands, sondern gegen die Russen schlechthin. Gerade viele der damals so beliebten und politisch wirkungsvollen „Polenlieder“ sind durch einen geradezu fanatisch wirkenden Russenhaß gekennzeichnet. Nicht geklärt, ja geradezu verdeckt und verschwiegen wurde auch von den liberalen Polenfreunden die Frage, wo denn die Westgrenze des wiederherzustellenden Polens verlaufen sollte. Dies hing eng damit zusammen, daß das Polen vor 1772 ja kein Nationalstaat im modernen Sinne war und sein konnte. Die polnische Adelsrepublik war transnational, transkonfessionell (dabei zumindest bis weit ins 18. Jahrhundert hinein bemerkenswert tolerant gegenüber ‚nationalen‘ und konfessionellen ‚Minderheiten‘), und sie war natürlich eine Adelsrepublik, d. h. die Staatsform einer — allerdings sehr breiten — herrschenden Klasse⁵⁾.

Alle Momente oder Argumente haben in der berühmten Polendebatte der Paulskirche eine große Rolle gespielt⁶⁾. Es war vor allem der bis dahin als liberal angesehene Wilhelm Jordan, der die Polenbegeisterung des Vormärz als sentimentale Schwärmerei abtat, die Fehler der polnischen Adelsrepublik emporhob, wobei er zumindest indirekt auf das allgemein bekannte Schlagwort von der „polnischen Wirtschaft“ hinwies und die Tatsache hervorhob, daß in den Gebieten, die vor 1772 zu Polen gehört hatten, Deutsche lebten. Schließlich malte er das Schreckgespenst des aggressiven polnischen Nationalismus, ja, weil Polen und Russen „stammverwandt“ seien, des „Slavismus“ an die Wand. Der Abgeordnete Löw aus Posen schloß sich der Argumentation Jordans an und wies auf ein weiteres Moment hin, das ebenfalls auf viele Libe-

rale großen Eindruck machte, nämlich auf die — angebliche — Judenfeindschaft der Polen. Richtig daran war, daß die Posener Juden sich in Sprache, Kultur und politischer Einstellung nicht an der polnischen Mehrheit, sondern an der deutschen Minderheit in Posen orientierten, sich als Deutsche und zu Deutschen assimilieren wollten.

Doch diese fünf bzw. sechs Punkte waren nicht die einzigen und m. E. auch nicht entscheidenden Gründe, weshalb sich die Mehrheit der Abgeordneten der Paulskirche für die Teilung der Provinz Posen und damit gegen die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 aussprach. Entscheidend war vielmehr, daß die deutschen Liberalen und Revolutionäre zwar auf Polen blickten, sich aber im Hinblick auf ihren Nationsbegriff an Frankreich orientierten. Der moderne, in Frankreich geprägte und hier auch verwirklichte Nationsbegriff im Sinne der einheitlichen und unteilbaren Nation war aber nicht so einfach auf Deutschland übertragbar.

Bei jeder der in der Paulskirche diskutierten Lösungen der deutschen Frage, ob nun im klein- oder im großdeutschen Sinne, wie man später sagte, blieben nämlich Deutsche aus dem neuen deutschen Nationalstaat ausgeschlossen (z. B. im Baltikum, in Ost- und Südosteuropa) und es mußten, was wohl noch wichtiger war, Nicht-Deutsche in Deutschland als nationale oder ethnische Minderheit leben. Dies waren (und wurden dann nach der „kleindeutschen“ Reichsgründung) Franzosen und/oder Elsässer im Elsaß (an das ebenfalls annektierte rein französische Lothringen dachte 1848 kaum jemand) sowie Wallonen im Westen, Dänen im Norden, möglicherweise Kroaten und Slowenen im Süden (Kärnten), Litauer und vor allem Polen im Osten. Hinzu kamen die, wie ich es nennen möchte, ethnischen Minderheiten der Sorben, Kaschuben und Masuren, die sich dann im Zuge und als Folge des von der kaiserlichen Reichsregierung geführten sogenannten Nationalitätenkampfes ebenfalls zum Teil „nationalisierten“, d. h. sich als Teil einer nationalen Minderheit fühlten⁷⁾.

revolution, München-Berlin 1928; Richard Cromer, Die Polenfrage auf den Nationalversammlungen von Frankfurt am Main und Berlin, in: Nation und Staat, 7 (1933/34), S. 649—686, und 9 (1935/36), S. 679—707; Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt am Main 1972², S. 105 ff.

4) Ausführlich dazu: Horst-Joachim Seepel, Das Polenbild der Deutschen. Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Revolution von 1848, Phil. Diss. Kiel 1967.

5) Zum trans- bzw. vornationalen Charakter der polnischen Adelsrepublik von vor 1772 vor allem: Gotthold Rhode, Geschichte Polens. Ein Überblick, Darmstadt 1980, S. 306 ff.

6) Franz Wigard (Hrsg.), Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd. 2, Frankfurt am Main 1848, S. 1124—1233, besonders S. 1143—1150 (Rede Jordans) und 1190 (Rede Löws).

7) Eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte der nationalen und ethnischen Minderheiten im kleindeutschen Reich fehlt. Allgemeiner Überblick mit weiterführenden Literaturhinweisen bei: Stefi Jersch-Wenzel, Minderheiten in der preußischen Gesellschaft, in: Otto Büsch/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Moderne preußische Geschichte 1648—1947. Eine Anthologie, Bd. 1, Berlin 1981, S. 486—506. Zur Minderheitenpolitik des Kaiserreiches und ihrer Funktionalisierung im Sinne einer „negativen Integration“: Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918. Göttingen 1973, besonders S. 96 ff. und 107 ff. Vgl. auch seine Detailstudien zur Lage der Polen, Masuren und Elsässer im Kaiserreich, in: Hans-Ulrich Wehler, Krisenherde des Kaiserreiches 1871—1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970.

Es ist hier nicht Zeit und Ort, näher auf die Geschichte des sogenannten Nationalitätenkampfes im kleindeutschen Reich einzugehen, von dem schließlich auch die Juden betroffen wurden, obwohl sie allenfalls eine religiöse Minderheit waren und sein wollten. Vieles von dem, was sich im Kaiserreich ereignete, wäre vielleicht bei einer besseren, liberaleren Politik der preußisch-deutschen Staatsführung vermeidbar gewesen. Vieles war jedoch unvermeidbar; unvermeidbar u. a. deswegen, weil es in Ostmitteleuropa wegen der nationalen „Gemengelage“ keine alle Seiten befriedigende Grenzziehung nach nationalen Kriterien gab. Als das vom Charakter und Anspruch her vornationale Preußen „in Deutschland aufging“, wurden die

preußischen Staatsbürger nichtdeutscher, vor allem polnischer Nationalität gezwungen, das zu werden und zu sein, was sie keinesfalls werden wollten, nämlich Deutsche. Damit war der Nationalitätenkonflikt gewissermaßen vorprogrammiert, ja geradezu unvermeidlich, weil das kleindeutsche Reich nach französischem Vorbild ein Nationalstaat war und sein wollte.

Um so wichtiger und beachtenswerter sind daher die Alternativen zur kleindeutschen, antipolnischen Lösung der deutschen Frage, wie sie in Teilen der deutschen Historiographie und Publizistik des 19. und 20. Jahrhunderts vorgeschlagen worden sind.

Alternativen

Alternativen zur kleindeutschen, antipolnischen Lösung der deutschen Frage sind vor allem innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung vorgeschlagen und diskutiert worden. Bei einigen Repräsentanten, genannt seien hier nur Wilhelm und Karl Liebknecht sowie Rosa Luxemburg, war und blieb der Gedanke des Internationalismus lebendig, wurde nicht oder nicht völlig auf dem Altar der Parteiräson und der Staatstreue geopfert. In diesem Zusammenhang ist auch die enge Verbindung zwischen der deutschen und der polnischen Frage erkannt und die Unterdrückungspolitik gegenüber den nationalen und ethnischen Minderheiten kritisiert worden⁸⁾.

Zu erwähnen ist ferner die kleine und politisch leider nicht sehr einflußreiche deutsche Friedensbewegung. In den Schriften von Fried, Quidde, Foerster, um nur einige Namen zu nennen, werden ebenfalls der enge Zusammenhang der deutschen und polnischen Frage erkannt, die Polen- und Minderheitenpolitik des Deutschen Reiches kritisiert und föderative, europäische Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen⁹⁾.

Auch innerhalb der deutschen Historiographie vor und nach 1848 gab es Stimmen und Tendenzen, die den Zusammenhang von deutscher und polnischer Frage erkannten und föderative, d. h. nicht-natio-

nalstaatliche Lösungsmöglichkeiten im europäischen Kontext vorschlugen. Zumindest Ansätze kann man innerhalb der liberalen Historiographie des Vormärz, zum Beispiel bei Schlosser und Zimmermann¹⁰⁾ sowie bei Ranke¹¹⁾, finden, obwohl gerade Ranke ansonsten wenig Verständnis für Polen und die polnische Frage gezeigt hat.

Besonders wichtig und erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang Julius Fröbel, Karl Vogt und Constantin Frantz¹²⁾. Alle drei suchten nach anderen, eben nicht-nationalstaatlichen Lösungen der deutschen Frage, wobei gerade der polnischen Frage große Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Doch ihre europäischen, genauer: ostmitteleuropäischen Föderationspläne und -vorschläge stießen nicht nur innerhalb der deutschen Rechten, son-

¹⁰⁾ Dazu: Georg Schilfert, Friedrich Christoph Schlosser, in: J. Streisand (Hrsg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft (Anm. 2), Bd. 1, S. 136–147; ders., Wilhelm Zimmermann, ebd., S. 170–184.

¹¹⁾ Zum Europagedanken bei Ranke: Heinz Gollwitzer, Europabild und Europagedanke, München 1964, S. 22 f. Unterschiedliche Ansichten hierzu bei: Georg Schilfert, Leopold von Ranke, in: J. Streisand (Anm. 2), Bd. 1, S. 241–270; und Helmut Berding, Leopold von Ranke, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 1, Göttingen 1969, S. 7–24.

¹²⁾ Julius Fröbel, Wien, Deutschland und Europa, Wien 1848; Karl Vogt, Studien zur gegenwärtigen Lage Europas, Genf-Bern 1859; Constantin Frantz (anonym), Polen, Preußen und Deutschland. Ein Beitrag zur Reorganisation Europas, Halberstadt 1848; ders., Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht, 1859, Neudruck Osnabrück 1968. Zu den (keineswegs unproblematischen) Europaplänen dieser Autoren vor allem: Henry Cord Meyer, Mitteleuropa in German Thought and Action 1815–1945, The Hague 1955. Zu den Ostmitteleuropa-Plänen von Frantz: Wolfgang H. Fritze, Polen, Preußen und Deutschland. Bemerkungen zur Neuausgabe der gleichnamigen Schrift von Constantin Frantz, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, 10 (1971), S. 262–293.

⁸⁾ Vgl. vor allem: Hans-Ulrich Wehler, Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfrage in Deutschland 1840–1914, Göttingen 1971². Hinweise dazu auch in: Hans-Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem Ersten Weltkrieg, Berlin-Bonn 1976⁴.

⁹⁾ Dazu: Karl Holl, Die deutsche Friedensbewegung im Wilhelminischen Reich. Wirkung und Wirkungslosigkeit, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden, Stuttgart 1976, S. 321–372.

dem auch innerhalb der Linken auf Kritik und Ablehnung. Erinnert sei hier nur an die Kampfschrift von Karl Marx „Herr Vogt“ aus dem Jahre 1860¹³). Derartige Gedanken konnten und wurden jedoch auch in der Folgezeit nicht völlig totgeschwiegen. Gerade Constantin Frantz' Schriften fanden immer wieder Beachtung, obwohl oder gerade weil sie außer- bzw. überhalb der die deutsche Historiographie der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts so prägenden Debatte über die klein- oder großdeutsche Lösung der deutschen Frage standen¹⁴).

In dieser historiographischen Auseinandersetzung, die ich hier nicht in allen Einzelheiten behandeln möchte, haben einige der dann unterlegenen sogenannten Großdeutschen die Bedeutung der polnischen Frage erkannt. Dies gilt jedoch nicht so sehr für den Hauptexponenten des Sybel-Fickerschen Streits. Julius Ficker vertrat ganz offensichtlich die Ansicht, daß die naturgemäß noch zahlreicheren nationalen Minderheiten in dem von ihm propagierten großdeutschen Reich integrierbar seien. Sein Opponent Heinrich von Sybel hatte daher recht, als er 1862 schrieb: „Es scheint auch uns ein Zeichen von Schwäche, wenn ein großes Volk gar keinen Trieb zur Ausdehnung und gar keine Fähigkeit zur Annexion hat. Aber es dünkt uns ebenso bestimmt eine Torheit oder Vergehen, mit blinder Ehrsucht zusammenzuschmieden, was nicht zusammengehört, und die äußere Erweiterung mit innerer Zerrissenheit zu erkaufen. Mit einem Worte, man mag fremde Lande erobern, wenn man stark und klug genug ist, daß im Laufe der Zeiten die bezwungenen Fremden zu wahren Volksgenossen werden . . .“¹⁵).

Dies ist zugleich ein Schlüsselzitat zum Verständnis der deutschen Frage und ihrer Behandlung in der deutschen Historiographie. Sybel und seine Gefährten und Nachfolger, die kleindeutschen oder borussischen Historiker, wollten letztlich nicht wahrhaben, daß die „bezwungenen Fremden“ — die Elsässer und/oder Franzosen, die Wallonen, die Dänen, die Litauer und natürlich vor allem die

Polen — zwar „bezwungen“ waren und in das kleindeutsche Reich gezwungen waren, aber hier eben „Fremde“, Angehörige nationaler Minderheiten blieben, die aus eigenem Antrieb und wegen der schon erwähnten Minderheitenpolitik des Deutschen Kaiserreiches nicht zu „wahren“, d. h. treudeutschen „Volksgenossen“ wurden und werden wollten.

Doch anderen sogenannten Großdeutschen war genau dieses Problem bewußt. Sie wußten und wiesen darauf hin, daß auch die Gründung des kleindeutschen Reiches mit „innerer Zerrissenheit“ erkaufte wurde, eben weil sich die nationalen und dann auch die ethnischen Minderheiten nicht in einen deutschen Nationalstaat integrieren lassen wollten, der dann auch noch eine betont nationale, d. h. germanisierende Minderheiten- und vor allem Polenpolitik betrieb. Hier ist der aus Ostfriesland stammende, als Ultramontaner, Habsburger, Partikularist und schließlich auch noch als Welfe gescholtene und dann totgeschwiegene Onno Klopp zu nennen¹⁶).

Aber nicht alle Kritiker der Lösung der deutschen Frage auf nationalstaatlichem Wege, die die Unterdrückung der polnischen und der anderen nationalen Minderheiten im kleindeutschen Reich mit einschloß, ja im gewissen Grade einschließen mußte, ließen sich totsichweigen. Vor allem nach dem ersten fehlgeschlagenen Versuch, die deutsche Frage im „alldeutschen“, d. h. aggressiv-imperialistischen Sinne zu lösen, nach dem dann aus Gründen der Chronologie so genannten Ersten Weltkrieg, meldeten sich gerade die Kritiker der deutschen Polenpolitik zu Wort. Hier sind, wiederum leider nur summarisch und ohne Zitate, Hans Delbrück zu nennen, der sich schon während des Kaiserreiches als Kritiker des Deutschen Ostmarkenvereins und des sogenannten Hakatismus^{16a}) profiliert hatte, ferner Hermann Köttschke und sein 1921 publiziertes Buch „Die deutsche Polenfreundschaft“ sowie der junge, sich damals nur Wolfgang, dann George W. F. nennende Hallgarten und andere¹⁷).

Zu dieser — wenn man will — „Nebenströmung“ der deutschen Historiographie über die deutsche

¹³) Karl Marx, Herr Vogt (1860), in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 14, S. 381–686. Dazu: Wolfgang Wippermann, Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983, S. 129 f.

¹⁴) Vgl. dazu vor allem: Gottfried Koch, Die mittelalterliche Kaiserpolitik im Spiegel der bürgerlichen deutschen Historiographie des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 11 (1962), S. 1837–1870; ders., Der Streit zwischen Sybel und Ficker und die Einschätzung der mittelalterlichen Kaiserpolitik in der modernen Historiographie, in: J. Streisand (Anm. 2), Bd. 1, S. 311–336.

¹⁵) Heinrich von Sybel zit. nach: Friedrich Schneider (Hrsg.), Universalstaat oder Nationalstaat. Macht und Ende des Ersten Deutschen Reiches. Die Streitschriften Heinrich von Sybels und Julius Fickers zur deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters, Innsbruck 1943², S. 194.

¹⁶) Dazu: Elisabeth Fehrenbach, Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871–1918, München-Wien 1969.

^{16a}) Der Begriff „Hakatismus“ ist abgeleitet aus den Namen der Gründer des Deutschen Ostmarkenvereins F. von Hansemann, H. Kennemann und H. von Tiedemann-Seeheim. Der 1894 gegründete Ostmarkenverein bemühte sich um die gewaltsame Germanisierung der im Rahmen der polnischen Teilungen an Preußen gefallenen Gebiete, insbesondere der Provinzen Posen und Westpreußen.

¹⁷) Hans Delbrück, Die Polenfrage, Berlin 1894; Hermann Köttschke, Die deutsche Polenfreundschaft, Berlin 1921; Wolfgang Hallgarten, Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution, München-Berlin 1928.

Frage ist auch Friedrich Schinkel zu zählen, dessen Buch von 1931 über die „polnische Frage als Problem der preußisch-deutschen Nationalstaatsentwicklung“ allerdings stark von Arthur Moeller van den Bruck Vorstellungen vom „Recht der jungen Völker“ geprägt war¹⁸). Diese Gedanken haben auch einen gewissen Einfluß auf diejenigen Historiker ausgeübt, die im Zeichen des Nichtangriffspaktes zwischen Hitler-Deutschland und Pilsudski-Polen nach scheinbar neuen Wegen suchten, die deutsche Frage im engen Zusammenhang mit der polnischen zu lösen¹⁹). Tatsächlich war in der in diesem Zusammenhang vorgeschlagenen deutsch-polnischen Allianz Polen allenfalls die Rolle des Juniorpartners bzw. Satelliten im europäisch-antibolschewistischen Kreuzzug zgedacht. Natürlich war dies nur eine Episode. Dennoch ist sie bemerkenswert, weil in diesem zeitlichen und ideologischen Kontext Bücher wie Kurt Lücks „Der Mythos

vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung“ erschienen, die auch methodisch anregend waren und es bis heute sind²⁰).

Doch vielleicht ist es gut und weise, diese sehr merkwürdige Phase im deutsch-polnischen Dialog nicht weiter zu erwähnen. Die haßerfüllten, beispiellos aggressiven antipolnischen Äußerungen vieler deutscher Historiker nach dem Überfall auf Polen zeigen zudem, daß dies nur eine vom nationalsozialistischen Regime verordnete, von den deutschen Historikern zumeist nur widerwillig tolerierte Episode war²¹).

Ebenfalls Episode und ebenfalls politisch leicht zu durchschauen blieben nach 1945 Versuche westdeutscher Historiker, wie z. B. von Fritz Gause, eine deutsch-polnische Einigung im Zeichen einer antisowjetisch orientierten Europa- und Abendlandideologie zu erreichen²²).

Die klein- und alldeutschen Historiker

Die klein- und alldeutschen Historiker haben den Zusammenhang zwischen der deutschen und polnischen Frage geleugnet. Dafür waren vor allem politische Gründe maßgebend, die mit unterschiedlicher Deutlichkeit und in unterschiedlicher Schärfe zum Ausdruck gebracht wurden. Dies ist bereits bei der knappen Skizzierung des Streits zwischen den groß- und kleindeutschen Historikern angedeutet worden. Doch bei aller berechtigten Kritik an den politisch sehr durchsichtigen Motiven gerade der kleindeutschen oder borussischen Historiker ist zunächst und mit Nachdruck zu betonen, daß Historiker wie Sybel, Waitz, Droysen, Treitschke u. a. fachlich ihren großdeutschen Widersachern überlegen waren, weil sie die damals modernen und richtungsweisenden Methoden der Quellenkritik angewandt haben. Dies ist ja — siehe die sogenannte

Krakauer Schule — auch von den meisten polnischen Historikern anerkannt worden²³).

Die Übernahme des ursprünglich französischen Nationalstaatsgedankens ist wohl ebenfalls nicht zu kritisieren. Dies war — vielleicht — im Zeitalter der Nationalstaaten unvermeidlich. Zu kritisieren war und ist jedoch, daß das Faktisch-Gewordene, die kleindeutsch-großpreußische Reichseinigung von oben, von diesen Historikern als ebenso notwendig wie alternativlos dargestellt und legitimiert wurde. Damit distanzieren sie sich nicht nur von den geschilderten Alternativen der Lösung der deutschen Frage, sie gaben vielmehr fast jede kritische Distanz gegenüber der preußisch-deutschen Staatsführung auf. Wenn selbst ein so hervorragender Historiker wie Otto Hintze eine Darstellung der neueren deutschen Geschichte unter dem Titel „Die Hohenzollern und ihr Werk“ publizierte²⁴), dann zeigt dies zur Genüge, wie weit sich die deutschen Historiker im Hinblick auf ihre Obrigkeitstreue und ihre Verherrlichung des Machtstaatsgedankens von ihren europäischen, insbesondere französischen und polnischen Kollegen entfernt

¹⁸) Friedrich Schinkel, Polen, Preußen und Deutschland. Die polnische Frage als Problem der preußisch-deutschen Nationalstaatsentwicklung, Breslau 1931; Arthur Moeller van den Bruck, Das Recht der jungen Völker, Berlin 1932.

¹⁹) Vgl. dazu das Sammelwerk von Albert Brackmann (Hrsg.), Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen, München-Berlin 1933, das jedoch deutlich erkennen läßt, wie tief verwurzelt die Polenfeindschaft bei vielen deutschen Historikern war.

²⁰) Kurt Lück, Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum, Posen 1938.

²¹) Als besonders abstoßendes Beispiel: Franz Lüdtké, Ein Jahrtausend Krieg zwischen Deutschland und Polen, Stuttgart 1941.

²²) Fritz Gause, Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft. Abriß einer Geschichte Ostdeutschlands und seiner Nachbarländer, Würzburg 1963.

²³) Dazu: Celina Bobinska/Jerzy Wyrozumski (Hrsg.), Spór o historyczną szkołę krakowską, Kraków 1972; Marian H. Serejski, L'école historique de Cracovie et l'historiographie européenne, in: Acta Poloniae Historica, 26 (1972), S. 127–151.

²⁴) Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländische Geschichte, Berlin 1915. Hinzuweisen ist auf die neueste Gesamtdarstellung der Geschichte Preußens, die in ihrer Tendenz dem Titel des Hintzeschen Werkes weit mehr gerecht zu werden sucht, als dies Hintze selber getan hat: Gerd Heinrich, Geschichte Preußens. Staat und Dynastie, Berlin 1981.

hatten. Derartig obrigkeitsbeflissene Darstellungen gab es m. E. weder in Polen noch in Frankreich, sieht man einmal vom Napoleonkult und der bonapartistischen Napoleonlegende ab.

Im Mittelpunkt meiner Kritik steht jedoch die Nicht-, ja Mißachtung der polnischen Frage. Dabei war allen das Problem und der Problemzusammenhang bekannt. Wenn man, was de facto schon das Paulskirchenparlament getan hatte, sich dazu entschloß, ganz Preußen in das kleindeutsche Reich aufzunehmen, dann hatte man eben, wie sich Sybel ausdrückte, „Fremde“, d. h. nationale Minderheiten, vor allem Polen, im deutschen Nationalstaat, der sich schon deshalb vom französischen Vorbild unterschied und unterscheiden mußte. (Die bretonische, korsische, aquitanische „Frage“ war ja im 19. Jahrhundert noch nicht akut.)

Wie wollten die kleindeutschen Historiker dieses Problem lösen? Zunächst gingen sie von der optimistischen Erwartung aus, daß die Polen sich genauso germanisieren würden, wie es die Elb- und Ostseeslaven im Mittelalter getan hatten²⁵). Gewohnt, in historischen Analogien zu denken und mit den sogenannten Lehren der Geschichte zu arbeiten — siehe den Sybel-Fickerschen Streit —, gingen die kleindeutschen Historiker davon aus, daß sich die Germanisierung ehemals slavischer und polnischer Gebiete auch im 19. Jahrhundert geradezu zwangsläufig und naturgemäß fortsetzen würde. Georg Waitz formulierte in einem 1860 publizierten Aufsatz über die „erste Theilung Polens“ (die „natürlich“ gerechtfertigt wurde), daß „deutsche Cultur, deutsche Bevölkerung den Beruf“ hätten, „sich gegen Osten hin auszubreiten“²⁶). Dieses angebliche Gravitationsgesetz von einem kulturellen West-Ostgefälle in der europäischen Geschichte hatte der Historiker Wilhelm Binder schon 1843 in seinem Buch „Der Untergang des polnischen Nationalstaates pragmatisch entwickelt“ folgendermaßen beschrieben: „Die Zivilisation hatte in den letzten Jahrhunderten ihren Gang von Westen nach Osten befolgt und so den Deutschen die Überlegenheit über die Polen, den Polen über die Russen, den Russen über die Tataren verschafft . . .“²⁷).

Um den „naturwüchsigen“, weder steuer- und schon gar nicht umkehrbaren Charakter dieser west-östlichen Gravitation und der untrennbar

damit verbundenen Germanisierung auszudrücken, gebrauchten viele deutsche Historiker und Publizisten schon seit dem Beginn der vierziger Jahre den Begriff „Drang“ in verbalen und substantivischen Formen, also als drängen, eindringen, vordringen oder eben Drang, im Sinne einer natürlich-naturwüchsigen Kraft, vergleichbar der Kraft, die das Wasser bewegt, von den Höhen in die Täler zu fließen.

Doch all diese „Drang-nach-Osten-Theorien“ und die damit verbundenen politischen Erwartungen erwiesen sich als falsch. Es kam eben nicht, wie Wilhelm Wattenbach noch 1863 erwartete, zu einer „Zeit des kräftigen Vordringens der abendländischen“ sprich: deutschen Kultur. Die Polen, die den revolutionären Aufschwung der polnischen Maiverfassung von 1791 in Erinnerung hatten, die daher auch nur sehr unwillige preußische Staatsbürger geworden waren, wollten nach 1871 auf keinen Fall zu deutschen Staatsbürgern werden, wollten und ließen sich weder indirekt noch direkt „germanisieren“.

Polnische Historiker — so weit ich sehe zuerst 1861 der Lelewel-Schüler Karol Szajnocha — erkannten die Gravitationstheorie vom globalen West-Ostgefälle nicht an, wollten im „deutschen Drang nach Osten“ kein Naturgesetz, sondern einen aggressiven „Andrang“ (natisk, napór) sehen und vertraten ihrerseits die These von einem (in der Form eines deutschen Lehnwortes benutzten) epochen- und klassenübergreifenden „deutschen Drang nach Osten“, gegen den sich alle Polen, ja alle Slaven wehren müßten²⁸).

Die deutschen Historiker haben dies natürlich bemerkt. Ihnen wurde zudem mehr und mehr bewußt, daß sich die polnischen Staatsbürger des deutschen Nationalstaates nicht germanisieren ließen, daß immer mehr Polen immer intensiver ihre nationale Eigenständigkeit betonten, einen eigenen polnischen Staat forderten. Max Weber hat dies 1894 in seiner Freiburger Antrittsrede kurz und treffend folgendermaßen ausgedrückt: „Das Polentum im Osten schien in der ersten Hälfte des Jahrhunderts langsam und stetig zurückgedrängt zu werden, seit den 60er Jahren aber ist es, wie bekannt, ebenso langsam und stetig im Vordringen begriffen.“²⁹)

Kaum jemand, auch Max Weber nicht, schien jedoch zu bemerken, daß für die Tatsache, daß auf den ostelbischen Gütern und in den Kohlezechen

²⁵) Dazu und zum folgenden: Wolfgang Wippermann, *Der „deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981, besonders S. 30 ff.

²⁶) Georg Waitz, *Preußen und die erste Teilung Polens*, in: *Historische Zeitschrift*, (1860) 3, S. 14.

²⁷) Wilhelm Christian Binder, *Der Untergang des Polnischen Nationalstaates pragmatisch entwickelt*, Bd. 1–2, Stuttgart 1843–1844, Bd. 1, S. 87.

²⁸) Karol Szajnocha, *Jadwiga i Jagiello 1374–1413. Opowiadanie historyczne*, Bd. 1–4, Lwów 1861², Bd. 2, S. 10 f. Zur Übernahme und Entwicklung des Schlagwortes vom „deutschen Drang nach Osten“ als Fremdstereotyp in Polen und Rußland: W. Wippermann, (Anm. 25), S. 47 ff.

²⁹) Max Webers Freiburger Antrittsrede von 1894 in: *ders., Gesammelte politische Schriften*, München 1921, S. 8–30, Zitat S. 14.

des Ruhrgebietes mehr und mehr Polnisch gesprochen wurde, nicht das polnische „Vordringen“, sondern der Drang der deutschen Junker und Schlotbarone nach Profiten maßgebend war. Kaum jemand war bereit, zuzugeben, daß für das Anwachsen der polnischen Nationalbewegung vornehmlich die Unterdrückungspolitik des deutschen Kaiserreiches verantwortlich war. Anstatt dies anzuerkennen und jedenfalls zu versuchen, die polnische Frage ernst zu nehmen und Lösungen vorzuschlagen, haben die deutschen Historiker die zunehmend aggressiver werdende Polenpolitik des deutschen Kaiserreiches wiederum mit dem Hinweis auf die angeblichen „Lehren der Geschichte“ legitimiert.

Wenn, so wurde argumentiert, die Germanisierung der Polen eben nicht naturwüchsig verlief, dann könne und solle man hier etwas „nachhelfen“. Ein historisches Vorbild wurde schnell gefunden — der Staat des Deutschen Ordens in Preußen und die an sich überwiegend friedlich verlaufene mittelalterliche deutsche Ostsiedlung³⁰⁾.

Heinrich von Treitschke charakterisierte die Ostsiedlung — man beachte die aggressive Sprache — schon 1862 als das „reißende Hinauströmen deutschen Geistes über den Norden und Osten, das gewaltige Schaffen unseres Volkes als Bezwiner, Lehrer, Zuchtmeister unserer Nachbarn“. Über das Ordensland Preußen, das vom Deutschen Orden in „schonungslosen Rassenkämpfen“ gewonnen worden sei, schrieb er ebenfalls schon 1862: „Es weht ein Zauber über jenem Boden, den das edelste deutsche Blut gedüngt hat im Kampfe für den deutschen Namen und die reinsten Güter der Menschheit.“³¹⁾

Schon bei Treitschke findet man also biologische, ja sozialdarwinistische Vorstellungen, die bei seinen Schülern und Imitatoren eine immer größere und verhängnisvollere Bedeutung gewinnen sollten. Anlaß und gewissermaßen „Einfallstor“ derartiger sozialdarwinistischer und dann rassistischer Vorstellungen war jedoch vornehmlich das Bestre-

ben vieler deutscher Historiker und Publizisten, den sogenannten Kampf um die Ostmark, d. h. die Germanisierungs- und Unterdrückungspolitik vor allem gegen die polnische Minderheit zu legitimieren.

Dabei blieben sich jedoch Treitschke und die übrigen borussischen Historiker ihrer kleindeutschen Überzeugung treu. An die Gewinnung weiterer Gebiete im Osten dachten sie nicht. Es war Treitschke, der die „Anschluß“-Bestrebungen gerade der Baltendeutschen zurückwies, wobei er übrigens die baltendeutschen Adligen mit ähnlich scharfen Worten kritisierte, wie es Karl Marx getan hat³²⁾.

Doch diese außenpolitische Zurückhaltung, die aber zugleich ganz allgemein von einer aggressiven Tendenz gegenüber den Polen, den anderen nationalen Minderheiten und den sogenannten Reichsfeinden begleitet war, wurde in der Endphase des Kaiserreiches mehr und mehr aufgegeben. Waren es zunächst Publizisten wie Paul de Lagarde, der schon 1885 forderte, daß Deutschland endlich mit einem großen Kolonisationswerk „nicht in fremden Welttheilen, sondern in unserer nächsten Nähe“, also im Osten und Südosten Europas, beginnen solle³³⁾, stimmten in den Ruf nach einem neuen „deutschen Drang nach Osten“ sehr bald so einflußreiche und mächtige Organisationen wie der Alldeutsche Verband ein, obwohl, ja gerade weil immer deutlicher wurde, daß die deutsche Minderheitenpolitik gescheitert war. Maßgebend war offensichtlich die irrationale Hoffnung, die geschilderten Strukturprobleme des kleindeutschen Nationalstaates durch einen „Sprung nach vorn“, durch den „Griff nach der Weltmacht“ überwinden zu können.

Dabei wurde der die Gemüter so bewegende Streit zwischen den Anhängern einer klein- oder großdeutschen Lösung der deutschen Frage überwunden, ja wurde gewissermaßen obsolet. Man forderte in zunehmender Schärfe eine all- oder, wie es der Historiker Hermann Aubin formulierte, eine „allgemeindeutsche“ Lösung der deutschen Frage und damit faktisch die Hegemonie in Europa³⁴⁾. Ich

³⁰⁾ Dazu mit Hinweisen auf Beispiele und weiterführende Literatur: Wolfgang Wippermann, *Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik*, Berlin 1979; ders., *Die Ostsiedlung in der deutschen Historiographie und Publizistik. Probleme, Methoden und Grundlagen der Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg*, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica I.*, Berlin 1980, S. 41–69; ders., „Gen Ostland wollen wir reiten!“. Ordensstaat und Ostsiedlung in der historischen Belletristik Deutschlands, in: Wolfgang H. Fritze (Hrsg.), *Germania Slavica II.*, Berlin 1981, S. 187–235.

³¹⁾ Heinrich von Treitschke, *Das deutsche Ordensland Preußen*, in: *Preußische Jahrbücher*, 10 (1862), S. 95–151; zitiert nach: ders., *Historische und politische Aufsätze vornehmlich zur neuesten deutschen Geschichte*, Leipzig 1865², S. 1–67, Zitat S. 2.

³²⁾ Heinrich von Treitschke, *Altpreußen und die deutsch-russischen Ostseeprovinzen*, in: *Preußische Jahrbücher*, 22 (1866), S. 254–260; Karl Marx, *Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts. Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie*. Mit Kommentaren von Bernd Rabehl und D. B. Rjasanov, hrsg. von Ulf Wolter, Berlin 1977.

³³⁾ Paul de Lagarde, *Deutsche Schriften*, Göttingen 1892 (zuerst 1885), S. 25.

³⁴⁾ Hermann Aubin, *Das Gesamtbild der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung*, in: Hermann Aubin u. a. (Hrsg.), *Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg*, Bd. 1, Leipzig 1942, S. 331–361; ders., *Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung*, Leipzig 1939. Aubins Wortschöpfung „allgemeindeutsch“ hat sich nicht

erspare mir die Aufzählung und Erwähnung von Beispielen, wie willfährig und geradezu begeistert deutsche Historiker auch Hitlers „Lebensraumpolitik“ verherrlicht und mit den „Lehren der Geschichte“ legitimiert haben³⁵).

Heute, nach zwei von Deutschland begonnenen Weltkriegen, nach Auschwitz, nach der Zerstörung

und Teilung des deutschen Nationalstaates — kurz nach der „deutschen Katastrophe“ — müssen nicht nur die deutsche Frage, sondern auch die deutsche Historiographie zu diesem Problem neu überdacht und kritisch beurteilt werden. Dazu gehört der enge Zusammenhang von deutscher und polnischer Frage.

Zusammenfassung

Die handelnden deutschen Politiker haben den engen Zusammenhang zwischen der deutschen und deutsch-polnischen Frage geleugnet und sich für eine antipolnische Lösung der deutschen Frage im kleindeutschen Reich entschieden, weil

1. der in Frankreich entwickelte und hier auch zumindest weitgehend legitime und zu verwirklichende Nationalstaatsgedanke übernommen wurde, ohne daß

2. geprüft und erkannt wurde, daß eine bloße Übertragung auf die deutschen Verhältnisse nicht möglich war, weil es

3. bei jeder Lösung der deutschen Frage, sei es im klein- oder im großdeutschen Sinne, Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland leben mußten. Letzteres traf

4. zunächst und vor allem auf die Polen zu, die ebenfalls nach französischem Vorbild die Errichtung eines Nationalstaates anstrebten, der in den Grenzen der vor- und transnationalen polnischen Adelsrepublik von 1772 entstehen sollte. Daher und weil

5. im ostmitteleuropäischen Raum eine beide Seiten befriedigende Grenzziehung nach nationalen

durchgesetzt. Im Dritten Reich sprach man von „Großdeutschland“. Daß dieses „Großdeutschland“ wenig mit dem gemein hatte, das von den großdeutschen Historikern des 19. Jahrhunderts gefordert worden war, muß nicht betont werden.

³⁵) Vgl. dazu: W. Wippermann, (Anm. 30), S. 253 ff.; ders. (Anm. 25), S. 104 ff. In Kürze erscheint eine Darstellung der „Ostforschung“ im Dritten Reich des englischen Historikers Michael Burleigh.

Kriterien einfach nicht möglich war, gab es von Anfang an einen untrennbaren Zusammenhang zwischen der deutschen und polnischen Frage. Doch dieser Zusammenhang wurde geleugnet und mißachtet. Dies führte

6. zu einer immer schärfer werdenden Polen- und Minderheitenpolitik im kleindeutschen Nationalstaat.

Dieser Weg war nicht zwangsläufig. In Teilen der deutschen Historiographie und Publizistik ist der enge Zusammenhang zwischen deutscher und polnischer Frage erkannt worden, wurden transnationale, europäisch-föderative Alternativen entwickelt. Sie sind jedoch von den vorherrschenden klein- und „alldeutschen“ Historikern scharf abgelehnt, ja meist noch nicht einmal zur Kenntnis genommen worden. Diese Historiker haben das Gewordene kritiklos bejaht und verherrlicht. Dies gilt sowohl für die Gründung des kleindeutschen Reiches auf Kosten Polens wie für seine immer schärfer werdende Minderheitenpolitik. Ihre politisch motivierten, aber historisch legitimierten Vorschläge wurden um so aggressiver, je erfolgloser diese Minderheitenpolitik wurde. Mehr aus einem Gefühl der Angst heraus zeigten sich diese Historiker bereit, „alldeutsche“, „völkische“ und schließlich auch rassistische Vorstellungen und Ideologien zu übernehmen und offensiv zu vertreten. Maßgebend war die irrationale Hoffnung, die Strukturprobleme des kleindeutschen Nationalstaates durch einen „Sprung nach vorn“, durch den „Griff nach der Weltmacht“ im Zeichen des Imperialismus und schließlich des Rassismus überwinden zu können.

Von der „Befreiung“ zur „Verantwortungsgemeinschaft“

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und der DDR

Nach mehr als vierzig Jahren der Teilung scheint die Stimmungslage der bundesdeutschen Publizistik so uneinheitlich wie gewohnt. Die Unbeirrbareren wanken nicht: „Die deutsche Einheit kommt bestimmt“¹⁾; die Sorgenvollen fragen wie stets: „Was wird aus den Deutschen?“²⁾; die Skeptiker wollen noch immer ganz genau wissen „Wo Deutschland liegt“³⁾. Das Apodiktum ist so alt wie die Mehrzahl der Antworten, die (wenigen) Konzepte folgen verbrauchten Rezepturen, und alle Autoren verweisen wie stets (und wie auch anders?) auf die Zukunft: auf ungewisse politische Konstellationen im Mit- oder Gegeneinander der großen Mächte.

Neu ist die Fülle der jetzt vorgelegten Texte. Sie könnte glauben machen, seit Anfang der achtziger Jahre sei in der Bundesrepublik das Interesse an der „Identität der Deutschen“⁴⁾ sprunghaft gewachsen und mit ihm auch das kollektive Verlangen nach einer klaren Antwort auf die seither wieder häufiger zitierte offene deutsche Frage. Zwar ist bislang nicht erkennbar, ob die massiert verbreitete Nachdenklichkeit der verlegten Autoren allein auf eine allgemeine Stimmungswende und somit auch auf einen Wendegrund verweist oder nicht auch auf Verlagsstrategien, die der politisch-moralischen Wirkung von Reden aus dem Regierungslager auf Käuferwünsche vertrauen. Gleichwohl darf als sicher gelten, daß die Resonanz dieser Debatten bisher begrenzt blieb, zumal sie auch nur gelegentlich Thema der Massenmedien waren.

Es wird mithin damit zu rechnen sein, daß sich die Deutschen im Westen fernab von aller abstrakten

Identitätssuche in ihrem intellektuell tatsächlich „schwierigen Vaterland“⁵⁾ auch weiterhin so selbstverständlich und selbstbewußt bewegen wie bisher: 75 von Hundert gegen das Streichen des Einheitsgebots aus dem Grundgesetz, kaum einer jedoch für die Wiedervereinigung als erstes Ziel der Politik und zu 65 Prozent – je jünger sie sind, desto häufiger – davon überzeugt, daß man sich im Laufe der Geschichte auseinanderleben werde – so wie einst die Deutschen und die Österreicher. Im übrigen: Sie werden auch künftig „Deutschland“ sagen, wenn sie die Bundesrepublik meinen, denn so hören und lesen sie es nicht nur bei den Sportreportern (CDU-Wahl-Slogan 1987: „Weiter so, Deutschland“); und letztlich ist es wohl tatsächlich auch niemandem zuzumuten, auf Dauer das zu leisten, was Erich Kosthorst⁶⁾ als das problematische Postulat der „Doppelidentifikation“ beschrieb: die idealiter gleichzeitige und gleich starke Hinwendung zur konkreten Bundesrepublik wie zur gedachten, in Deutschland nur kurzlebigen staatlichen Einheit der Nation.

Im Umgang mit Deutschen aus der DDR hat sich, dies fanden jetzt Soziologen heraus, denn auch ein besonderes Verhältnis ausgeprägt. Eine Beziehung, in der die Distanz wenigstens dann stärker ist als die Gemeinsamkeit, wenn die sonst fernen Deutschen in die Bundesrepublik übersiedeln. Nicht einmal ein Fünftel der befragten Westdeutschen hat 1984 die Ankunft von damals mehr als 30 000 Ostdeutschen uneingeschränkt begrüßt. Die Mehrheit habe sich vielmehr zumindest „differenziert“, zumeist aber „indifferent, reserviert“ und „zu einem erheblichen Anteil sogar ablehnend“ geäußert. Als „Distanzhumanismus“ kennzeichneten die Rechercheure ihren Befund und prognosti-

1) W. Venohr (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch Gladbach 1982.

2) E. Bahr, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Hamburg 1982.

3) G. Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983.

4) W. Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen. Fragen, Positionen, Perspektiven, München 1983.

5) Die folgenden Ergebnisse demoskopischer Ermittlungen bei: M. u. S. Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, Frankfurt am Main 1981, S. 423 f.

6) E. Kosthorst, Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland, schriftliche Stellungnahme, in: Die deutsche Frage in der politischen Bildung. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages 1978 (Zur Sache 2/78, Themen parlamentarischer Beratung, hrsgg. v. Deutschen Bundestag, Presse- und Informationszentrum), Bonn 1978, S. 27 ff.

Vorabdruck aus: Steffen Käser (Hrsg.), Denk' ich an Deutschland . . . Grundlagen eines Dialogs beider deutscher Staaten, Bleicher Verlag, Gerlingen 1987.

zierten, die „humanitäre Perspektive“ werde die „nationale Orientierung“ verdrängen⁷⁾.

Dies zu beklagen, gehört in der Bundesrepublik zu den politischen Selbstverständlichkeiten. Immerhin widerspricht dieses westdeutsche Selbstbewußtsein nicht nur dem grundgesetzverpflichteten Konsens der alten Parteien, und es korrespondiert ganz offenkundig auch nicht mit dem, was DDR-Deutsche über sich selbst oder über Deutschland denken. Auch wenn angenommen werden kann, daß ein übergreifender Anspruch gleich welcher Bundesregierung, für alle Deutschen zu sprechen, in der DDR der achtziger Jahre zumindest wohl auf Skepsis stieß, so scheint es doch, als seien viele Deutsche dort durchaus in der Lage, die belastende Doppelidentität auszuhalten. In ihrer Sicht aber ist — anders als bei manchen Alt- und Neunationalen bei uns — die Einheit des Landes zumeist nicht so sehr ein politisches oder ideelles Ziel von eigenem Wert, sondern vor allem Mittel zu sozialen oder politischen Zwecken, für die Chance zur besseren Befriedigung materieller Bedürfnisse oder zur Verwirklichung der bürgerlichen Grundrechte.

Gleichwohl hat auch die Mehrheit der DDR-Deutschen gelernt, sich mit dem Status quo zu arrangieren. Das dauerte dort länger, und es war für viele sicher auch schmerzlicher. Die Erblast der Deutschen, genauer: die Bürde der Mitschuld jener „Volksgemeinschaft“, die sich nach 1933 ausprägte, aber schon in den letzten Weimarer Jahren Kontur gewann, wurde ungleich verteilt. Und anders als in der Bundesrepublik fällt deshalb in der DDR ein Ausstieg aus der Geschichte auch schwerer. „Die Gnade der späten Geburt“ ist nicht zufällig einem Westdeutschen eingefallen.

Eine doppelte deutsche Doppelidentität also. Doch ist dies nur ein Negativ-Befund? Aus deutsch-nationaler Sicht auf die deutschen Dinge sicherlich, aus europäischer keineswegs. Im Gegenteil: In ganz Europa wirkte die Teilung, in Westeuropa mehr noch die kulturelle Westintegration der Westdeutschen, wohl eher beruhigend auf die Furcht vor den Querelles d'Allemand. Sicher auch deshalb sind Franzosen oder Niederländer — „persönlich“ und „unabhängig davon“, ob sie „in absehbarer Zeit“ denn machbar sei — mehrheitlich für die Wiedervereinigung „auf friedlichem Wege“⁸⁾. Zugleich aber akzeptieren ihre politischen Repräsentanten diese Aufgabe als ein konkretes Ziel konkreten Handelns allenfalls in rituellen Präambeln zu Verträgen mit der Bundesrepublik. Denn gleich ob in

West oder Ost: Immer noch reagieren die Nachbarn der „verspäteten Nation“ in offenbar gleicher Sorge, sobald Deutsche so klingen, als wollten sie ernst machen mit der alten Befreiungs- oder der neuen Einheit-durch-Neutralität-Programmatik, die zu Beginn des Jahrzehnts auf der Rechten wie Linken wieder in Mode kam. Sie haben sich — so scheint es — noch immer nicht daran gewöhnt, die deutschen Staaten als sicher in die Bündnisse eingebunden zu begreifen, als mehr oder weniger verlässliche Partner in den supranationalen Blocksystemen⁹⁾.

Tatsächlich sind sie es aber. Nur sind sie eben auch noch immer Gefangene der Staatsräson ihrer Gründerjahre. So unterschiedlich diese auch sein mochte, die politische Syntax der Programme und (vor allem) der Reden, mit denen die jeweilige Teilstaatlichkeit damals gerechtfertigt wurde, war viele Jahre lang in Ost-Berlin und Bonn die gleiche: Erst das Bündnis, dann die Einheit. Oder: Durch Integration zur Stärke, durch Stärke zur Wiedervereinigung. Diese Perspektive findet sich in den neueren politischen Entwürfen aus der Bundesrepublik nur noch rudimentär. Was einst als Mittel galt: das Bündnis, ist heute zumeist Zweck, und wenn ein Verantwortlicher den deutschen Willen zur Einheit beschwört, dann verweist er in aller Regel zugleich erklärend auf die politische Notwendigkeit, Optionen beständig zu unterstreichen, und betont, daß dies die Bündnistreue selbstverständlich nicht berühre.

In dieser Verknüpfung von künftigen nationalen Zielen und dauerhafter internationaler Bindung erscheint freilich auch die Kontinuität eines Elements der meisten Spielarten des deutschlandpolitischen Denkens in der Bundesrepublik: des unbedingten Wunsches, die Einheit durch den Anschluß des anderen Teilstaates herbeizuführen. Er fand in den vierziger Jahren Gestalt in der Vision Kurt Schumachers, die westlichen Besatzungszonen politisch und sozial so auszustatten, daß sie wie ein „Magnet“ auf den Osten wirken¹⁰⁾, und er formte

7) A. Köhler/V. Ronge, Ein Test auf die Wiedervereinigung. Die Reaktion der Bundesdeutschen auf die Übersiedlerwelle aus der DDR vom Frühjahr 1984, in: Deutschland Archiv, (1985) 1, S. 52 ff.

8) M. u. S. Greiffenhagen (Anm. 5), S. 424.

9) Eine gute Übersicht über die Renaissance nationalen Denkens bei den Linken und den Rechten in der Bundesrepublik bietet T. Jäger, Neue Wege in der Deutschlandpolitik? Darstellung und Analyse alternativer deutschland-, europa- und weltpolitischer Strategien, hrsgg. v. W. Bredow/C. Burchrichter/K.-H. Ruffmann, Erlangen 1986; zur Reaktion des Auslandes vgl. E. Schulz/P. Danylow, Bewegung in der deutschen Frage? Die ausländischen Besorgnisse über die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten, hrsgg. v. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn 1985²; D. P. Calleo/R. Morgan u. a., Geteiltes Land — halbes Land? Essays über Deutschland, Frankfurt am Main 1986; K. Weigelt (Hrsg.), Deutsche Frage und Westbindung, Melle 1986.

10) W. Albrecht (Hrsg.), Kurt Schumacher. Reden — Schriften — Korrespondenzen 1945—1952, Berlin (West) und Bonn 1985, S. 124 ff.

sich später — in den Jahren des Kalten Krieges — zur Denkfigur der „Befreiung“ der „Zone“ im Rahmen einer Neuordnung Osteuropas¹¹⁾.

Ganz so weit ging die Führung der DDR verbal nie. Aber auch dort wurden erst die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, die in der SBZ eine gänzlich neue Sozialstruktur schuf, dann der „Aufbau des Sozialismus“, der diese verfestigte und die Herrschaft der SED festschrieb, und immer die „Freundschaft mit der Sowjetunion“ als Bedingungen für ein einheitliches Deutschland propagiert, das man sich nur denken wollte als eine Gesamtdeutsche Demokratische Republik. Und wenn es um Deutschland ging, dann war die Diktion dort noch militanter als im Westen. 1952/53 etwa sahen die Agitatoren „keinen anderen Weg als den unveröhnlichen und revolutionären Kampf zum Sturz des Adenauer-Regimes und die Errichtung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung . . .“. So schrieben sie es 1952 in einen ZK-Beschluß¹²⁾. Als unmittelbare Akteure im Kampf galten zwar die „patriotischen Kräfte Deutschlands“, ihnen wurden aber als „feste Stütze“ nicht nur die DDR, sondern auch die „Völker der Sowjetunion“ anempfohlen. So gesehen, schienen die Autoren nicht nur den Bürgerkrieg zu kalkulieren. Heute ist die DDR „für immer und unwiderruflich“ im Bündnis mit der Sowjetunion¹³⁾, umfaßt nach eigenem Befund beinahe schon eine eigene Nation. Doch wenn gleichwohl einmal offiziell erörtert wird, was sich privat viele fragen, ob denn die Staaten vielleicht doch einmal zusammenkommen können, dann wird die alte Anschluß-Lesart wiederholt. Sehr moderat jetzt, doch letztlich noch immer so bestimmt wie früher: Das sei erst dann möglich, wenn „der Sozialismus in der Bundesrepublik an die Tür klopft“ (Honecker, 1981).

In den Nachkriegsjahren war es manchen mit dieser Einheitsvariante durchaus ernst. Andere betonten sie eher taktisch, um die noch lebendige Hoffnung auf Überwindung der Spaltung nicht in nationalistische Bahnen zu lenken, oder um die Siegermächte an deren vermeintliche Verantwortung für das Land zu erinnern (so als hätten die Deutschen ihre Lage nicht selbst verschuldet). Doch welches Motiv auch dominierte, der Verweis auf das Transitorische der deutschen Teilgesellschaften erleichterte die Eingliederung von Umsiedlern und Flüchtlingen und trug — wenigstens in der Bundesrepu-

blik — zunächst zur bedingten, dann dauerhaften Akzeptanz des Weststaates bei.

Daß Deutschlandpolitik, die ernsthaft auf den nationalen Ertrag von starken Bündnissen setzte, von vornherein zum Scheitern verurteilt war, sprach kaum jemand aus (obwohl es sich am 17. Juni 1953 deutlich erwies). Letztlich aber sahen wohl alle politisch Handelnden, daß in derlei Szenarien die Möglichkeit einer (zumindest politischen) Kapitulation der anderen Seite eine Voraussetzung bildete, also das Risiko eines Krieges bedacht werden mußte, und natürlich niemand bereit war, in diesen Krieg zu ziehen — womöglich gar für die Deutschen. Das wußte im Westen wohl kaum jemand so gut wie Konrad Adenauer.

In seinem Deutschland-Bild spielte wohl auch deshalb die Einheit eine eher nachgeordnete Rolle. Dies wurde allerdings mehr in privaten Äußerungen als in den Kanzler-Reden offenbar. Er war — schon wegen seines antipreußischen Affektes¹⁴⁾ — stets besser in der Lage, die erfahrungsträchtigen Ressentiments der Nachbarn gegenüber den Deutschen nachzuvollziehen als etwa der protestantische Westpreuße Kurt Schumacher, dem die Nation und ihre staatliche Einheit mehr bedeutete als dem rheinisch-katholisch geprägten CDU-Vorsitzenden. Und mancher Adenauer-Satz erweckt sogar den Eindruck, als habe er diese europäische Skepsis nicht nur respektiert, sondern sorgenvoll geteilt. So etwa, als er 1950 nach einer Debatte des Bundestages über das noch von Frankreich kontrollierte Saarland im CDU-Vorstand nationalistische Töne aus dem eigenen Lager rügte und aufforderte, „unsere Freunde im Lande draußen“ daran zu erinnern, „daß wir nun wahrhaftig nicht den Krieg gewonnen haben. Daß wir diesen Krieg vom Zaun gebrochen und das ganze Unglück über die Welt gebracht haben, daran ist doch überhaupt nichts zu ändern“. Wer das anders sah, der war für ihn ein „unverbesserlicher — beinahe hätte ich gesagt: Deutscher alten Stils“¹⁵⁾.

¹⁴⁾ In einem Brief vom Dezember 1946 schreibt er: „Der Nationalsozialismus [ist] nichts anderes wie eine konsequente Weiterentwicklung des preußischen Staatsgedankens. Ob Berlin [bei den Weimarer Wahlen, D. St.] nicht so viele nationalsozialistische Stimmen aufgebracht hat, ist gleichgültig. Berlin ist ja doch nur der Sammelname für die preußischen Bestrebungen.“ K. Adenauer, Briefe 1945–1947, bearb. v. H. P. Mensing (Rhöndorfer Ausgabe, hrsgg. v. R. Morsey/H.-P. Schwarz), Berlin (West) 1983, Nr. 419.

¹⁵⁾ K. Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. v. G. Buchstab, hrsgg. v. K. Otto/H.-G. Hockerts/R. Morsey/H.-P. Schwarz, Stuttgart 1986, S. 586. Einsichten wie diese kontrastieren erfrischend mit den Neuinterpretations-Ansätzen der konservativen Zeitgeschichtsschreibung und den gegenwärtigen Bemühungen der „Söhne“ und „Enkel“ Adenauers, aus dem „Schatten“ der deutschen Geschichte hervorzutreten.

¹¹⁾ Diesem Ziel entsprach die in den fünfziger Jahren verbreitete Rhetorik des „roll back“.

¹²⁾ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 189 ff.

¹³⁾ DDR-Verfassung, Art. 6, in: H. Roggemann, Die DDR-Verfassungen. Quellen zur Rechtsvergleichung aus dem Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Berlin (West) 1976².

Zwar galt seine Sensibilität vor allem Frankreich, und für die Sicherheitsängste der ihm gänzlich fremden, asiatisch-unheimlichen Sowjetunion zeigte er kaum Verständnis. Doch so sehr seine Holzschnitt-Rhetorik oder die Wahlwerbung der Fünfziger-Jahre-CDU die durch Berlin-Blockade und Korea-Krieg belebte Russenangst im Westen auch bestärkten, so deutlich sah er doch, daß die „Politik der Stärke“ nicht Hebel zum Einheits-Zweck sein konnte, sondern im wesentlichen ein politisches Mittel war, mit dem die Westintegration der Bundesrepublik und die Souveränität des Weststaates gefestigt werden sollten¹⁶⁾.

Einer strukturell ähnlichen Sicht folgten die Repräsentanten der SED. Wenn auch gänzlich anders motiviert als etwa Konrad Adenauer, waren auch sie von vornherein bereit, die Sorgen der Nachbarn zu beachten. Ihre Sensibilität galt freilich speziell denen im Osten und hier insbesondere der Sowjetunion und Polen. Bereits 1950 wurde die Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen ganz Deutschland und Polen anerkannt¹⁷⁾. Zudem war ihnen wohl bald bewußt geworden, daß sie in einer demokratischen Parteien-Konkurrenz um die Führung Deutschlands unterliegen würden. Gleichwohl war die SED-Spitze im Interesse der sowjetischen Westpolitik, die (zumindest) den Anschluß Westdeutschlands an den US-Block verhindern wollte, gehalten, die Einheit des Landes immer wieder zu fordern; und sie tat es mit immer neuen Kampagnen und zonen- bzw. staatenübergreifenden Organisationsformen – mit dem „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ (1947–1949), der „Nationalen Front des demokratischen Deutschlands“ (1949 ff.) oder mit „Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen“ über die Jahre hin. Intern aber setzte sich schon früh die Einsicht durch, daß die gewünschte Übertragung ihres Gesellschaftsmodells auf den Westen des Landes keine Erfolgchancen hatte.

Ein knappes Jahr nach Konrad Adenauer, der dies bereits im Oktober 1945 so gesehen hatte¹⁸⁾, äußerte Wilhelm Pieck (im September 1946) die Einsicht, daß Deutschland „faktisch gespalten“ sei. Die Westmächte würden demnächst aus den Westzonen einen „kapitalistischen Staat zimmern“, und der Ostzone bleibe nur die Alternative, „darauf mit

der Bildung eines eigenen deutschen Staates, eines Staates der Arbeiter und Bauern zu antworten“¹⁹⁾. Als die Gründung und die Westintegration der Bundesrepublik 1948 von der Londoner Sechsmächte-Konferenz im Grundsatz beschlossen worden war, versuchte die SED-Spitze denn auch sogleich, sich aus der ihr auferlegten Pflicht zu gesamtdeutscher Politik zu lösen. Im Juli 1948 sprach Otto Grotewohl (einst erster Mann der Ost-SPD, nun neben Wilhelm Pieck Vorsitzender der SED) von der jetzt notwendigen Aufgabe, die Politik der Partei „eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten zu orientieren . . .“²⁰⁾.

Der damals vom Parteivorstand faktisch beschlossene Weg der SBZ zur „Volksdemokratie“, zu jener politischen und sozialen Ordnung, der zur gleichen Zeit von den Führungen der osteuropäischen Staaten gegangen wurde, mußte auf sowjetisches Verlangen kurz darauf zwar dementiert werden, und das „einheitliche, fortschrittliche und demokratische Deutschland“ geriet erneut zur „strategischen Aufgabe“ der Partei²¹⁾. Es war aber deutlich geworden, daß sich die SED aus dem Dilemma zu befreien versuchte, in das die sowjetische Politik sie gespannt hatte. Sie war zum einen, speziell nach Beginn der Blockbildung, gehalten, die SBZ im Innern an die Blockstrukturen anzupassen, die ostdeutsche Gesellschaft also aus dem deutschen Zusammenhang zu lösen. Sie sollte zum anderen aber die deutsche Frage formell offen halten, und sie riskierte dabei im Falle eines west-östlichen Arrangements den Verlust ihrer Macht. Ihr Eigeninteresse richtete sich mithin auf die möglichst vollständige Integration ihres Staates in den Block²²⁾. Doch erst 1955 konnte sie endgültig sicher sein, daß die DDR im sowjetischen Kalkül nicht mehr als ein Tauschobjekt galt, das zur Realisierung übergeordneter Ziele womöglich herzugeben sei.

Diese Sicherheit verdankte sie – nur scheinbar paradox – der Festigkeit des Westens und, nicht zuletzt, den Anstrengungen Konrad Adenauers, es zu West-Ost-Verhandlungen über Deutschland erst dann kommen zu lassen, wenn das westliche Bündnisystem gefestigt sei und die Bundesrepublik in ihm einen sicheren Platz habe²³⁾. Zwar bedurfte es zwischen 1952 und 1955, im Zeitraum zwischen der

¹⁶⁾ K. Adenauer (Anm. 15).

¹⁷⁾ Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, Berlin (Ost) 1954, S. 342.

¹⁸⁾ K. Adenauer (Anm. 14), Nr. 127 a: „Rußland hat in Händen: die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs. Rußland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten . . . In den von ihnen beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in den übrigen Teilen Europas. Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet und Westeuropa eine Tatsache.“

¹⁹⁾ D. Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984, S. 204 ff.

²⁰⁾ Neues Deutschland vom 1. 7. 1948.

²¹⁾ K. G. Pfeleiderer, Protokoll der ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 25. bis 28. 1. 1949 im Hause der deutschen Wirtschaftskommission zu Berlin, Berlin (Ost) 1950, S. 356.

²²⁾ D. Staritz, Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt am Main 1986².

²³⁾ K. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.

Märznote der Sowjet-Union und dem formellen Beitritt der beiden deutschen Staaten zur Nato bzw. zum Warschauer Pakt, keiner besonderen Mühe, die Haltung der Westmächte gegen die von der Sowjetunion vorgeschlagene Neutralisierung eines einheitlichen Deutschland zu bestärken. Dies lag ohnehin nicht in deren Interesse. Dennoch war es auch ein Erfolg Adenauers, daß die Initiativen der Moskauer Führung unausgelotet blieben und noch heute Gegenstand ernsthafter oder spekulativer Deutung sind²⁴).

Wahrscheinlich sah der Kanzler die sowjetische Absicht sogar richtig, wenn er unterstellte, sie zielen nicht nur auf ein nach außen neutrales, sondern darüber hinaus auf ein nach innen am Potsdamer Modell (der beschränkten Souveränität) ausgerichtetes Deutschland²⁵). Doch viel wichtiger als das war ihm „Europa“, worunter er ganz selbstverständlich dessen westlichen Teil unter Einschluß der Bundesrepublik verstand. Würde die Bundesrepublik in diesen Einigungsprozeß nicht einbezogen, so argumentierte er im Juli 1952, dann wäre die „Integration Europas erledigt“, Europa müsse „russisch werden“. Und auf den Einwurf, bis zu Ost-West-Verhandlungen über die Einheit könnten in der SBZ „untragbare Änderungen für Deutschland geschaffen werden“, entgegnete Adenauer: „Was kann ich dagegen tun? Würden Sie mir vorschlagen, daß wir wirklich in die Neutralisierung Deutschlands einwilligen, damit also auf die Integration Europas verzichten?“²⁶

Vor dem Hintergrund dieses in der Bundesrepublik wie in der DDR politisch dominierenden Integrationsinteresses waren jene Vorstellungen, die einen anderen, einen dritten Weg einschlossen, bis in die sechziger Jahre hinein nahezu chancenlos. Schon vor der Staatenbildung hatten sich alle, die etwa über eine „Brücken“-Funktion Deutschlands nachdachten oder über eine Rolle des Landes als „Mittler“ zwischen West und Ost, dem Verdacht ausgesetzt, Illusionen nachzuhängen oder gar die Sache der jeweils anderen Seite zu betreiben. So ging es etwa der Christlich-Demokratischen Union in der

SBZ, die sowohl der SED als auch ihrer westlichen Schwesterpartei (auch) solcher Erwägungen wegen als ein wenig-verlässlicher Partner erschien²⁷). Und das Mißtrauen übertrug sich später auch auf deren Führer, auf Jakob Kaiser, Ernst Lemmer oder Johann Baptist Gradl, die nach ihrem Weggang oder erzwungenem Ämterverlust (Kaiser, Lemmer) im Westen vor Formen der Westintegration warnten, die die Wiedervereinigung erschweren würden²⁸).

Ähnlich, doch nachdrücklicher, argumentierte Gustav Heinemann, der 1951 Adenauers Deutschlandpolitik wegen als Bundesinnenminister aus dem Kabinett ausschied, die CDU verließ, mit seiner Gesamtdeutschen Volkspartei jedoch scheiterte. Strömungen wie diese oder die „Paulskirchenbewegung“ der fünfziger Jahre, zu der auch Repräsentanten der SPD und der Gewerkschaftsbewegung zählten, aber auch national-neutralistische Gruppen²⁹) verknüpften ihre nationale Orientierung stärker als andere Kritiker der Deutschlandpolitik mit der Ablehnung der mit der Bündnispolitik verbundenen Wiederbewaffnung und protestierten später auch gegen die Diskussion über eine mögliche Teilhabe der Bundesrepublik am atomaren Potential des Westens. Ihr Ziel war die Wiederherstellung der Einheit, die deutsche Entscheidung über die innere Ordnung des Landes, etwa durch eine deutsche Nationalversammlung, und damit das Recht auf Selbstbestimmung. Diese müsse allerdings, so Heinemann 1954, das „Mißtrauen aller Nachbarn um uns herum“ respektieren, „die ja befürchten, daß wir ihnen bei einer Selbstbestimmung über unseren weiteren Weg wieder einmal zur militärischen Gefahr werden möchten“³⁰). Erwägungen wie diese stellte die veröffentlichte Meinung in die Nähe kommunistischer Politik, die ja mit scheinbar gleichen Argumenten aufwartete. In diesem Klima hatten denn auch Lösungsvarianten wie die des FDP-Abgeordneten Karl-Georg Pfeleiderer keine Chance, der 1952 vorgeschlagen hatte, in den östlichen und westlichen Randgebieten eines wiedervereinigten Deutschland Besatzungstruppen zu belassen, um so eine von den Großmächten auszusprechende Garantie für die

²⁴) H. Graml, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne 1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1981) 3, S. 307 ff.; R. Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. 3. 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985.

²⁵) K. Adenauer (Anm. 23).

²⁶) K. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, bearb. v. H. J. Küsters (Rhöndorfer Ausgabe), hrsgg. v. R. Morsey/H.-P. Schwarz, Berlin (West) 1984, S. 331. Im Dezember 1955 ließ Adenauer die britische Regierung explizit wissen, daß „die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands sei“, nach: J. Foschepoth, Dreigeteilt? Ja, bitte!, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 16. 3. 1986.

²⁷) K. Adenauer (Anm. 14), Nr. 405.

²⁸) J. B. Gradl, Adenauer und Berlin, in: D. Blumenwitz u. a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Bd. 1, Stuttgart 1976.

²⁹) S. Heimann, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, in: R. Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2: FDP bis WAV, Opladen 1984, S. 1478 ff.; H. K. Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, Köln 1970.

³⁰) G. W. Heinemann, Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. Artikel und Reden, Frankfurt am Main 1966, S. 86.

Neutralität des Landes zusätzlich zu gewährleisten³¹⁾.

Alternativen zur herrschenden Deutschlandpolitik wurden in den fünfziger Jahren auch in der DDR diskutiert. Sie entsprachen 1953 offenbar der Sicht der Stalin-Nachfolger, die hofften, durch eine Entspannung in Asien (Korea) und Europa die außenpolitische Sicherheit für innere Reformen in der Sowjetunion schaffen zu können. Die Exponenten dieser „Linie“ in der SED-Spitze, Wilhelm Zaisser (Minister für Staatssicherheit) und Rudolf Herrnstadt (Chefredakteur des „Neuen Deutschland“) wollten – das jedenfalls wurde ihnen nach ihrem Sturz vorgeworfen – zum einen durch eine neue Parteiführung, zum anderen durch eine Abschwächung des Gesellschaftskonzepts („Aufbau des Sozialismus“) die Möglichkeit einer Annäherung der deutschen Staaten offenhalten. Ob sie und ihre sowjetischen Freunde tatsächlich an eine „Aufgabe“ der DDR zugunsten eines neutralen, einheitlichen Deutschland dachten, wurde häufig behauptet, ist aber nicht nachweisbar. Sicher ist jedoch, daß der 17. Juni 1953 die Position der Führungsmehrheit um Walter Ulbricht festigte und eine tiefgreifende Kurskorrektur verhinderte³²⁾.

Die Möglichkeit der Einheit des Landes war auch ein zentrales Element der oppositionellen Plattform einiger SED-Intellektueller um den Philosophie-Dozenten und Publizisten Wolfgang Harich aus dem Jahre 1956. Sie setzte auf das Zusammengehen von SED und SPD, die nach dieser Sicht zuvor allerdings energisch zu reformieren waren: die SED zu einer demokratischen, die SPD zu einer stärker sozialistischen Partei. Auch für Harich und seine Freunde war klar, daß ein einiges Deutschland keinem der Bündnissysteme angehören dürfe³³⁾. Weniger weit, aber doch in eine ähnliche Richtung wiesen schließlich jene kritischen Positionen, die in der gleichen Zeit in der SED-Führung diskutiert wurden. Hier plädierten zwischen 1956 und 1958 zumindest vier führende Funktionäre (unter ihnen der Zaisser-Nachfolger Ernst Wollweber und der Kaderchef der Partei, Karl Schirdewan) für eine zurückhaltendere Gesellschaftspolitik (z. B. für den Verzicht auf die Kollektivierung der Landwirtschaft) in der DDR. Auch ihr Ziel war es, die mögliche Wiedervereinigung der Teilstaaten nicht durch allzu starke Unterschiede ihrer politisch-sozialen Strukturen zu gefährden. Wie die Opponenten des Jahres 1953 wurde auch diese Gruppe

als „Fraktion“ eingestuft, die Exponenten verloren ihre Partei- und Staatsämter³⁴⁾.

Abgesehen von der Mehrheitsfähigkeit einer solchen Politik in der DDR oder der Akzeptanz von alternativen deutschlandpolitischen Entwürfen in der Bundesrepublik – alle hätten (trotz etwa der Heinemannschen Bedenklichkeit) den Widerspruch der Europäer provoziert. Denn ob mit oder ohne Neutralität: entstanden wäre wiederum ein mächtiger Nachbar, und dessen Wiederkehr zu verhindern war ja speziell in Frankreich verständlicherweise ein Ziel der Außenpolitik gewesen. So gesehen, enthielten seinerzeit auch jene Überlegungen Sprengstoff, die auf eine vertraglich vereinbarte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit beider deutscher Staaten unter dem Dach einer „Konföderation“ gerichtet waren.

Wer sie damals als erster ins Spiel gebracht hatte, ist unklar³⁵⁾. Vorgelegt wurden sie Ende 1956 von der SED. Wie alle Vorschläge der SED seit der Staatsgründung galten sie einem doppelten Zweck: Sie sollten zum einen der Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR durch die Bundesrepublik voranhelfen und zum anderen dazu beitragen, den Anschluß der Bundesrepublik an das westliche Paktsystem durch zwischendeutsche Kooperation zu entschärfen. Die Möglichkeit einer späteren Wiedervereinigung des Landes wurde zwar werbend betont, sie markierte in der Sicht der SED allerdings den Endpunkt eines langen Prozesses der Zusammenarbeit. Und wie ein einheitliches Deutschland außenpolitisch agieren und im Innern gestaltet sein sollte, daran ließ die DDR-Führung kaum Zweifel: Es sollte keinem Militärbündnis angehören sowie politische und soziale Strukturen aufweisen, die idealiter dem Modell der „sozialistischen Errungenschaften in der DDR“ (Ulbricht) nachzubilden waren. Als Organisationsform der Konföderation schlug die SED einen paritätisch besetzten „Gesamtdeutschen Rat“ vor, der nach den in den beiden Staaten geltenden Wahlgesetzen zu wählen war³⁶⁾.

So wenig akzeptabel diese Offerte für die Bundesregierung auch war, sie verwies auf eine neue Qualität deutsch-deutscher Bemühungen, auf eine Politik, die den Status quo nicht von vornherein in

³⁴⁾ D. Staritz (Anm. 19).

³⁵⁾ Walter Ulbricht sah den Zusammenhang 1963 in einem Interview der Illustrierten Stern so: „Herr Adenauer war so freundlich, mir Herrn Schäffer zu schicken. Dabei wurden diese Probleme der Konföderation gestellt . . . Herr Adenauer hatte damit gerechnet, die Regierung der DDR würde gegen eine solche Idee sein. Aber zu seinem Erstaunen erklärte ich, daß wir für die Konföderation sind.“ Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. XI, Berlin (Ost) 1965, S. 174.

³⁶⁾ Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. V, Berlin (Ost) 1958, S. 120 ff.

³¹⁾ K. G. Pfeleiderer, Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956, Stuttgart 1961.

³²⁾ G. Wettig, Die sowjetische Deutschlandpolitik am Vorabend des 17. Juni, in: I. Spittmann/K. W. Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982.

³³⁾ D. Staritz (Anm. 22).

Frage stellen, vielmehr von ihm ausgehend zu seiner kooperativen Überwindung beitragen mochte. In diese Richtung hatten offenbar auch Politiker der Koalitionsparteien gedacht und waren dabei von Konrad Adenauer zumindest nicht entmutigt worden. So sprach Fritz Schäffer, CSU (im Kabinett Adenauer zwischen 1949 und 1961 erst Finanz-, dann Justizminister) im Oktober 1956 mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR Puschkin sowie einem führenden Mitglied der National-Demokratischen Partei der DDR. Er wollte eruiieren, zu welchen Konditionen eine neue Bewegung in die Deutschlandpolitik zu bringen sei und deutete dabei, wie sein Ostberliner Gesprächspartner Vincenz Müller, bis 1955 stellvertretender Verteidigungsminister der DDR, behauptete, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten nach dem Vorbild der Benelux-Länder an. Diese „mischen sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten, aber arbeiten wirtschaftlich und auch auf sonstigen Gebieten eng zusammen“³⁷⁾.

Diese „Fühler“ blieben lange Zeit geheim, doch im Herbst 1958 – im Zusammenhang mit der neuen Deutschland- und Berlin-Offensive der Sowjetunion³⁸⁾ – wurden sie in der DDR mitgeteilt – als Beweis für die Kompromißbereitschaft Ost-Berlins. Da Schäffer zunächst das Faktum der Gespräche bestritt, dann ihren Inhalt, sich schließlich aber doch zu seiner Initiative bekennen mußte, war der Skandal perfekt. Zwar hatte Adenauer für diese Reise sein Placet gegeben, und auch die USA waren informiert worden, doch das Negativ-Echo in der deutschen und westeuropäischen Publizistik war erheblich. Die deutsche Presse erregte der offenkundige Widerspruch zwischen der offiziellen Kontaktverweigerung und den Ansätzen zu einer geheimen Gesprächs-Politik, in der britischen und französischen Publizistik dominierte die Sorge, die Bundesrepublik könne um der Wiedervereinigung willen vielleicht doch aus der Lagerräson ausbrechen, ein neues Rapallo anstreben oder gar einen Pakt mit der Sowjetunion nach dem Muster von 1939³⁹⁾. Positiv reagierten in der Bundesrepublik nur wenige. Theodor Eschenburg etwa zollte den Motiven und dem „Mut“ Respekt⁴⁰⁾, und Paul Sethe meinte optimistisch, Schäffer habe nur „getan, was man draußen im Volke schon lange für notwendig hält“⁴¹⁾.

³⁷⁾ Neues Deutschland vom 21. 11. 1958.

³⁸⁾ Im November 1958 schlug die Sowjetunion ultimativ vor, West-Berlin binnen sechs Monaten in eine „freie entmilitarisierte Stadt“ umzuwandeln und leitete damit eine Deutschlandpolitik ein, die zusammen mit der Kollektivierung der Landwirtschaft (1960) zu einer Massenabwanderung und schließlich zum 13. 8. 1961 führte.

³⁹⁾ Vgl. DER SPIEGEL vom 26. 11. 1958, S. 14f.

⁴⁰⁾ DIE ZEIT vom 21. 11. 1958.

⁴¹⁾ DIE WELT vom 15. 11. 1958.

Dort aber galt noch immer als sinnvoll, was seit 1949 verbindliche Regierungspolitik war: allenfalls wirtschaftliche Kontakte im Rahmen des „Interzonenhandels“, aber keine politischen Gespräche und schon gar keine Anerkennung der Existenz der DDR sowie eine Außenpolitik, deren Ziel es sein mußte, den anderen deutschen Staat in diplomatischer Isolierung zu halten. Die Bundesrepublik war in diesem Verständnis der einzige legitimierte Sprecher deutscher Interessen; es herrschte der „Alleinvertretungsanspruch“, der mit einer nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, genannten „Doktrin“ bewahrt werden sollte. Sie schrieb vor, daß Beziehungen zu allen Staaten abzubrechen seien, die völkerrechtlich relevante Kontakte zur DDR aufnehmen. Ausgenommen war allein die Sowjetunion, mit der 1955 diplomatische Beziehungen aufgenommen worden waren, und der in bundesdeutscher Sicht als einer für Deutschland nach wie vor verantwortlichen Siegermacht ein Sonderstatus zukam.

Daß diese Politik weder zur Wiedervereinigung noch zur Entspannung führen würde und auch nicht dazu beitrug, die Lebensbedingungen der Deutschen in der DDR zu verbessern, wurde in der Bundesrepublik offiziell bestritten. Intern allerdings waren sich die Verantwortlichen darüber durchaus im klaren und suchten nach neuen Wegen. Auch und gerade Konrad Adenauer. Er, der nicht nur sowjetischen Diplomaten und Staatsführern gegenüber gern (und zu Recht) betonte, daß er sich in seiner Politik nicht von „nationalistischen“ Erwägungen leiten lasse, schlug im März 1958 dem Sowjet-Botschafter Andrej Smirnow vor, der DDR den Status Österreichs zu geben⁴²⁾. Er deutete damit an, was er vier Jahre später zu dem Projekt erweiterte, die Wiedervereinigung für zehn Jahre aus dem Themen-Katalog der Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau zu streichen, die innenpolitischen Verhältnisse in der DDR zu verbessern und (daß Adenauer dies wünschte, wurde von der Sowjetunion allerdings später bestritten) nach dem Dezennium in ganz Deutschland freie Wahlen abzuhalten⁴³⁾.

Erwägungen wie diese waren sicherlich illusionär. Sie verlangten von der Sowjetunion die Schwächung ihrer Position in Europa durch die Entlassung der DDR aus dem Ost-Bündnis und zudem das Ende der sozialistischen Transformation in Ostdeutschland. Insofern gingen sie noch über das hinaus, was DDR und Sowjetunion dem Westen mit ihren Konföderationsplänen zumuten wollten. Doch trotz dieser Stoßrichtung waren sie in der

⁴²⁾ K. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 378.

⁴³⁾ B. Bandulet, Adenauer zwischen West und Ost. Alternativen der deutschen Außenpolitik, München 1970, S. 232.

Sicht Adenauers für die Öffentlichkeit nicht geeignet. 1958 bat der Kanzler Smirnow denn auch um Verschwiegenheit. Er fürchtete, von „den eigenen Leuten gesteinigt zu werden“, falls sein Angebot bekannt werden sollte⁴⁴). Und tatsächlich: Die Bundesregierung hatte sich durch ihre eigene Rhetorik die Hände gebunden. Gleichwohl wiesen diese Überlegungen darauf hin, daß sich — speziell angesichts der deutlicher werdenden internationalen Entspannungsbemühungen — ein neuer deutschlandpolitischer Ansatz abzuzeichnen begann. Er zielte auf eine Politik, die ein längerfristiges Nebeneinander der deutschen Staaten hinnehmen und durch diese Entspannung dazu beitragen wollte, die Lage der Deutschen in der DDR zu verbessern. Zwischenstaatliche Beziehungen wurden zwar nach wie vor ausgeschlossen, informelle Kontakte aber hielt nun auch Konrad Adenauer für möglich und gegebenenfalls opportun⁴⁵).

Die Opposition, die SPD, die sich seit 1960 zur von ihr bis dahin bekämpften Westintegration bekannt hatte, zugleich aber beständig (wie mit ihrem „Deutschland-Plan“ von 1959) für eine flexible Deutschlandpolitik eingetreten war⁴⁶), die die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigen sollte, wurde zum beredten Anwalt einer deutschlandpolitischen Wende. Von Willy Brandt, der noch in den fünfziger Jahren, als Regierender Bürgermeister von Berlin (West), eine Politik befürwortet hatte, die West-Berlin als „Pfahl im Fleische“ der DDR nutzen und deren Konsolidierung verhindern sollte, stammt der Satz: „Heraus aus den Schützengräben des Kalten Krieges“⁴⁷). Der Chef der Berliner Senatskanzlei Egon Bahr entwarf 1963 ein Konzept des „Wandels durch Annäherung“⁴⁸). Er vertraute darauf, im Zuge einer internationalen Entspannung über innerdeutsche Kontakte zu „menschlichen Erleichterungen“ für die Deutschen in der DDR zu gelangen. Von West-Berlin, bis dahin im Selbstverständnis seiner Repräsentanten eine „Frontstadt“, gingen daher auch die entscheidenden Impulse für eine neue Sicht auf die deutschen Dinge aus. Die Wiedervereinigung, das war die zunächst noch unausgesprochene Ratio dieser neuen Deutschlandpolitik, werde allenfalls am Ende eines langen Prozesses stehen. Zunächst sei das wechselseitige Mißtrauen der Blöcke abzubauen, dann könne an ein Neben-

und schließlich an ein Miteinander der deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen und endlich weltweiten Friedensordnung gedacht werden. Dazu war mit der anderen Seite zu verhandeln.

Das Faktum, das den Perspektivenwechsel eingeleitet hatte, bot freilich kaum jemandem im Westen unmittelbaren Anlaß zu einem Neubeginn. Die Mauer in Berlin und die Sperranlagen entlang der Grenzen zur Bundesrepublik hatten hier die Gesprächsbereitschaft zunächst eher vermindert. Sie schufen allerdings Tatsachen, an denen bald niemand mehr vorbeisehen konnte, Realitäten, denen mit der alten Politik offenbar nicht beizukommen war. „Wandel durch Annäherung“ setzte deshalb ihre Anerkennung voraus. Und dies führte zu einer Haltung, die Bahr später so umriß: „Ich kann die Mauer nicht beseitigen, und ich kann sie nicht durchlässig machen, wenn ich nicht mit denen rede, die sie gebaut haben.“⁴⁹) Thema der Gespräche konnte sinnvollerweise nur sein, was im Interesse *beider* Seiten lag. Eines der dringendsten waren Passierscheine für West-Berliner zum Besuch ihrer Ost-Berliner Verwandten. Zwei Jahre nach dem Mauerbau, im Dezember 1963, endeten die Verhandlungen erfolgreich; und dieser Erfolg markiert den Punkt, an dem die verfahrenere westliche Strategie der Nichtkommunikation zugunsten einer Politik des Dialogs über Sachfragen aufgegeben wurde.

Für die DDR war diese neue Offenheit der SPD nicht ohne Probleme. Zwar begrüßte sie den Kurswechsel der Sozialdemokratie, denn mit ihm war eine allgemeine Neuorientierung in der Bundesrepublik sichtbar geworden. Natürlich aber dachte (und denkt) in der SED-Führung niemand daran, die Mauer einzureißen, solange es Gründe gibt anzunehmen, daß ohne sie die Ost-West-Wandlung wieder einsetzen werde, mit der bis zum 13. August 1961 fast drei Millionen Menschen die DDR verließen. Nicht umsonst hatte ein Kongreß der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ am 17. Juni 1962 die Faktizität der Teilung betont, in einem „Nationalen Dokument“ unterstrichen, daß sich in Deutschland zwei Staaten „feindlich“ gegenüberstehen und nur zusammenkommen könnten, wenn in der Bundesrepublik „die friedliebenden Kräfte den Imperialismus überwunden haben“⁵⁰). Diese schroffe Teilungserklärung sollte offenbar der in der DDR noch immer wachen Hoffnung auf Einheit den Boden entziehen und dazu beitragen, die Macht im Innern zu festigen. Schon deshalb galt das Mißtrauen der SED dem von der SPD genannten Ziel der Annäherung: dem Wandel der Machtstrukturen in der DDR.

⁴⁴) K. Adenauer (Anm. 42). Die Offerte von 1962 wurde durch eine Indiskretion publik. Vgl. DIE WELT vom 5. 10. 1963.

⁴⁵) B. Bandulet (Anm. 43).

⁴⁶) U. F. Löwke, Für den Fall, daß . . . SPD und Wehrfrage 1949–1955, Hannover 1969.

⁴⁷) Vgl. zur Entstehung der neuen Ost- und Deutschlandpolitik: P. Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986.

⁴⁸) E. Bahr (Anm. 2).

⁴⁹) Ebd., S. 218.

⁵⁰) Neues Deutschland vom 27. 3. 1962.

Auch aus diesem Grunde versuchte die SED, ihren Preis für die zwischenstaatliche Normalisierung möglichst hoch anzusetzen. Das zeigte sich bereits nach der Bildung der Großen Koalition 1966 und stärker noch seit der sozialliberalen Regierung 1969, unter deren Führung die neue Ostpolitik sich vollends entfaltete. Ziel der SED war es, möglichst hohe Barrieren gegen jede Form der Annäherung zu errichten, die in der DDR einen Wandel begünstigen mochte, wie ihn die SPD wollte. Sie setzte auf Abgrenzung. Ideologisch reagierte sie mit einer Kampagne gegen den „Sozialdemokratismus“ und der Behauptung, nicht nur die staatliche Einheit der Nation sei obsolet, die Nation selbst beginne zu zerfallen: In der DDR wüchsen die Keime einer eigenen, „sozialistischen“ Nation, und die habe mit der „imperialistischen“ im Westen Deutschlands nur noch die Geschichte und die tradierte Kultur, nicht aber mehr die soziale Basis oder gar die Zukunft gemein⁵¹). Politisch-diplomatisch versuchte sie, die Sowjetunion und die Bruderstaaten, die seit dem Beginn der siebziger Jahre mit der Bundesrepublik über die Normalisierung ihrer Beziehungen verhandelten, auf ihre deutschlandpolitische Maximalposition festzulegen: gegen die von Bonn so genannten „besonderen“ innerdeutschen Beziehungen, für die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR, gegen die Einbeziehung West-Berlins in die politische Ordnung der Bundesrepublik⁵²).

Doch die übergreifenden Interessen der Bündnispartner an der Entspannung und einem internationalen Sicherheitssystem hatten ein größeres Gewicht als die Sonderwünsche der DDR. Allein die Berlin-Forderung korrespondierte mit sowjetischen Zielen, alle anderen aber hätten — dies machte insbesondere Egon Bahr der Sowjetführung deutlich — ein Scheitern des Vertragswerkes bewirkt, das durch kunstvolle Junktims verbunden war und schließlich 1975 in Helsinki die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte ermöglichte.

Zu diesem Zeitpunkt waren beide deutsche Staaten bereits Mitglieder der Vereinten Nationen, hatten „Ständige Vertretungen“ in ihren Hauptstädten etabliert, einen Grundlagenvertrag abgeschlossen (1972), der trotz unterschiedlicher Interpretation der nationalen Frage die Grenzen sowie die Souveränität des anderen anerkannte, „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ verabredete und die jeweilige „Unabhängigkeit und Selbständigkeit in . . . inneren und äußeren Angelegenheiten“ unter-

strich⁵³). Zwar „beehrte“ sich die Bundesregierung zu erklären, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu ihrem politischen Ziel stehe, in Europa auf einen Zustand des Friedens hinzuwirken, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“⁵⁴). Doch solche Äußerungen, die dokumentieren sollten, daß die DDR für die Bundesrepublik nun nicht etwa Ausland geworden sei, stellten die Doppelstaatlichkeit nicht in Frage, förderten vielmehr ihre Akzeptanz in Deutschland.

Auch den Westeuropäern gaben sie wenig Anlaß, erneut mißtrauisch auf die Westdeutschen zu schauen und ihnen zu unterstellen, sie wollten die nun mögliche kontinentale Kooperation stören. Das galt auch für das Verhältnis der Osteuropäer zur DDR. Sie sahen in der schließlichen ostdeutschen Konzessionsbereitschaft nicht eine diskrete Option für die Einheit, sie blickten — so scheint es — im Gegenteil mit Schadenfreude auf das Scheitern der Ulbrichtschen Maximalforderungen und die darauf folgende Abdankung Ulbrichts im Mai 1971, schon deshalb, weil er sich ihnen gegenüber gern sehr deutsch und schulmeisterlich gegeben hatte; und sie waren wohl endgültig zufrieden, als sein Nachfolger 1974 das unwiderrufliche Bündnis mit der Sowjetunion und ihnen in die DDR-Verfassung schreiben ließ⁵⁵). Zudem machte die SED-Spitze deutlich, daß sie den Grundlagenvertrag in den Passagen nachbessern will, die den Status der DDR mindern: etwa in der Frage der Staatsbürgerschaft, bei der Elbgrenze und beim Rang der diplomatischen Vertretungen.

Gäbe es nicht immer wieder Irritationen — etwa dann, wenn der Saarländer Honecker seine Heimatverbundenheit erkennen läßt, wenn er die Begrenzung international angerichteter Schäden als eine Aufgabe der deutsch-deutschen Beziehungen beschreibt oder wenn ostdeutsche Historiker z. B. Friedrich II. als Teil des gesamtdeutschen Erbes auch für die DDR reklamieren und ihn differenzierter bewerten als zuvor —, dann wäre die deutsche Frage in ihrer Sicht endgültig gelöst. Und ähnliches gilt wohl für den Blick des Westens auf die Bundesrepublik. Hier irritiert freilich sowohl die periodisch wiederholte rhetorische Erinnerung an die Ziele der alten Deutschlandpolitik und das Beharren auf Rechtsstandpunkten⁵⁶) als auch der vermeintlich

⁵³) I. v. Münch (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschland, Bd. 2: seit 1968. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Stuttgart 1974, S. 303.

⁵⁴) Ebd., S. 316.

⁵⁵) DDR-Verfassung, Art. 6, in: H. Roggemann (Anm. 13).

⁵⁶) I. v. Münch (Anm. 53), S. 359 ff. (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. 7. 1973 über die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages).

⁵¹) A. Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation, Berlin (Ost) 1976.

⁵²) D. Staritz (Anm. 22), S. 192 f.

nationale Schwung der neuen Friedensbewegung. Grundsätzlich aber gilt außerhalb Deutschlands die deutsche Frage nicht mehr als wirklich offen.

Daß die Deutschen eine Nation sind, daran allerdings zweifelt auch kaum jemand, weder in Polen noch in Frankreich. Einig ist man sich dort aber auch, daß sie gegenwärtig nicht in einem Staat leben sollten. Und ob die kooperative Nachbarschaft der deutschen Staaten von SPD und SED als „Sicherheitspartnerschaft“ oder von CDU-Sprechern (aber auch von Honecker) als „Verantwortungsgemeinschaft“ definiert wird, ist für sie ohne Belang, solange gemeint ist, was gesagt wird. Wichtiger scheint dort die (zuerst von den Staaten getrennt, dann von ihren Regierungschefs gemeinsam abgegebene) Versicherung, im Rahmen ihrer Bündnisse alles tun zu wollen, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehe.

In Deutschland selbst ist damit freilich noch lange nicht geklärt, was „Deutschland als Ganzes“⁵⁷⁾,

⁵⁷⁾ G. Zieger/B. Meissner/D. Blumenwitz (Hrsg.), Deutschland als Ganzes. Rechtliche und historische Überlegungen. Anlässlich des 70. Geburtstages von Herbert Czaja am 5. November 1984, Köln 1985.

was „Deutsche Identität heute“⁵⁸⁾ sei. Das „Nachdenken über Deutschland“⁵⁹⁾ wird deshalb unter den Intellektuellen auch unabhängig von politischen Konjunkturen andauern, denn es wird „Deutschland als Aufgabe“⁶⁰⁾ ebenso bleiben wie als „Ratlose Normalität“⁶¹⁾. Appelle wie „Ohne Deutschland geht es nicht“⁶²⁾ weisen jedoch nur dann in die Zukunft, wenn sie nicht nationales Eigeninteresse beleben wollen, sondern „Deutschland“ (auch in seiner Zweistaatlichkeit) als ein verlässliches Element Europas postulieren, wenn sie deutsche Politik dazu auffordern, so zu handeln, daß die Deutschen bleiben, was sie mehrheitlich längst sind: ein Volk von guten Nachbarn.

⁵⁸⁾ P. Berglar/H. Filbinger u. a., Deutsche Identität heute, Mainz 1983.

⁵⁹⁾ W. Weidenfeld (Hrsg.), Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage, Köln 1985.

⁶⁰⁾ J. B. Grادل, Deutschland als Aufgabe. Politik und Nationalpädagogik. Reden, Essays und Interviews 1975–1985, hrsgg. und eingel. v. Chr. Hacke, Köln 1986.

⁶¹⁾ W. Weidenfeld, Ratlose Normalität. Die Deutschen auf der Suche nach sich selbst, Zürich 1984.

⁶²⁾ W. Venohr, Ohne Deutschland geht es nicht. Sieben Autoren zur Lage der deutschen Nation, Krefeld 1985.

Beate Gödde-Baumanns: Die deutsche Frage in der französischen Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/87, S. 3–17

In Frankreich bedeutet die deutsche Frage Auseinandersetzung mit der Idee der deutschen Einheit in den Jahren 1815 bis 1870, Auseinandersetzung mit der Existenz des Deutschen Reiches in den Jahren 1871 bis 1945, Auseinandersetzung mit dem Anspruch der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung resp. Wiedervereinigung seit 1945. Die Idee einer nationalen Einigung Deutschlands hat in Frankreich nicht nur Ablehnung, sondern auch viel Zustimmung erfahren. Die – den Deutschen vertraute – Ablehnung beruhte auf der Überzeugung, Deutschlands Einheit bilde eine Gefahr für Frankreich. Die Zustimmung resultierte in der Regel aus der Bejahung des Nationalitätsprinzips als einem wesentlichen Bestandteil der Ideen von 1789. Tocqueville's machtpolitische Argumentation, Deutschlands Einigung und damit verbundene Stärkung liege im Interesse Frankreichs, da es sich in Zukunft gemeinsam der von Rußland drohenden Gefahr zu erwehren gelte, blieb im 19. Jahrhundert eine Ausnahme. Bis 1870 war die liberale Zustimmung zur Idee der nationalen Einheit Deutschlands mit der Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben beider großer Nationen verbunden. Das prinzipielle Ja zur deutschen Einheit hat den deutsch-französischen Krieg überdauert und sogar im Ersten Weltkrieg standgehalten. Allerdings war es seit 1871 mit harter Kritik an einigen Wesensmerkmalen und an der Politik des Deutschen Reiches verbunden, seit 1914 mit der in Frankreich einhelligen Überzeugung von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld. Von da an ist für die weitere Diskussion der deutschen Frage von entscheidender Bedeutung, ob die fatale Rolle des Deutschen Reiches in Europa auf unabänderliche Gegebenheiten oder auf veränderbare politische Umstände zurückgeführt wird. Die liberale Tradition der Zustimmung zur nationalen Einigung Deutschlands findet nach 1945 ihre Fortsetzung in der Anerkennung des Rechtes der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung.

Krzysztof Baczkowski/Józef Buszko/Erhard Cziomer/Andrzej Pilch: Deutschland und die deutsche Frage in der polnischen Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/87, S. 18–28

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben die deutsche Geschichte und die polnisch-deutschen Beziehungen für die polnische Geschichtsschreibung zweitrangige Bedeutung. Das Jahr 1848 und insbesondere die Politik Preußens gegenüber der polnischen Bevölkerung seiner Ostprovinzen führen indes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer intensiven Auseinandersetzung polnischer Historiker mit der deutschen Frage bzw. mit dem „polnisch-deutschen Problem“. Die Ansichten polnischer Historiker über die Bewertung der polnisch-deutschen Beziehungen sind dabei geteilt: Hinweise auf die Momente friedlicher Zusammenarbeit zwischen der polnischen und der deutschen Nation finden sich ebenso wie die These vom „ewigen“ polnisch-deutschen Antagonismus.

In der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg überwiegt in der polnischen Geschichtswissenschaft das Bestreben, die historischen Tatsachen der polnisch-deutschen Beziehungen nüchtern zu analysieren und mit der deutschen Geschichtsschreibung eine gemeinsame Sprache zu finden. Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Okkupation Polens machen dieses Bestreben zunichte. In den ersten Jahren nach 1945 dominiert in der polnischen Geschichtsschreibung die These, daß zwischen Polen und Deutschen ein unauflöslicher Gegensatz bestehe. In den letzten zwanzig Jahren hat sich in Polen ein Wandel dieses Geschichtsbilds vollzogen. Die polnische Historiographie hat sich weitgehend von früheren Voreingenommenheiten befreit und bemüht sich in zahlreichen Monographien um eine objektive Betrachtung der deutschen Geschichte und der deutschen Frage.

Die Arbeiten der neueren polnischen Historiographie zur deutschen Geschichte sind Teil einer breit angelegten interdisziplinären polnischen Deutschlandforschung. Gegenstand dieser – in den siebziger und achtziger Jahren intensivierten – Deutschlandforschung sind insbesondere die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte und Probleme in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland.

Wolfgang Wippermann: Die deutsche und polnische Frage in der deutschen Historiographie des 19. und 20. Jahrhunderts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/87, S. 29–36

Die Lösung der deutschen Frage war nicht ohne und schon gar nicht gegen Polen möglich und anstrengenswert. Dieser Zusammenhang war den deutschen Liberalen im Vormärz durchaus bewußt. Dennoch haben sie sich bereits in der Paulskirche für eine Lösung der deutschen auf Kosten der polnischen Frage entschieden. Im Kaiserreich hat man die Existenz einer polnischen Frage entweder geleugnet oder versucht, die polnische Minderheit durch Zwang zu germanisieren.

Dieser Weg war nicht zwangsläufig. In Teilen der deutschen Historiographie und Publizistik ist der enge Zusammenhang zwischen deutscher und polnischer Frage erkannt worden, wurden transnationale, europäisch-föderative Alternativen entwickelt. Sie sind jedoch von den vorherrschenden klein- und „alldutschen“ Historikern scharf abgelehnt, ja meist noch nicht einmal zur Kenntnis genommen worden. Diese Historiker haben das Gewordene kritiklos bejaht und verherrlicht. Dies gilt sowohl für die Gründung des kleindeutschen Reiches auf Kosten Polens wie für seine immer schärfer werdende Minderheitenpolitik. Ihre politisch motivierten, aber historisch legitimierten Vorschläge wurden um so aggressiver, je erfolgloser diese Minderheitenpolitik wurde. Mehr aus einem Gefühl der Angst heraus zeigten sich diese Historiker bereit, „alldutsche“, „völkische“ und schließlich auch rassistische Vorstellungen und Ideologien zu übernehmen und offensiv zu vertreten. Maßgebend war die irrationale Hoffnung, die Strukturprobleme des kleindeutschen Nationalstaates durch einen „Sprung nach vorn“, durch den „Griff nach der Weltmacht“ im Zeichen des Imperialismus und schließlich des Rassismus überwinden zu können.

Dietrich Staritz: Von der „Befreiung“ zur „Verantwortungsgemeinschaft“. Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/87, S. 37–46

Das Interesse der Bundesdeutschen an Gegenwart und Zukunft der Deutschen scheint gegenwärtig durch recht unterschiedliche Blickwinkel gekennzeichnet. In der wissenschaftlichen Publizistik dominiert seit Beginn der achtziger Jahre (quantitativ) die These von der grundsätzlichen Offenheit der deutschen Frage; intensiver als in der jüngeren Vergangenheit wird nach Wegen und Chancen zur Einheit gesucht. In Meinungsumfragen hingegen zeigt sich eine zwar konstante (wahrscheinlich ritualisierte) Bereitschaft der Mehrheit, am Einheitspostulat des Grundgesetzes festzuhalten; zugleich aber wird deutlich, daß kaum jemand eine aktive Wiedervereinigungspolitik für dringlich erachtet, daß Wohlfahrt und Sicherheit einen höheren Rang haben als Erwägungen über die Zukunft Deutschlands. Tendenziell ähnliche Entwicklungen lassen sich in der DDR erkennen.

Vor dem Hintergrund dieser Situation, aber auch angesichts des dauerhaften Interesses der Nachbarn an der deutschen Zweistaatlichkeit wird summierend nach den spezifischen Beiträgen der bundesdeutschen und der DDR-Politik zur Lage der Nation gefragt, wird daran erinnert, daß in Ost-Berlin wie in Bonn seit den vierziger Jahren die Blockintegration stets Vorrang vor der Wiedervereinigung hatte, daß schließlich beide Staaten mit dieser Politik einen grundsätzlich gleichen Beitrag dazu leisteten, daß sich in Europa die Furcht vor den Deutschen weithin verlor. Gestellt wird damit auch die Frage nach der für die zukünftige Deutschlandpolitik sinnvollen Blickrichtung: nach dem Vorrang des nationalen Eigeninteresses oder der internationalen Friedenssicherung.